

2015

Jahresbericht



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Redaktion Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung art_work_buero, Köln
Druck Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn
Papier Lenza Top Recycling,
ausgezeichnet mit dem Blauen Engel
Produktion Mit der Ausgleichszahlung für die
Co2-Emission wird ein Energieeffizienz-
Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

ClimatePartner 
klimateutral

Druck | ID: 11776-1605-1001

Herausgeber **Stiftung Umwelt und Entwicklung
Nordrhein-Westfalen**
Kaiser-Friedrich-Straße 13
53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50
Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

ISSN 2196-9515

INHALT

NATUR UND UMWELT	6
KLIMA UND ENERGIE	18
WIRTSCHAFT UND LANDWIRTSCHAFT	26
KONSUM UND LEBENSSTILE	36
EINE WELT	44
MIGRATION UND INTERKULTUR	54
CHRONIK	62
FINANZEN STIFTUNG MATERIALIEN PROJEKTE	64

Bildnachweis Apaydin Alain/abaca (S. 18), Sergei Chirikov/epa (S. 44),
Velar Grant/ZUMA Press (S. 54), Gerald Knauf (S. 72),
Francois Mori/AP Photo (S. 4), Valentina R. (S. 36),
Rafal Stachura (S. 62/63), Tim Siegert/batcam (S. 26),
Oleksii Zabusik (S. 6), 123RF, dpa picture alliance, Fotolia
Alle weiteren Bildrechte sind direkt an den Bildern genannt.



1.5 DEGREES

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es gab 2015 globale Entwicklungen, die uns Mut machen sollten. So haben die Staats- und Regierungschefs im September beim UN-Nachhaltigkeitsgipfel die 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die Agenda enthält 17 Kernziele und 169 Unterziele, die bis 2030 erreicht werden sollen. Damit wollen die UN-Staaten die weltweite Armut reduzieren und den Hunger beenden, alle Menschen sollen Zugang zu sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen sowie bezahlbarer Energie erhalten. Die globale Entwicklung soll sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig gestaltet werden, damit nachfolgende Generationen die Chance auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben haben.

Bei der Weltklimakonferenz im Dezember in Paris haben sich alle teilnehmenden Staaten dazu bekannt, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius begrenzen zu wollen. Wohlgemerkt: Alle, und hier sehe ich, trotz der berechtigten Skepsis über den nur allzu bekannten Unterschied zwischen Worten und Taten, einen entscheidenden Fortschritt gegenüber früheren Vereinbarungen dieser Art, bei der 2030-Agenda ebenso wie beim Klimaschutz. Es gibt, zumindest auf dem Papier, keine Trennung mehr in Industrie- und Entwicklungsländer. Wir alle haben unseren Teil der Verantwortung zu tragen, jedes Land nach seinen Möglichkeiten, und wir alle müssen uns als Lernende begreifen, müssen Kräfte und Kompetenzen entwickeln, mit denen wir die Nachhaltigkeits- und Klimaziele erreichen können.

2015 hat gezeigt, dass diese gemeinsame Anstrengung nötiger ist denn je. Wir leben tatsächlich in der Einen Welt, und das bedeutet auch, dass wir in den reichen Ländern uns nicht vor Problemen wie Hunger, Terror, staatlicher Willkür und Chancenlosigkeit abschotten

können. 2015 sind 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Fast die Hälfte von ihnen hat einen Asylantrag gestellt. Diese Menschen zu integrieren ist eine gewaltige Aufgabe, und viele meinen, dass sie uns überfordert. Hinzu kommt bei manchen die Angst vor sozialer Deklassierung und vor einer ungewissen Zukunft.

Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen, uns um die Menschen und ihre Probleme kümmern und sie nicht den politischen Rattenfängern mit ihren ebenso einfachen wie falschen Antworten überlassen. Zäune, Nationalismus und Abschottung sind keine Alternativen, so verlockend sie für den einen oder anderen auch sein mögen. Demokratie, relative Freiheit und die Aussicht auf eine faire Chance lassen Europa für unzählige Menschen als einen Sehnsuchtsort erscheinen. Diese Werte müssen weiterhin gelten, für die hier Geborenen ebenso wie für diejenigen, die eine weite und gefährvolle Reise auf sich nehmen. Und gleichzeitig müssen wir alles dafür tun, die Situation in den Herkunftsländern zu verbessern und sie nicht vor allem als Spielball kurzfristiger geostrategischer und ökonomischer Interessen zu betrachten.

Gewiss, die praktischen Probleme bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise sind nicht zu leugnen. Aber die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen, werden eher noch zunehmen – Stichwort Klimawandel. Und wir vergessen über den Schlagzeilen zu Syrien oder Nordafrika andere Regionen, in denen es ebenso grausam zugeht. So tobt seit Anfang 2015 in Jemen ein Bürgerkrieg, dem nach Angaben von Unicef bis heute rund tausend Kinder zum Opfer gefallen sind. Rund 300.000 Kinder dort leiden an akuter Unterernährung.

Wir dürfen uns nicht an diese Zustände gewöhnen – auch nicht daran, dass wegen einer anhaltenden Dürre akut wieder mehrere Millionen Menschen im Süden und Osten des afrikanischen Kontinents vom Hungertod bedroht sind. Wir müssen uns weiter einmischen, uns einsetzen für eine gerechtere Welt und uns nicht um den wohlfeilen Spott kümmern, der die angeblichen „Gutmenschen“ immer häufiger trifft. Das vielerorts beispielhafte Engagement der Zivilgesellschaft für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und zukunftsfähige Lebensweise, von dem in diesem Jahresbericht so viel zu lesen ist, bleibt ohne Alternative. Und wenn wir anderen helfen, uns auf neue Erfahrungen einlassen, bereichern wir uns damit auch selbst. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

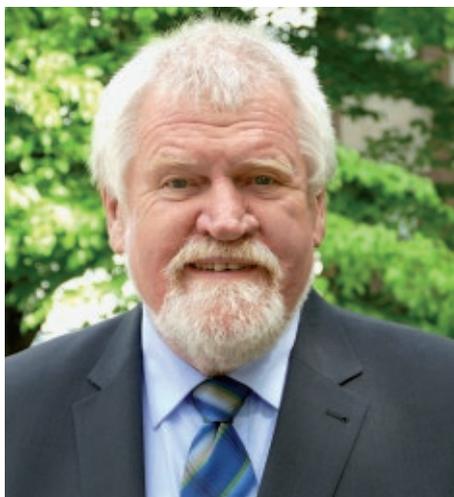


Foto: Stephan Böhm

Alfred Buß

Ihr Alfred Buß

Vorsitzender des Stiftungsvorstands



Natur und Umwelt

Kurz vor der Klimakonferenz in Paris präsentierte die Weltnaturschutzunion IUCN im November 2015 eine aktualisierte Liste der weltweit bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Das bittere Ergebnis: Von 79.800 Tieren und Pflanzen sind 23.250 in ihrem Bestand akut bedroht. Die IUCN hatte den Termin bewusst gewählt, denn für die Naturschützer ist der Klimawandel, neben Lebensraumzerstörung und Wilderei, die größte Bedrohung für die globale Biodiversität. So verschwindet das arktische Meereis sehr viel schneller und umfangreicher, als die meisten Experten vorausgesagt hatten. Dadurch könnte unter anderem die weltweite Eisbärenpopulation um rund 40 Prozent dezimiert werden.

Der WWF Deutschland verweist auf andere Arten und Ökosysteme, die von den rapiden klimatischen Umwälzungen betroffen sind. Zum Beispiel seien die Bestände der Schneeleoparden in nur 16 Jahren um 20 Prozent eingebrochen. „Tiere und Pflanzen, sogar ganze Ökosysteme verschwinden. Dabei ist jede Art einmalig und ein Wert an sich“, so WWF-Vorstand Eberhard Brandes. Nie zuvor hat es mehr Einträge auf der Roten Liste gefährdeter Arten gegeben als heute. Zunehmend bedrohlich sieht es für viele Fischarten aus, hier macht sich die anhaltende Überfischung zunehmend bemerkbar.

Ein wachsendes Problem ist auch die Jagd auf tierische und pflanzliche Trophäen. So hat die Wilderei in Afrika wieder zugenommen, laut WWF sind 2015 mehrere Hundert Elefanten und Tausende Nashörner abgeschossen worden. Auch Blumen aus den asiatischen Tropen sind begehrt, deshalb steht jede der über 80 Frauenschuh-Arten – eine Orchidee – auf der Roten Liste. Immerhin kann der WWF auch einige positive Entwicklungen melden: Der Iberische Luchs gilt dank strenger Schutzmaßnahmen nicht mehr als „vom Aussterben bedroht“, in einem russischen Schutzgebiet wächst langsam wieder eine kleine Population des Amur-Leoparden. Auch der Pandabären-Bestand erholt sich, und in Deutschland leben mittlerweile mehr als 30 Wolfsrudel.

Zugvögel unter Druck

Von den weltweit etwas mehr als 10.000 erfassten Vogelarten taucht rund ein Achtel auf der Roten Liste auf. Darunter sind auch 22 Arten, die regelmäßig in Deutschland vorkommen. Neben alten Bekannten, wie Großtrappe, Seggenrohrsänger, Zwerggans und Eisente, gilt jetzt auch die einstmals weit verbreitete Turteltaube als gefährdet – „ein Schock für alle Vogelschützer“, sagt Lars Lachmann vom Naturschutzbund NABU. Hauptgründe für diese Entwicklung seien die Intensivierung der Landwirtschaft mit dem Verlust von wildkrautreichen Brachflächen, aber auch der legale und illegale Abschuss. Auf Malta etwa gebe es eine Ausnahmegenehmigung für den Abschuss von jährlich 10.000 Turteltauben während des Frühjahrszugs in die Brutgebiete, so Lachmann: „Das entspricht fast einem Viertel des deutschen Brutbestandes.“

2015 trafen sich in Bonn die rund 200 Delegierten der Vertragsstaaten des UN-Abkommens zum Schutz wandernder Wasservogelarten Eurasiens und Afrikas (AEWA). Sie reagierten auf die bedrohliche Entwicklung mit einem Beschluss über verbesserte Richtlinien zum Schutz vieler Zugvogelarten – darunter auch stark bedrohte Wasservogelarten wie Samt- und Eisente. Doch obwohl jeweils etwa ein Viertel des europäischen Bestandes dieser weltweit gefährdeten Arten in der deutschen Ostsee überwintert, ist die Jagd auf sie in Deutschland noch nicht grundsätzlich verboten. Deshalb fordert der NABU, die Bundesregierung müsse die Beschlüsse der AEWA-Konferenz durch eine Reform des Bundesjagdgesetzes schnellstmöglich umsetzen.

AEWA

Mit dem 1995 verabschiedeten und 1999 völkerrechtlich in Kraft getretenen Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (Agreement on the Conservation of African-Eurasian Migratory Waterbirds, AEWA) sollen die im Geltungsbereich vorkommenden, ziehenden Wasservogelarten geschützt werden. Das Abkommensgebiet umfasst die westlichen Teile Asiens, ganz Europa und Afrika sowie einige arktische Inseln Nordost-Kanadas. Von den insgesamt 120 Anrainerstaaten sind dem Abkommen derzeit 75 Staaten einschließlich der Europäischen Union beigetreten. Ein wichtiges Ziel des Abkommens ist es, den durch die EU-Vogelschutzrichtlinie relativ strengen Schutz von Zugvögeln in Europa auch in den afrikanischen Durchzugs- und Überwinterungsgebieten zu erreichen.



Foto: ifox/forclia

Die Smaragdeidechse gilt laut Roter Liste Deutschland als „stark gefährdet“.

EU-Naturschutz auf dem Prüfstand

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat 2015 seinen Umweltkommissar Karmenu Vella beauftragt, die Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Richtlinie und die EU-Vogelschutzrichtlinie einem „Fitness-Check“ zu unterziehen. Die beiden Naturschutzrichtlinien sind die Grundlage für die Naturschutzgesetzgebung in den EU-Mitgliedstaaten. Vella sollte vor allem überprüfen, ob sie sich zu einem einheitlichen „modernerem Gesetz verschmelzen“ lassen.

Die europäischen Umweltverbände vermuteten hinter dem Vorstoß des Kommissionspräsidenten in erster Linie den Versuch, bestehende Naturschutzstandards zu schwächen und ökonomischen Interessen unterzuordnen. Deshalb riefen sie unter dem Motto „NatureAlert“ 2015 eine europaweite Kampagne für den Erhalt der Richtlinien ins Leben und organisierten unter anderem eine EU-Bürgerbefragung, die mit mehr als einer halben Million Menschen eine bislang beispiellose Beteiligung für EU-Umfragen erzielte. Mehr als 90 Prozent davon sprachen sich für den Erhalt und gleichzeitig für eine bessere Umsetzung der Richtlinien aus.

Dieser Auffassung schlossen sich die Umweltminister der EU-Mitgliedstaaten bei ihrem Treffen am 16. Dezember 2015 an. Ähnlich reagierte das Europäische Parlament. In seinem Bericht zum Naturschutz in der EU betonte es, dass die von den EU-Staats- und Regierungschefs 2010 beschlossenen Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2020 nur erreicht werden können, wenn die beiden Naturschutzrichtlinien als zentrale Säulen der Naturschutzpolitik der EU erhalten und besser umgesetzt werden. Darüber hinaus müsse die Agrarpolitik der EU mehr zur Erhaltung der Biodiversität und zur Finanzierung des Naturschutzes beitragen.

Die Zwischenbilanz des „Fitness-Checks“, die Kommissar Vella im November 2015 vorlegte, kam zum gleichen Schluss. In der EU könne das Aussterben von Tieren und Pflanzen verhindert werden, wenn das Naturschutzrecht konsequenter durchgesetzt und besser finanziert werde. Ebenso wichtig sei eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, um den Rückgang vor allem

von Vogel- und Insektenarten in der Agrarlandschaft aufzuhalten. Konstantin Kreiser, NABU-Experte für internationale Naturschutzpolitik, zieht daraus eine klare Konsequenz: „Wir brauchen einen Fitness-Check für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU.“

Deutschland macht Inventur

Im Mai 2015 legte das Bundesamt für Naturschutz (BfN) erstmals einen umfassenden Artenschutzreport vor. Diese Analyse der in Deutschland lebenden Tier-, Pflanzen- und Pilzarten liefert einen Überblick, wie viele Arten hier leben, wie hoch der Anteil der gefährdeten Arten ist und wie sich die Artenvielfalt in den letzten Jahren entwickelt hat.

Danach beherbergt Deutschland rund 48.000 Tierarten, 9.500 Pflanzen- und 14.400 Pilzarten. In der Roten Liste Deutschlands wurden mehr als 32.000 heimische Tiere, Pflanzen und Pilze hinsichtlich ihrer Gefährdung untersucht. Mehr als 30 Prozent davon wurden als bestandsgefährdet eingestuft, vier Prozent sind bereits ausgestorben. Besonders schlecht sieht es bei den wirbellosen Tieren, etwa Insekten, aus, von denen 45,8 Prozent der bislang 6.057 untersuchten Arten und Unterarten als bestandsgefährdet, extrem selten oder bereits ausgestorben gelten. Auch die Brutvogelarten liefern Anlass zur Sorge, seit 2003 nahmen 34 Prozent in ihrem Bestand mehr oder weniger stark ab.

Zu den wichtigsten Gefährdungsursachen gehören laut BfN intensive Formen der Landwirtschaft. Zudem bergen Forstwirtschaft, Wasserbau und Gewässerunterhaltung, Baumaßnahmen sowie Sport- und Freizeitaktivitäten erhebliche Gefährdungspotenziale. Auch der Einfluss des Klimawandels werde künftig zunehmen. „Wir müssen dringend unsere Anstrengungen verstärken, um den Artenrückgang zu stoppen“, fordert BfN-Präsidentin Beate Jessel. Mit einem Acht-Punkte-Programm will das BfN die Artenvielfalt in Deutschland schützen.

Acht-Punkte-Programm des BfN zum Schutz der Arten in Deutschland

-> Bestehende Artenschutzprogramme sind auszubauen und zu ergänzen.
-> Das bestehende Schutzgebietssystem ist auf Lücken zu überprüfen und weiterzuentwickeln.
-> Für landwirtschaftlich genutzte Flächen ist eine gestärkte ökologische Komponente der europäischen Agrarförderung (GAP) vorzusehen.
-> Der Anteil nutzungsfreier Wälder ist weiter zu erhöhen, um das in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt festgelegte Ziel von einem Anteil von fünf Prozent an der Waldfläche zu erreichen.
-> Um die Vernetzung der Lebensräume zu verbessern, sind ausreichend naturnahe Landschaftselemente vorzusehen und der gesetzlich geforderte bundesweite Biotopverbund auf zehn Prozent der Fläche eines jeden Bundeslandes einzurichten.
-> Die Flüsse sind wieder durchgängig zu gestalten und mit ihren Auen zu verbinden. Die Fläche durchströmter Auen ist bundesweit zu vergrößern.
-> Für die marinen Schutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone* sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese tatsächlich Rückzugsgebiete und Ruheräume für gefährdete Arten darstellen. (* 200-Meilen-Zone, für die der jeweilige Küstenstaat das alleinige Recht zur wirtschaftlichen Nutzung hat)
-> Um noch zielgerichteter Schutzmaßnahmen für die Arten durchführen zu können, ist es erforderlich, bessere Datengrundlagen über die Gefährdungssituation bzw. den Erhaltungszustand der Schutzgüter zu schaffen, fortzuführen und weiterzuentwickeln.



Foto: Marianne Drews

Naturschutzpolitisches Aktionsprogramm

Im Oktober 2015 präsentierte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ein naturschutzpolitisches Aktionsprogramm und sprach sich dabei für eine Neuausrichtung der Agrarsubventionen aus. Die Höhe der Zuwendungen solle sich künftig weniger an der Fläche als an den Leistungen der Landwirte für den Naturschutz orientieren, so Hendricks: „Ich möchte den Schutz von Natur und Landschaft wieder nach vorne bringen. Dabei ist der Handlungsbedarf in der Landwirtschaft am größten.“

Das Aktionsprogramm „Naturschutz-Offensive 2020“ enthält rund 40 Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung der Artenvielfalt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der urbane Raum, so soll künftig im Rahmen der Städtebauförderung mehr Platz für Natur und Naturerleben geschaffen werden. Darüber hinaus stehen die Nutzung von Küsten und Meeren, insbesondere die Fischerei, sowie von Auenlandschaften und Wäldern im Fokus. Weitere Initiativen werden für Schutzgebiete, Biotopverbünde und Wildnisflächen vorgeschlagen (mehr dazu unter www.bmub.bund.de/naturschutz-offensive_2020/).

Die Umweltverbände BUND, DNR, DUH, NABU und WWF nutzten die Vorstellung des Aktionsprogramms, ein konsequenteres Handeln der gesamten Regierung und der Bundesländer zu fordern. Zwar wurde in einer gemeinsamen Erklärung ausdrücklich begrüßt, dass sich Hendricks mit der Forderung nach einer grundlegenden Neuausrichtung der Agrarsubventionen in einer seit langem geführten Diskussion auf die richtige Seite gestellt habe, allerdings sei die „Zeit der wohlklingenden Sonntagsreden vorbei“. Zahlreiche Schutzgebiete seien in einem schlechten Zustand, es gebe keine ausreichende Vernetzung und der Artenschwund in Deutschland sei weiterhin ungebremst dramatisch.

Ein Landesnaturschutzgesetz für NRW

In Nordrhein-Westfalen sind etwa 45 Prozent der erfassten Tier- und Pflanzenarten gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben. Nach der aktuellen „Roten Liste NRW“ stehen Schmetterlinge (rund 55 Prozent), Moose (60 Prozent), Kriechtiere (etwa 71 Prozent) sowie Vögel, Wildbienen und Wespen (jeweils rund 52 Prozent) besonders unter Druck.

Nach Angaben des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) sind rund 77 Prozent der Lebensräume im Flachland in einem unzureichenden oder schlechten Erhaltungszustand. Im Bergland sind es „nur“ 32 Prozent. Als besondere „Sorgenkinder“ bezeichnet LANUV-Präsident Thomas Delschen die Wiesen und Weiden im Flachland: „Ihre Fläche schrumpfte in den letzten Jahren zunehmend.“ Beunruhigend sind auch die Untersuchungsergebnisse des Entomologischen Vereins Krefeld: Danach ist die Biomasse der Fluginsekten um bis zu 80 Prozent zurückgegangen.

Die Landesregierung hat reagiert und im Januar 2015 die nordrhein-westfälische Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Darin werden der aktuelle Zustand der Natur- und Landschaftsräume in NRW beschrieben und rund 150 Ziele und Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren genannt – darunter die Novellierung des Landschaftsgesetzes hin zu einem Landesnaturschutzgesetz, die Ausweisung eines zweiten Nationalparks in Nordrhein-Westfalen, Schutzprogramme für besonders gefährdete Arten und die Förderung der Umweltbildung auf allen Ebenen.



Foto: InPixx Kommunikation

Wildbienen



Landschaft bei Aachen

Ambitioniert und umstritten

Am weitesten ist die Landesregierung mit dem Naturschutzgesetz, dessen Eckpunkte im Juni 2015 vom Kabinett verabschiedet wurden. Es ist das erste Landesnaturschutzgesetz, denn bis heute liefert das Landschaftsgesetz den zentralen rechtlichen Rahmen für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen. Die Pläne der Landesregierung sind durchaus ehrgeizig, insbesondere beim Thema Biotopverbund: Während das Bundesnaturschutzgesetz nur einen Anteil von zehn Prozent miteinander vernetzter Schutzgebiete an der Gesamtfläche Deutschlands vorsieht, strebt NRW 15 Prozent an.

Vor allem auf den vom Artenrückgang besonders betroffenen Agrarflächen will die Regierung Akzente setzen. Grünland soll künftig nicht mehr in Ackerflächen umbrochen, Feuchtwiesen sollen nicht mehr entwässert und Feldgehölze, Hecken sowie kleine Gewässer

besonders geschützt werden. Für Flächen, die in definierten Schutzgebieten liegen, soll es ein Vorkaufsrecht des Landes und zugunsten von Naturschutz-Stiftungen geben. Damit will das Land wertvolle Lebensräume ebenso dauerhaft schützen wie mit der rechtlichen Absicherung von rund 100 Wildnisgebieten, die in den vergangenen Jahren auf Staatswaldflächen ausgewiesen wurden.

Während die Naturschutzverbände, bei aller Kritik im Detail, grundsätzlich mit dem Entwurf zufrieden sind, stößt das Vorhaben nicht nur bei CDU und FDP auf Widerstand. Vor allem das „Aktionsbündnis Ländlicher Raum“, ein Zusammenschluss von siebzehn unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Grundbesitzern, Forst, Gartenbau, Jagd und Fischerei mit insgesamt mehr als 600.000 Mitgliedern, wehrt sich gegen eine „staatliche Überregulierung und die damit verbundenen Einschränkungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume“. Minister Rammel müsse den Gesetzesentwurf grundlegend überarbeiten, dabei die Anwendung von Ordnungsrecht auf das Unvermeidbare beschränken und das Prinzip der Kooperation in den Mittelpunkt stellen.

Das Landesnaturschutzgesetz soll 2016 durch den Landtag gebracht werden. Bis dahin wird es heftige Diskussionen geben, ähnlich wie beim im Juli 2015 verabschiedeten Ökologischen Landesjagdgesetz, das auch heute noch für heftige Kontroversen zwischen Naturschützern und dem Landesjagdverband sorgt. Es bleibt spannend.

30 Jahre NUA

Die Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes NRW (NUA) hat mit einem großen Sommerfest am 30. August 2015 in Recklinghausen ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert. Auch unsere Stiftung war dort mit einem Stand vertreten. In seiner Ansprache betonte Landesumweltminister Johannes Rammel die Bedeutung der NUA für den hohen Stellenwert der Umweltbildung in NRW. Mit jährlich mehr als 200 Veranstaltungen und vielen Projekten leistet die NUA einen wichtigen Beitrag zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW. Als Einrichtung des Landes wird die Akademie von den Natur- und Umweltschutzverbänden mitgetragen.

➔ Weitere Informationen unter www.nua.nrw.de



Foto: Heinrich Pützler

Der Biber ist nach NRW zurückgekehrt.

Projekte Natur und Umwelt

Biologische Vielfalt

Wie überall ist die Biologische Vielfalt auch in NRW gefährdet, viele Tiere und Pflanzen sind vom Aussterben bedroht. Doch es gibt auch Erfolgsgeschichten, wie etwa die Rückkehr des Bibers nach Nordrhein-Westfalen. Mehr als 100 Jahre war dieses Nagetier bei uns verschwunden, doch nach einer Einbürgerungsaktion im Jahr 1981 hat sich der Bestand auf aktuell knapp 700 Biber stabilisiert. Das ist prinzipiell ein Grund zur Freude, bietet aber auch immer wieder Anlass für Konflikte – etwa wenn gewässernahe, landwirtschaftlich genutzte Flächen vom Biber unterhöhlt oder Felder durch Biberdämme überflutet werden. Mit dem Projekt **Der Biber kommt** möchte die **Biologische Station im Kreis Düren**, wo eine der ältesten Biberkolonien in NRW angesiedelt ist, Hintergrundwissen über diese heimische Tierart vermitteln und ihre Bedeutung für die Biodiversität verdeutlichen (Fördersumme: 44.945 Euro). Im Zentrum stehen Qualifizierungen für Lehrkräfte und außerschulische Multiplikatoren. Außerdem werden Biber- und Bachpatenschaften initiiert und unterstützt.



Foto: Thomas Götzfried

Umweltbildung am Beispiel des Siebenschläfers



Foto: Biologische Station im Kreis Düren

Kurzichtig und farbenblind:
nachempfinden, wie ein Biber sieht

Auch der **BUND-Landesverband** beschäftigt sich mit dem Biber: Er hat eine **Biber-Homepage für NRW** www.biber-nrw.de entwickelt, auf der umfangreiche Informationen zu dieser Tierart zusammengestellt sind. Die Website soll auch dazu beitragen, die Arbeit der ehrenamtlichen Biberschützer zu erleichtern (Fördersumme: 3.511 Euro).

Im März 2015 hat der **NABU Leverkusen** das Projekt **Siebenschläfer – Bildung für Artenvielfalt** gestartet (Fördersumme: 58.308 Euro). Am Beispiel dieses putzigen Bewohners von naturnahen Wäldern und Wiesen mit hochstämmigen Obstbäumen erfahren Kinder und Jugendliche durch verschiedene Bildungsangebote mehr über die Bedeutung der Artenvielfalt in der Region. In einem Wald bei Leverkusen haben Siebenschläfer Meisenkisten bezogen, die von ihren Vormieterinnen verlassen wurden. Unter <http://tiny.cc/xqm8ay> lässt sich das Leben der Siebenschläfer im Sommerhalbjahr live verfolgen.

Um die Bedeutung von biologischer Vielfalt ging es auch im Landeswettbewerb **Naturtagebuch NRW** sowie zwei zusätzlichen Regionalwettbewerben der **BUNDjugend NRW**. Junge „Naturforscher“ zwischen 8 und 12 Jahren wurden angeregt, ihre Beobachtungen zu Tieren und Pflanzen aufzuzeichnen (Fördersumme: 49.250 Euro). Eigens ausgebildete Multiplikatoren, verschiedene Bildungsangebote und Begleitmaterialien – darunter das Magazin „Manfred Mistkäfer“ – haben die Kinder und Jugendlichen bei ihrer Forschungsarbeit unterstützt.

➔ Weitere Informationen unter www.biostation-dueren.de, www.bund-nrw.de, www.nabu-leverkusen.de, www.bundjugend-nrw.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3588, U-3657, U-3619 und U-3605

Lernen in der Natur

Lernen über die Natur ist gut – besonders nachhaltig funktioniert das, wenn es auch in der Natur stattfindet. In einem Wald im Kreis Siegen-Wittgenstein lebt seit 2013 eine auf mittlerweile 17 Tiere angewachsene Wisent-Herde in Freiheit. In der benachbarten Wisent-Wildnis am Rothaarsteig können Besucher auf einem rund 20 Hektar großen Areal eine zweite Herde beobachten. Der **Trägerverein Wisent-Welt-Wittgenstein** hat hier 2015 ein **Naturerlebniszentrum** eingerichtet (Fördersumme: 80.046 Euro). Unter der Anleitung eines Waldpädagogen erfahren Kinder und Jugendliche in ein- oder mehrtägigen Veranstaltungen nicht nur etwas über die vom Aussterben bedrohten Wisente, sondern allgemein etwas zur Artenvielfalt und zum Verhältnis von Mensch und Natur.

Der Verein **Waldritter** hat im Rahmen des Projekts **NatUrban – Naturabenteuer im Ballungsraum großer Städte** Kindern und Jugendlichen aus NRW-Großstädten die Natur vor der eigenen Haustür nahegebracht (Fördersumme: 4.800 Euro). Bei Schnitzeljagd, Waldquiz, Märchenspielen, Verstecken- und Theaterspielen machten die Teilnehmer Naturerfahrungen im urbanen Raum.

Der **NABU Bonn** baut sein Umweltbildungsangebot für Schulen und Universitäten beim **Outdoor-Unterricht an der NABU-Naturschule Am Kottenforst** weiter aus (Fördersumme: 58.661 Euro). Dazu werden zusätzliche Freilandanlagen eingerichtet und Konzepte für darauf bezogene Bildungsveranstaltungen sowie Bildungs- und Lehrmaterialien entwickelt. Mittelfristig möchte der NABU Bonn enger mit Umweltbildungseinrichtungen, wie der Natur- und Umweltakademie des Landes NRW und der Biologischen Station Bonn/Rhein-Erft, zusammenarbeiten.

Das Team des **Gartenschauparks Zülpich** nutzt das im Rahmen der Landesgartenschau 2014 in Zülpich eingerichtete **Grüne Klassenzimmer** weiterhin als außerschulischen Lernort für Themen wie Ökologisches und Nachhaltiges Gärtnern (79.680 Euro). Dazu wurde der für die Landesgartenschau errichtete Pavillon winterfest aus-

Foto: Nadine Gross



Die Waldritter sind unterwegs.

gebaut. Im Verlauf des Jahres 2015 fanden rund 85 Kurse statt. Der Projektträger übernahm die Bewerbung, Koordination und Schulung der Referenten.

Wie klingt eine Hummel? Welche Töne macht ein Regentropfen, der ins Moos fällt? Wie klingt das „Orchester“ eines Bachlaufs, welche „Melodien“ spielt der Wald? Um diese und viele weitere Fragen ging es der **LAG 21 NRW** bei ihrem bioakustischen Umweltbildungsprojekt **Ohrendschungel – der Natursymphonie auf der Spur** (Fördersumme: 70.591 Euro). Durch angeleitete Exkursionen in die Natur und die selbstständige Entdeckung und Aufnahme von Naturklängen wurde Kindern im Alter von 9 bis 13 Jahren ein sinnlicher und direkter Zugang zu ihrer natürlichen Umwelt ermöglicht. Eine Besonderheit des Bioakustik-Projekts „Ohrendschungel“ ist die integrative Projektgestaltung für Kinder mit Sehbehinderung, die durch die Fokussierung auf akustische Biodiversität gleichwertig intensive Naturerlebnisse und echte Inklusion erfahren können. Die LAG 21 hat ein „Handbuch für Bildungspartner“ mit detaillierten Anleitungen entwickelt, so dass Lehrkräfte selbstständig einen Bioakustiktag veranstalten können.

→ Weitere Informationen unter www.wisent-welt.de, www.waldritter.de, www.nabu-bonn.de, www.laga2014.de, www.lag21.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3593, U-3638, U-3646, U-3613 und U-3589

Foto: Gartenschauplatz Zülpich



Unterricht mal anders: im Grünen Klassenzimmer des Gartenschauparks Zülpich



Foto: LAG 21 NRW

Den Klängen der Natur lauschen im „Ohrendschungel“



Foto: Sabine Pflücker

Gemeinsam gärtnern und genießen in den Südstadtgärten Iserlohn



Foto: BINE e. V.

Beim Obstwiesenfest in Eschweiler erfahren die Besucher, wie der leckere Apfelsaft produziert wird.

Pflanzen und Gärtnern

Gärtnern galt lange Zeit als spießig, liegt jedoch seit einigen Jahren – etwa als „Urban Gardening“ – voll im Trend. Oder, wie es der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde proklamiert, „spießig ist das neue Cool“. Um Coolness geht es dem **Bürgerverein Iserlohner Südstadt** mit seinem Projekt **Südstadtgärten Iserlohn** weniger, dafür umso mehr um gemeinschaftliches Bürgerengagement und Biodiversität vor Ort (Fördersumme: 97.614 Euro). In der Innenstadt von Iserlohn wird auf einer zentralen, von der Stadt zur Verfügung gestellten Fläche ein öffentlicher Gemeinschaftsgarten eingerichtet. Weitere Aktivitäten sind Workshops, Seminare und Angebote zur Umweltbildung. Mit Hilfe des Projekts sollen auch die Verbindungen zwischen den Bewohnern des multikulturellen und benachteiligten Stadtteils gestärkt werden.

Nach zwei erfolgreichen Jahren in Bonn hat der **Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN)** sein **Saatgutfestival 2015** in Düsseldorf ausgerichtet (Fördersumme: 4.980 Euro). Mehr als 1.000 Menschen kamen am 7. März ins Geschwister-Scholl-Gymnasium, staunten über seltene Sorten wie die Kartoffel „Blaue Anneliese“ und erfuhren Wissenswertes zu Themen wie Saatgutgewinnung oder Beerenobstschnitt.

Die **Arbeitsgemeinschaft Bildung für Nachhaltige Entwicklung** hat in Eschweiler ein **Obstwiesen- und Apfelfest** veranstaltet und bei dieser Gelegenheit über die Bedeutung von Streuobstwiesen und Biodiversität sowie über traditionell hergestellte regionale Lebensmittel informiert (Fördersumme: 4.990 Euro). Im Vorfeld der Veranstaltungen wurde Obst gesammelt und während des Festes zu Saft verarbeitet.

Der Verein **Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen** hat auf zwei von der Stadt gepachteten Flächen Gemeinschaftsgärten angelegt. Menschen aller Altersklassen arbeiten hier gemeinsam, knüpfen Kontakte, lernen voneinander und gestalten gemeinsam den urbanen Raum. Mit dem Bildungsangebot **Naturnahes Lernen in urbanen Gemeinschaftsgärten** vermittelt der Verein in Workshops Kindern und Jugendlichen Wissen über den regionalen Anbau, Tiere im Garten und heimische Pflanzen (Fördersumme: 3.733 Euro). Auf einem Sommerfest nach Abschluss der Workshops verarbeiteten die Kinder, zusammen mit ihren Familien und Freunden das angebaute Obst und Gemüse. Bei einem im Herbst 2015 gestarteten Folgeprojekt liegt der Schwerpunkt darauf, auch Flüchtlingskinder einzubeziehen (Fördersumme: 3.510 Euro).

➔ Weitere Informationen unter www.buergerverein-iserlohn-suedstadt.de, www.nutzpflanzenvielfalt.de, www.bine-ev.jimdo.com, www.essbares-aachen.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3537, U-3616, U-3642, U-3626 und U-3650

Der Aachener Gemeinschaftsgarten „Hirschgrün“



Foto: Sarah Kempfer



Das Besucherzentrum der Stiftung „Wasserlauf“ an der Sieg



Wasserzeremonie bei „Opera Batak“

Rund ums Wasser

2015 sollte die Wasserrahmenrichtlinie der EU umgesetzt und damit sämtliche Oberflächengewässer in einen guten ökologischen und chemischen Zustand versetzt worden sein. Das ist nicht passiert, weder in NRW noch in einem anderen Bundesland. Umso wichtiger, dass sich viele von uns geförderte Projekte mit dem Thema Wasser beschäftigen. So hat **Wasserlauf**, eine Stiftung für Gewässerschutz und Wanderfische, in ihrem Besucherzentrum an der Sieg einen **Info-Point** eingerichtet und ein **Auenbiotop** angelegt (Fördersumme: 47.520). Auf einem Monitor werden Videos über Wanderfische und Projekte gezeigt, ein Lachs-Zähler aktualisiert die Zahl aufsteigender Lachse in der Sieg.

Der **NABU Unna** hat im Feuchtgebiet Röllingwiesen bei Schwerte einen **Beobachtungsstand** errichtet, um die störungsarme Beobachtung von Wasser- und Sumpfvögeln zu ermöglichen (Fördersumme: 5.000 Euro).

Der **Tag der Natur**, den die **Stiftung Schloss und Park Benrath** am Museum für Naturkunde in Kooperation mit lokalen Akteuren aus den Bereichen Wasserwirtschaft, Umweltbildung und Wassersport jedes Jahr ausrichtet, war 2015 ganz dem Thema Wasser gewidmet (Fördersumme: 5.000 Euro). An Informations- und Aktionsständen lernten die Besucher viel über die Bedeutung von Wasser für unseren Alltag.

Mit dem Projekt **Lernort Quellbach** bietet der **Bergische Naturschutzverein** Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit, die bestandsgefährdeten Fließgewässerlibellenarten im Bergischen Land zu kartieren (Fördersumme: 15.100 Euro). Dazu hat der Projektträger Kartierungs- und Bestimmungsanleitungen erarbeitet und stellt diese in Form von Video-Clips auf seiner Homepage bereit. Außerdem werden Kartierungsgeräte angeschafft oder selbst hergestellt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden veröffentlicht.



„Tag der Natur“ auf Schloss Benrath

Die ökologische Situation des Rheins ist gegenüber den 1970er-Jahren viel besser geworden, aber noch längst nicht optimal. Der **BUND NRW** hat im Rahmen des Symposiums **Naturschutztage am Rhein – Biodiversität am und im Fluss** mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und einer Exkursion die Bedeutung von Gewässerschutz und Biodiversität am Rhein und in seinem Einzugsgebiet diskutiert (Fördersumme: 5.000 Euro). Ein zentrales Thema der Veranstaltung waren die europäischen Richtlinien für Gewässerschutz.

Die **Deutsch-Indonesische Gesellschaft** hat mit dem Projekt **Wasser ist Leben** das Problem der globalen Wasserverschmutzung und -verknappung am Beispiel des Tobasees in Indonesien verdeutlicht (Fördersumme: 30.000 Euro). Eine Gruppe indonesischer Künstler präsentierte in der traditionellen Theaterform „Opera Batak“ ein Stück mit umwelt- und sozialpolitischen Inhalten. Weitere Projektbestandteile waren Workshops, Filmvorführungen, Aktionstage in Köln sowie andere öffentlichkeitswirksame Aktionen. Über das Thema Wasser hinaus wurden Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Menschen und die aktuelle politische, ökologische und soziale Situation in Sumatra ermöglicht.

Mit **Aquaponic** bezeichnet man ein Verfahren, das die Aufzucht von Fischen in Aquakultur und die Kultivierung von Nutzpflanzen in Hydrokultur verbindet. Durch den geschlossenen Wasser- und Nährstoffkreislauf ist der Bedarf an Frischwasser minimal, der CO₂-Ausstoß der Fische wird von den Pflanzen aufgenommen und in Sauerstoff umgewandelt. Nährstoffe werden effizient genutzt und ein Einsatz von Antibiotika und Pestiziden ist nicht nötig. Der **Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah** in Menden hat eine **Aquaponic-Anlage** eingerichtet und setzt diese im Rahmen seiner Bildungsarbeit ein (Fördersumme: 44.028 Euro). Tomaten, Gurken, Zucchini, verschiedene Salatsorten, Basilikum, Dill, kleine Chilis, kleine Paprikas und Petersilie gedeihen prächtig, und die unterschiedlichen Bildungsangebote zu Themen wie Wasser- und Nährstoffkreislauf kommen gut an: Zwischen der Eröffnung der Anlage Ende August und dem Jahresende 2015 wurden sie bereits von mehr als 30 Schulen und außerschulischen Gruppen genutzt.

→ Weitere Informationen unter www.wasserlauf.de, www.nabu-unna.de, www.schloss-benrath.de, www.bergischer-naturschutzverein.de, www.bund-nrw.de, www.dig-koeln.de, www.arche-menden.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3624, U-3615, U-3623, U-3630, U-3641, Z-5326 und U-3607

Foto: MABU-Naturschutzstation Niederrhein



Umweltbildung mobil

Trennungen sind schwer, aber manchmal unvermeidlich. So ging es auch der **NAJU NRW** mit dem alten Jugendumweltmobil, das lange Zeit treue Dienste geleistet hatte, aber mittlerweile in die Jahre gekommen war. Umso mehr freut sich die NAJU über das neue, durch unsere Stiftung geförderte **Jugendumweltmobil**, das NRW-weit als mobiles Natur- und Umweltbildungszentrum eingesetzt wird (Fördersumme: 82.256 Euro). Zur Ausstattung gehören Module wie „Un-Kräuterküche schmeckt“, „Willkommen Wolf“, „Nature Art – Kunst aus dem, was die Natur uns bietet“ oder „Lebendiges Wasser“. Ein weiterer Projektbestandteil ist die Entwicklung und Erprobung zusätzlicher pädagogischer Begleitprogramme.

Die **TAT Technik Arbeit Transfer gGmbH** in Rheine baut ihren Lernort **Nachhaltigkeit** aus (Fördersumme: 87.760 Euro). Das vorhandene Umweltmobil wird mit mehr Angeboten zum Thema Nachhaltigkeit ausgestattet und eine Ausstellung zum Klimawandel durch neue Inhalte und computergestützte Module erweitert. Auf dem Programm stehen außerdem die Entwicklung zusätzlicher Stationen im Technologiepark und neuer Thementouren in der Region. In die Bildungsarbeit sollen künftig verstärkt Ehrenamtliche eingebunden werden.

→ Weitere Informationen unter www.naju-nrw.de, www.tat-zentrum.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3600 und Z-5289



Das neue Jugendumweltmobil der NAJU NRW

Umweltplanung

Ein notwendiges und langfristig wirksames Element im Naturschutz ist die Umweltplanung. Ein besonders interessantes Thema hat sich der **BUND NRW** mit seinem Projekt zur **Ökologisierung von Fernstraßenplanungen in Nordrhein-Westfalen** vorgenommen (Fördersumme: 105.700 Euro). Dabei beteiligt sich der BUND an der Erarbeitung des Bundesverkehrswegeplans und der anschließenden Bedarfsplanung. Im Rahmen des Projekts werden ökologische Alternativvorschläge zu ausgewählten Verkehrsinfrastrukturprojekten in NRW erarbeitet, landesweit diskutiert und öffentlich gemacht. Geplant sind weiterhin Diskussionsrunden zu flankierenden ökologischen Mobilitäts- und Logistikkonzepten in NRW, die Entwicklung eines Beteiligungskonzepts für NRW und eine Broschüre zur nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur.

Die **Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft** organisierte Veranstaltungen zur **Bürgerbeteiligung bei Umweltplanungen** und zur wirksamen Nutzung der rechtlichen Instrumente (Fördersumme: 560 Euro). Dabei ging es vor allem um ein neues Industriegebiet in Hamm/Bönen.

→ Weitere Informationen unter www.bund-nrw.de, www.weetfeld.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3604 und U-3629



Ehrenamtlicher Arbeitseinsatz im Schutzgebiet

Organisationen stärken

Zur erfolgreichen Naturschutzarbeit gehören auch gut qualifizierte Ehrenamtler und eine effektive Organisation. Die **Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW** (LNU) ist ein Dachverband von mehr als 90 Vereinigungen des ehrenamtlichen Naturschutzes mit rund 300.000 Einzelmitgliedern. Das macht die Diskussion über die richtige strategische Ausrichtung nicht immer ganz leicht. Mit dem Organisationsentwicklungsprojekt **Lernt Naturschutz untereinander – LNU!**, das von unserer Stiftung mit 105.200 Euro gefördert wird, soll die Kommunikation und Kooperation der LNU-Mitgliedsverbände optimiert werden.

Praktischer Naturschutz lebt vom Ehrenamt und der Identifikation mit der Natur vor Ort. Um die Kompetenz der Ehrenamtlichen zu stärken, hat die **NABU-Naturschutzstation Niederrhein** im November 2015 eine **Qualifizierungsoffensive für ehrenamtliche Schutzgebietsbetreuer** gestartet (Fördersumme: 77.074 Euro). Im Rahmen einer 18-monatigen theoretischen und praktischen Ausbildung wird interessierten Menschen zunächst naturschutzfachliches Hintergrundwissen vermittelt. Im anschließenden Praxisteil befassen sich die Ehrenamtlichen mit ihrem persönlichen Lieblingsschutzgebiet, um sich als kompetente Gebietsbetreuer zu qualifizieren. Nach bestandener Prüfung können sie so die hauptamtlichen Mitarbeiter der Naturschutzstation unterstützen.

Einen ähnlichen Ansatz hat das Projekt **Sicherung der Biodiversität über Stärkung des ehrenamtlichen flächenbezogenen Naturschutzes**, das der **BUND NRW** durchführt (Fördersumme: 61.330 Euro). Die Ehrenamtlichen, die Flächen wie Streuobstwiesen oder Kleinbiotope für den BUND betreuen, sollen dadurch besser qualifiziert und unterstützt werden. Zusätzlich wird eine Geoinformations-Datenbank eingerichtet, um Liegenschaftsdaten zu Naturschutzflächen leicht zugänglich zu machen.

Menschen aus anderen Kulturen werden beim Thema Naturschutz oft ignoriert. Das **Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen** hat mit dem Projekt **Umwelt und Umweltbewusstsein im Alevitentum** die Tradition der Naturverbundenheit im Alevitentum untersucht, um das Umweltbewusstsein von Mitgliedern alevitischer Gemeinden zu stärken (Fördersumme: 10.000 Euro). Dazu wurde eine Studie durchgeführt und deren Ergebnisse anschließend in zwei Workshops aufgearbeitet. Die Erfahrungen des Projekts wurden im Rahmen einer Fachtagung präsentiert.

→ Weitere Informationen unter www.lnu-nrw.de, www.nabu-naturschutzstation.de, www.bund-nrw.de, www.bimev.de sowie in unserer Projektdatenbank unter O-2320, U-3592, U-3647 und U-3595



Klima und Energie

Klima, Energie, Mobilität

Die Stimmung vor der Weltklimakonferenz 2015 in Paris war nicht allzu optimistisch. Warum sollte ausgerechnet Paris die Wende bringen, nachdem die Klimakonferenzen zuvor nach Meinung ihrer Kritiker kaum mehr erbracht hatten als heiße Luft – bzw. Treibhausgase durch den enormen Flugverkehr im Namen der Klimadiplomatie? Die realen Zahlen gaben ebenfalls wenig Anlass zu Optimismus: So meldete die US-Wetterbehörde NOAA, dass 2015 die weltweite Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre auf 403,5 ppm (parts per million) angestiegen sei – der rascheste Anstieg seit 56 Jahren. Die Konsequenz: 2015 war im Mittel 0,9 Grad wärmer als der Durchschnitt des 20. Jahrhunderts und somit das weltweit wärmste Jahr seit Beginn der Messungen im Jahr 1880.

Auch die Bundesregierung bekam von einer durch sie selbst eingesetzten Expertenkommission im Monitoringbericht „Energie der Zukunft“ ein schlechtes Zeugnis: Deutschland bleibe weit hinter seinen Zielen zurück und müsse, wenn es den nationalen CO₂-Ausstoß bis 2020 tatsächlich um 40 Prozent reduzieren wolle, die nationalen Treibhausgasemissionen im jährlichen Durchschnitt um gut drei Prozent senken – statt lediglich 1,7 Prozent in 2014.

Paris hat die Skeptiker – vorerst – eines Besseren belehrt. Der Vertragsentwurf, den Gipfelpräsident Laurent Fabius den Delegierten aus 195 teilnehmenden Staaten am 12. Dezember 2015 präsentierte, löste bei der eher nüchternen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks regelrechte Euphorie aus: „Zum ersten Mal machen sich alle Länder dieser Welt gemeinsam auf den Weg, den Planeten zu retten. (...) Das ist ein historischer Wendepunkt.“

Alle gemeinsam

Bei aller Vorsicht gegenüber Etiketten wie „historisch“ hat der letzte Weltklimagipfel die Hoffnung genährt, dass die Wende beim Klimaschutz doch noch gelingen kann. Erstmals wurde die Zwei-Grad-Obergrenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festgeschrieben. Darüber hinaus wollen sich alle 195 Staaten – Industrienationen ebenso wie Schwellen- und Entwicklungsländer – darum bemühen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Selbst notorische Klimasünder wie Russland, Australien und Saudi-Arabien sind an Bord.

Die Hauptverantwortung für den Kampf gegen den Klimawandel liegt weiterhin bei den Industriestaaten. Allerdings sollen auch alle anderen Staaten nach ihren jeweiligen Möglichkeiten Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Damit wurde erstmals die bisherige strikte Trennung in Industriestaaten, Entwicklungs- und Schwellenländer im Ansatz überwunden. Das im Vertrag verankerte „Fortschrittsprinzip“ verpflichtet die Staaten dazu, alle fünf Jahre schärfere Ziele für die Reduzierung ihrer Emissionen zu formulieren. Die Industrienationen wollen ab 2020 rund 100 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, um den vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen bei Anpassungsmaßnahmen zu helfen und ärmere Staaten bei der klimafreundlichen Modernisierung ihrer Energieversorgung zu unterstützen.

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen auf Null sinken. „Das bedeutet den Abschied von fossilen Energien, also Dekarbonisierung. Das Abkommen geht aber darüber hinaus, weil es alle Treibhausgase betrifft“, so Barbara Hendricks. Das muss nicht zwingend so kommen, schließlich könnte auch ein Ausgleich erzielt werden zwischen dem Ausstoß von Treibhausgasen und deren Absorption, etwa durch Meere, Wälder oder Moore. Auch technische Lösungen, wie die Verklappung von CO₂, lässt das Abkommen zu.



Foto: Somer/abaca

Klimakiller Kohle: Demonstration in Paris im Vorfeld des UN-Klimagipfels

Den Worten müssen Taten folgen

Ob Paris tatsächlich als ein erfolgreicher Gipfel in die Geschichte der Klimadiplomatie eingehen wird, hängt insbesondere von den vorgesehenen nationalen Beiträgen der einzelnen Länder ab, den sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDCs). Blicke es bei den bisherigen nationalen Klimaplänen, wäre eine Erwärmung um mindestens 2,7 Grad Celsius nicht zu vermeiden. Wenn die reichen Nationen ihre Zusagen hinsichtlich der finanziellen und technischen Unterstützung nicht einhalten, könnte die Euphorie rasch in Ernüchterung umschlagen.

Experten des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung haben berechnet, dass zur Erfüllung des Zwei-Grad-Ziels nur noch rund 1.000 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre gelangen dürften – angesichts der jetzigen Selbstverpflichtungen wären bereits im Jahr 2030 mehr als 800 Gigatonnen erreicht. Kritiker des Pariser Abkommens, wie der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger oder der Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig, fordern daher eine sofortige Verschärfung der nationalen Klimapläne.

Auf dem nächsten Klimagipfel im November 2016 in Marrakesch wird es darum gehen, die mit dem Abkommen bekundeten guten Absichten in konkrete Maßnahmen zu transformieren. Ende 2020, wenn das bisher gültige Kyoto-Protokoll ausläuft, soll das neue Abkommen gelten.

USA sind blockiert, Europa mauert

Die USA haben in Paris eine weitaus konstruktivere Haltung als bislang gewohnt eingenommen. Schon im August 2015 hatte die Regierung den „Clean Power Plan“ vorgestellt, durch dessen Umsetzung der Kohlendioxid-Ausstoß in den USA bis 2030 im Vergleich zu 2005 um 32 Prozent sinken sollte. Mit der Begründung, die Regierung Obama würde mit verbindlichen Reduktionsvorgaben ihre Kompetenzen überschreiten, haben mehrere Unternehmen und 27 US-Bundesstaaten vor dem Obersten Gerichtshof gegen den „Clean Power Plan“ geklagt. Der ist einstweilen ausgesetzt, mit einer Entscheidung – und damit auch über den US-Beitrag zu den Klimazielen – wird nicht vor Ende 2016 zu rechnen sein.

Auch die Reaktion der Europäischen Union auf die Pariser Klimabeschlüsse zeigt, wie weit der Weg zu einer effizienten globalen Klimaschutzpolitik noch ist. Die EU-Kommission beharrt auf ihren bereits 2014 beschlossenen, an der Zwei-Grad-Marke orientierten Zielen:

- Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent und bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990,
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent und bis 2030 auf mindestens 27 Prozent.

Energieverbrauch muss stärker reduziert werden

Die EU habe ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz verloren, so der Germanwatch-Klimaexperte Oldag Caspar in einem TAZ-Interview: „Staaten wie Brasilien, Marokko oder Costa Rica machen deutlich mehr, gemessen an dem, was sie leisten können und müssen.“ Für einen wirksamen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel müsse die EU bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 mindestens halbieren.

In einer gemeinsamen Erklärung haben der BUND, Brot für die Welt, Germanwatch, Greenpeace, MISEREOR und der WWF die EU-Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen und den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die unverbindliche Absichtserklärung zur Senkung des Energieverbrauchs als „inakzeptabel“ kritisiert. Sie fordern eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990. Außerdem müssten die erneuerbaren Energien auf einen Anteil von 45 Prozent am EU-weiten Strommix ausgebaut und die Energieeffizienz um 50 Prozent erhöht werden.



Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) spricht am 25. Juni 2015 das Grußwort auf der Auftaktkonferenz für den Dialogprozess zum Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung.

Deutschland muss nachsitzen

Deutschland will bis zum Jahr 2020 die Emissionen um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 mindern. Da zumindest das erste Ziel ohne eine Verschärfung der Maßnahmen verfehlt werden dürfte – je nach Wirtschaftsentwicklung gingen die meisten Prognosen Ende 2014 von einer Reduzierung um rund 33 Prozent bis 2020 aus –, hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossen.

Aktionsprogramm Klimaschutz

Nach Angaben der Bundesregierung beinhaltet das Aktionsprogramm Maßnahmen für eine zusätzliche Minderung von 62 bis 78 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Den größten Anteil soll mit bis zu 30 Millionen Tonnen der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) des Bundeswirtschaftsministeriums beitragen. Für den Stromsektor sind rund 22 Millionen Tonnen, für den Verkehr bis zu zehn Millionen Tonnen und für die Landwirtschaft gut drei Millionen Tonnen vorgesehen. Durch bessere Beratung und Information, mehr Forschung und Entwicklung sowie eine stärkere Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten bei der öffentlichen Beschaffung und von der energetischen Sanierung öffentlicher Liegenschaften erhofft sich die Bundesregierung einen zusätzlichen Einsparbeitrag von bis zu vier Millionen Tonnen.

Die Bundesregierung hat sich Nordrhein-Westfalen zum Vorbild genommen und im Sommer 2015 damit begonnen, in einem breit angelegten Dialogprozess einen Klimaschutzplan zu erarbeiten. Zur Auftaktveranstaltung des Dialogprozesses am 25. und 26. Juni 2015 in Berlin wurden Bundesländer, Kommunen und Verbände eingeladen. Mit dem „Tag des Bürgerdialogs“ am 14. November 2015, mit jeweils rund 100 zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Hamburg, Leipzig, Essen, Frankfurt und Nürnberg, fiel der Startschuss für eine umfassende Bürgerbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger können in Dialogveranstaltungen und in einem Online-Dialogverfahren Klimaschutzmaßnahmen für den nationalen Klimaschutzplan 2050 vorschlagen, dessen erste Fassung 2016 verabschiedet werden soll (mehr dazu unter www.klimaschutzplan2050.de).

Paradoxe Doppelanstieg

Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland ist seit der Einführung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 von sechs Prozent auf 32,5 Prozent im Jahr 2015 angestiegen. Diese Entwicklung lag 2015 vor allem an der Windenergie, deren Stromproduktion gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Prozent anstieg.

Dennoch sind, nach einer vorläufigen Prognose des Umweltbundesamtes, die Treibhausgasemissionen in Deutschland 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen, und zwar um 0,7 Prozent auf 908 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente. Verantwortlich dafür seien die niedrigen Kraftstoffpreise, ein vergleichsweise langer und kühler Winter sowie die weiterhin hohe Stromproduktion aus Braunkohle, die ihren Anteil von rund 24 Prozent halten konnte. Da sich der Stromverbrauch in Deutschland kaum veränderte, gingen die Überkapazitäten vor allem ins Ausland: Die Ausfuhr von Strom stieg gegenüber 2014 um rund 50 Prozent und erreichte mit knapp 61 Terawattstunden einen neuen Rekordwert.

Damit das langfristig anders wird, haben sich die Bundesregierung sowie die drei Stromkonzerne RWE, Vattenfall und Mibrag im Oktober 2015 darauf verständigt, bis 2019 mehrere Kraftwerksblöcke im rheinischen Braunkohlerevier und in Ostdeutschland schrittweise vom Netz zu nehmen. Jeweils vier Jahre lang sollen die Blöcke dann als letzte Absicherung zur Stromversorgung bereitstehen, ehe sie endgültig abgeschaltet werden. Diese umstrittene „Kapazitätsreserve“ lassen sich die Unternehmen nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums über sieben Jahre mit 230 Millionen Euro pro Jahr bezahlen.

Wenn Deutschland seine Klimaschutzziele erfüllen will, muss nach Ansicht der Initiative „Agora Energiewende“ rund die Hälfte der derzeit noch zur Förderung genehmigten Braunkohlevorräte unter der Erde bleiben. Um diesen Widerspruch aufzulösen, solle die Bundesregierung einen runden Tisch „Nationaler Kohlekonens“ einberufen, an dem Bund, Länder und die betroffenen Akteure die Bedingungen eines schrittweisen Kohleausstiegs bis 2040 vereinbaren. Mit einem solchen Vorgehen ließen sich sowohl die nationalen Klimaschutzziele erreichen als auch positive Entwicklungsperspektiven für die heutigen Braunkohleregionen schaffen.



Foto: Michael Kasten

Braunkohlerevier Garzweiler II – Schaufelradbagger in Aktion

NRW verabschiedet Klimaschutzplan

Mit dem Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2013 will Nordrhein-Westfalen seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Zentrales Instrument auf dem Weg dorthin ist der in einem ausführlichen gesellschaftlichen Beteiligungsprozess erarbeitete und am 17. Dezember 2015 vom Landtag verabschiedete Klimaschutzplan. Dieser umfasst 154 Maßnahmen für den Klimaschutz sowie 66 Maßnahmen für die Klimafolgenanpassung und wird alle fünf Jahre fortgeschrieben. Insgesamt hatten rund 2.000 Menschen an den Grundlagen für den Klimaschutzplan im Rahmen von Arbeitsgruppen, Workshops, Kongressen und einer Online-Beteiligung mitgearbeitet. Weitere Informationen zum Klimaschutzplan gibt es unter www.klimaschutz.nrw.de.

Neben der Wirtschaft sind für Landesumweltminister Johannes Remmel die Kommunen wichtige Verbündete beim Klimaschutz: „Noch nie hatten wir so viele Kommunen, die ein eigenes Klimaschutzkonzept aufgelegt haben und auch umsetzen. Rund 300 NRW-Kommunen bilanzieren inzwischen ihre CO₂-Emissionen, über 140 Städte und Gemeinden haben bereits eigene Klimaschutzkonzepte aufgelegt und über 115 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen nehmen am European Energy Award teil.“ Die NRW-Kommunen Beckum, Rheinberg und Siegen waren drei von insgesamt neun Gewinnern des bundesweiten Wettbewerbs Kommunaler Klimaschutz 2015, zu dem 119 Kommunen angetreten waren.

Kommunen und Wirtschaft sind auch wichtige Akteure beim 2013 gegründeten KlimaDiskurs.NRW, der von der Stiftung Mercator und unserer Stiftung bis März 2016 mit insgesamt 1,2 Millionen Euro gefördert wurde. Der KlimaDiskurs.NRW bietet Vertretern von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik eine Dialogplattform zu zentralen klima- und energiepolitischen Fragen und will die Energiewende in NRW durch gemeinsames Handeln der relevanten Akteure forcieren.

2015 hat der KlimaDiskurs.NRW zahlreiche neue Mitstreiter gewonnen, darunter mit dem Chemieparkbetreiber CURRENTA das erste Industrieunternehmen. Ebenfalls neu hinzu kamen die Stadtwerke Bielefeld und Wuppertal, die Energieversorgung Oberhausen EVO, die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr sowie der Verband Kommunaler Unternehmen NRW. Bereits zu Beginn des Jahres 2015 organisierte der KlimaDiskurs.NRW ein Netzwerk, das die energetische Gebäudesanierung, das energieeffiziente Bauen und quartiersbezogene Lösungen befördern will. Dieser „Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz“ gehören – neben den KlimaDiskurs-Mitgliedern NABU, BUND, DGB NRW, Verbraucherzentrale NRW, Deutscher Mieterbund und Verband der Wohnungswirtschaft VdW Rheinland-Westfalen – auch die Architektenkammer NRW, die Ingenieurkammer Bau NRW und die Handwerkskammer an.



Klima-Wandelt

Unsere Ausstellung Klima-Wandelt informiert anhand von Texten, Grafiken und Fotos über den Klimawandel und seine weltweiten Folgen. Schwerpunkte der Ausstellung, die in den letzten Jahren zweimal erweitert wurde, sind Fotos des isländischen Fotografen Ragnar Axelsson zum Klimawandel in der Arktis sowie die Folgen des Klimawandels in NRW. Im April 2015 haben wir eine Broschüre mit Hintergrundinformationen zu den Themen der Ausstellungen veröffentlicht. Nichtregierungsorganisationen, Schulen und andere Institutionen in NRW können die Ausstellung bei uns ausleihen. Der Verleih ist kostenlos, der Transport muss von den Ausleihern organisiert und finanziert werden. Da Klima-Wandelt auf gute Resonanz stößt, können wir nicht allen Ausleihwünschen nachkommen. Deshalb bieten wir für 20 Euro 16 der 26 Ausstellungstafeln als Plakatsatz im DIN-A1-Format an, das die Nutzer behalten und mehrfach einsetzen können. Ein weiteres Angebot zu Klima-Wandelt sind Arbeitsblätter für den Einsatz im Bildungsbereich (etwa ab Klasse 9).

➔ Weitere Informationen zu Klima-Wandelt finden Sie auf unserer Website unter www.sue-nrw.de/klima-wandelt



Foto: KölnAgenda

Projekte Klima und Energie

Klimaschutz: Städte in Aktion

Nach Angaben des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) geht rund ein Fünftel des in Deutschland ausgestoßenen CO₂ auf das Konto des Verkehrs. Im Gegensatz zu anderen Sektoren steigen die durch den Verkehr verursachten CO₂-Emissionen an. Auch der motorisierte Individualverkehr auf kommunaler und regionaler Ebene trägt dazu bei. Mit dem von unserer Stiftung mit 194.220 Euro geförderten Projekt **GutGemischtMobil** möchte der Verein **Mobilität-Werk-Stadt**, ein Netzwerk verschiedener Initiativen, Gruppen und Verbände in der Metropole Ruhr, Alternativen zum Auto aufzeigen. Denn eine gut gemischte Mobilität – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn und mit dem Auto – dient dem Klimaschutz, schont die Gesundheit, entlastet den Geldbeutel und verbessert das nachbarschaftliche Miteinander. Dazu werden in mehreren Workshops ein digitales Regionalmodell und ein Maßnahmenkatalog für eine bessere Mobilitätsinfrastruktur in der Metropole Ruhr erarbeitet. Weitere Projektaktivitäten sind Qualifizierungen, Informationsveranstaltungen, Exkursionen und die Entwicklung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit zur Kampagne.



Foto: Anke Bonstein

Ferienaktion der Klimawelten Hilchenbach

Auch der Kölner Fernsehmoderator und Autor Ralf Caspers spart CO₂.

Der Verein **KölnAgenda** führt unter dem Titel **Klimaschutz Community Köln: Aktivierung durch Wettbewerb** das von unserer Stiftung geförderte Vorgängerprojekt „Köln spart CO₂“ weiter (Fördersumme: 40.175 Euro). Auch hier werden Bürger zu CO₂-Einsparungen motiviert, um so die Stadt bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzziele zu unterstützen. Auf dem Programm stehen eine umfassende Überarbeitung und Weiterentwicklung des bestehenden Online-Portals „koeln-spart-co2“, Wettbewerbe mit Schulen und Chören, Aufrufe zu gemeinsamen Sparaktionen von Gruppen sowie eine Klimaschutz-Gala.

Der **Förderverein NaturGut Ophoven** wollte im April 2015 den ersten **Klimadialog Leverkusen** veranstalten, eine Tagung zur Energiewende für Vertreter kleiner und mittelständischer Unternehmen. Leider fanden sich nicht genügend Teilnehmer.

In der Siegerländer Kommune Hilchenbach, die für ihre Anstrengungen zum Klimaschutz unter anderem mit dem European Energy Award ausgezeichnet wurde, baut der Verein **Klimabildungsstätte Südwestfalen** die denkmalgeschützte Florenburgschule zu dem Bildungszentrum **Klimawelten Hilchenbach** um (Fördersumme: 111.700 Euro). In Zusammenarbeit mit verschiedenen Bildungseinrichtungen, kommunalen Verwaltungen, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie Unternehmen entstehen hier unter anderem eine Klimaküche, ein Repair-Café, ein Raum mit multimedialer Präsentationstechnik sowie ein Lern- und Werkstattbereich.

➔ Weitere Informationen unter www.mobilitaetwerkstadt.de, www.koelnagenda.de, www.klimawelten.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3590, U-3611 und U-3627

Junge Menschen klimafreundlich

Der Rat für nachhaltige Entwicklung hat 2012, anlässlich der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (Rio+20), die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit ins Leben gerufen. Damit soll das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Das **NaturGut Ophoven** beteiligt sich seither regelmäßig an den Aktionstagen, so auch 2015 mit einer **Kampagne für einen klimafreundlichen Schulstart** in Leverkusen (Fördersumme: 5.000 Euro). Sie richtete sich an Schüler, Lehrer und Eltern. Im Zentrum stand die „klimafreundliche Schultasche“, die mit umweltfreundlichen Schulmaterialien, Butterbrotdose, nachfüllbarer Trinkflasche und einem gesunden Frühstück gefüllt war. Darüber hinaus führte der Projektträger in 20 Kindergärten pädagogische Einheiten zu „klimafreundlicher Schultasche“ und „klimafreundlichem Schulstart“ durch.

Der Verein **Institut equalita** organisiert im Rahmen der „KinderkulturKarawane“ 2016 und 2017 Auftritte und Begleitprogramme von vier jungen Künstlergruppen aus Ländern des Südens in Köln, Bonn und Aachen (Fördersumme: 83.720 Euro). Unter dem Motto **Weit weg – ganz nah: Klimawandel und Klimagerechtigkeit im künstlerischen Schaffen von Jugendlichen aus dem Globalen Süden und NRW** führen die Künstlergruppen in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen Theaterstücke zum Klimawandel auf, die sie in ihrer Heimat vorbereitet haben. Weitere Angebote sind Workshops, bei denen sich Schüler auch auf künstlerische Weise mit der Thematik befassen, und die gemeinsame Entwicklung eines Theaterstücks.

→ Weitere Informationen unter www.naturgut-ophoven.de, <http://equalita.de> sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3633 und Z-5317



Theaterstücke zum Klimawandel mit dem „Institut equalita“

Foto: froxx



Über geeignete Standorte für Windenergie gibt es heftige Diskussionen.

Energiewende

Über die Notwendigkeit der Entwicklung hin zu mehr Ressourceneffizienz sowie zum Ausbau der erneuerbaren Energien herrscht weitgehend Einigkeit, nur über das Wie wird anhaltend debattiert. Neben den richtigen politischen Weichenstellungen ist auch ein umfassendes bürgerschaftlichen Engagement für das Gelingen der Energiewende wichtig. Mit dem Projekt **Neue Wege für die Bürgerenergie** wollte die **World Wind Energy Association** die Rolle von Bürgerenergieprojekten bei der Energiewende in NRW stärken (Fördersumme: 38.000 Euro). In einer Feldstudie wurden die Bedingungen für erfolgreiche Projekte analysiert und dabei mögliche Änderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen wurden mit Experten und anderen relevanten Akteuren diskutiert und anschließend veröffentlicht.

Bereits zum fünften Mal werden 2016 die **Europäischen Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima** durchgeführt. In NRW organisiert das **Internationale Bildungs- und Begegnungswerk** die Veranstaltungen, vor allem Gespräche mit Zeitzeugen aus Japan, Belarus und der Ukraine zu den Reaktorunfällen und den bis heute spürbaren Folgen (Fördersumme: 42.030 Euro). Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema „Energie in Bürgerhand“.

Die Organisation **Urgewald** hat unter dem Titel **Kohle und Kirchenbanken** mit Vertretern von Kirchen-, Ordens- und Alternativbanken darüber diskutiert, wie und ob sich klimaschädliche Investitionen in Kohleabbau und -verbrennung beenden lassen (Fördersumme: 3.530 Euro).

→ Weitere Informationen unter www.wwindea.org, www.ibb-d.de, www.urgewald.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3635, U-3648 und Z-5334

Foto: Ulla Theising



Wirtschaft und Landwirtschaft

„Die Spirale der wachsenden sozialen Ungleichheit dreht sich weiter: Mittlerweile besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Das derzeitige Wirtschaftssystem kommt vor allem den Reichen zugute und vertieft weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich. Ein wesentlicher Grund ist eine ungerechte Steuerpolitik. Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt, neun von zehn großen Unternehmen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Sie entziehen sich damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen trockenlegen.“

Was sich liest wie ein Fazit zu den „Panama Papers“, ist die Einleitung zu einer im Januar 2016 erschienenen Studie der internationalen Nichtregierungsorganisation Oxfam mit dem Titel „An Economy for the 1%“ (PDF unter <http://tiny.cc/cvj2ay>). Oxfam warnt vor einer „schockierend schnell wachsenden sozialen Ungleichheit“: Während Kapitalbesitzer ihr Vermögen beständig vermehren, leben nach Schätzungen der Weltbank 700 Millionen Menschen in extremer Armut, verfügen also über weniger als 1,90 Dollar pro Tag. „Erschütternd“ findet Oxfam-Direktorin Winnie Byanyima dieses Ausmaß der globalen Ungleichheit.

Eine Frage der Verteilung

Auch der aktuelle Weltagrarbericht zeichnet ein düsteres Bild (www.weltagrarbericht.de). Obwohl sich die Staats- und Regierungschefs 1996 auf dem Welternährungsgipfel in Rom feierlich verpflichtet hatten, bis 2015 die Zahl der Hungernden auf 425 Millionen zu halbieren, leiden nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO heute immer noch 795 Millionen Menschen Hunger. 64 Prozent von ihnen leben in Asien, in Subsahara-Afrika hungern 220 Millionen und damit

knapp ein Viertel der dort lebenden Bevölkerung. Im Kontrast dazu geht die Weltgesundheitsorganisation WHO für 2015 von weltweit rund 2,3 Milliarden Übergewichtigen aus.

Dabei würde die landwirtschaftliche Produktion grundsätzlich ausreichen, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Nach Angaben der FAO stehen heute theoretisch jedem Menschen 2.891 kcal zur Verfügung. Doch auch hier herrscht eine dramatisch ungerechte Verteilung, ebenso beim Landbesitz: Nach einer Studie der in Washington ansässigen Rights and Resources Initiative nutzen indigene Völker und ländliche Gemeinden – rund 1,5 Milliarden Menschen weltweit – zwar 65 Prozent der globalen Landfläche, aber noch nicht einmal ein Viertel davon gehört ihnen.

Mehr als gute Worte?

Wenige Zahlen, die ein System weltweiter Ungerechtigkeit illustrieren. Abhilfe schaffen soll jetzt die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung, die am 25. September 2015 auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedet wurde. Unter anderem sollen bis 2030 allen Menschen weltweit die gleichen ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen – dazu gehören explizit auch der Besitz und die Kontrolle über eigenes Land sowie der Zugriff auf natürliche Ressourcen, neue Technologien, Finanzsysteme und Mikrofinanzierungen. Auch soll niemand mehr Hunger leiden müssen.

„Ernährung sichern“ war auch ein zentrales Ziel der Bundesregierung während ihrer G7-Präsidentschaft im Jahr 2015. Das Treffen der sieben größten Industrienationen im Juni 2015 in Elmau wurde von Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ausgesprochen positiv bewertet: Das Gipfeltreffen habe vom Kampf gegen den Klimawandel über eine Welt ohne Hunger bis hin zu einer gerechten Gestaltung der Globalisierung wichtige Vorgaben gesetzt.

Forderungen der Zivilgesellschaft

Das sehen nicht alle so. VENRO, der Dachverband der entwicklungs- politischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, hat gemeinsam mit dem Forum Umwelt & Entwicklung die Aktivitäten der Zivilgesellschaft zur deutschen G7-Präsidentschaft koordiniert und unter dem Titel „Neue Politik für globale Gerechtigkeit“ Forderungen dazu formuliert. Wichtigstes Ziel müsse sein, ein nicht nachhaltiges Wirtschafts- und Entwicklungsmodell zu beenden, dessen ökologische und soziale Folgen seine eigenen Grundlagen zerstörten.

Die Deregulierung, die derzeit in den Verhandlungsrunden über bilaterale, regionale und sektorale Vereinbarungen, wie etwa das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, vorangetrieben werde, sei der falsche Weg. Notwendig sei vielmehr eine Politik, die den immensen ökologischen Fußabdruck der G7-Länder aktiv reduziere, durch Umverteilung Armut abbaue und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führe. Die bilateralen und multilateralen Verhandlungen über neue Handelsabkommen müssten durch multilaterale Verhandlungen über gerechteren Handel ersetzt werden.

Vor allem bei den Lieferketten in einer globalisierten Weltwirtschaft müsse die Politik gestaltend eingreifen und dürfe nicht alleine auf freiwillige Selbstverpflichtungen setzen. Verbindliche Transparenzvorgaben und die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten seien auch im Interesse derjenigen Unternehmen, die heute schon freiwillig mehr tun. Auch müsse die G7 ihre Finanzsysteme an ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten, zum Beispiel durch Auflagen für die Kreditvergabe aller Banken und die Anlagen aller Investmentfonds.

Foto: Marc Tini/Jepa



Demonstration gegen eine industrialisierte Landwirtschaft in Berlin

Green Economy und Welthandel

Green Economy und freier Welthandel – für die Einen liegt hier der Schlüssel zu einer nachhaltigen Zukunft, für die Anderen festigen beide Mechanismen die ungerechten und zerstörerischen Strukturen. Im Rahmen des von unserer Stiftung geförderten Projekts „Green Economy und sozial-ökologische Transformation“ (siehe S. 34) hat Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene – die Chancen und Risiken des Verhältnisses zwischen Green Economy und Welthandel analysiert und die Ergebnisse in der Studie „Die Legende vom grünen Wachstum“ zusammengefasst. Das Fazit: Ohne eine grundsätzliche Reform der bestehenden Handelspolitik auf WTO-Ebene bleibe die grundlegende grüne Transformation der Weltwirtschaft nur Wunschenken. Download der Studie (PDF) unter <http://tiny.cc/o2j2ay>.



Sorgenkind Landwirtschaft

Auch beim Themenfeld Ernährung und Landwirtschaft sieht VENRO die G7 auf einem falschen Weg. Mit Initiativen wie der „Neuen Allianz für Ernährungssicherheit“ setze sie primär auf Produktionssteigerungen und die Förderung von Investitionen durch den Privatsektor und bediene damit vor allem die Profitinteressen der internationalen Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie. Nach Auffassung von Oxfam verfehlt selbst die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ ihr Ziel, für die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den Jahren 2014 und 2015 rund 630 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt hat. Das Ministerium habe die Chance verpasst, sich programmatisch an den Bedürfnissen und Prioritäten der weltweit rund 1,5 Milliarden Kleinbauern zu orientieren und sie in die Entwicklung einzubeziehen. Die sogenannten „Grünen Innovationszentren“ verfolgten einen zu stark technischen

Masse statt Klasse

Ansatz, das geförderte Agrarmodell entspreche vorrangig dem der Agrarunternehmen und stehe nicht für eine soziale und ökologische Neuausrichtung der Landwirtschaft.

Die globalen Entwicklungen setzen auch deutsche Landwirte unter Druck. Überproduktion und mangelnde Nachfrage auf den Weltmärkten lassen die Lebensmittelpreise kontinuierlich sinken, so fiel zum Beispiel der Erzeugerpreis für Milch in Deutschland von mehr als 37 Cent auf 27 Cent pro Liter. Viele Milchbauern bangen um ihre Existenz. Gleichzeitig wächst in der Bevölkerung die Kritik an Massentierhaltung, Monokulturen, massivem Pestizideinsatz und der umweltfeindlichen Agrarförderpolitik der EU. So demonstrieren seit 2011 immer im Januar mehrere Zehntausend Menschen in Berlin unter dem Motto „Wir haben es satt! – Bauernhöfe statt Agrarindustrie“.

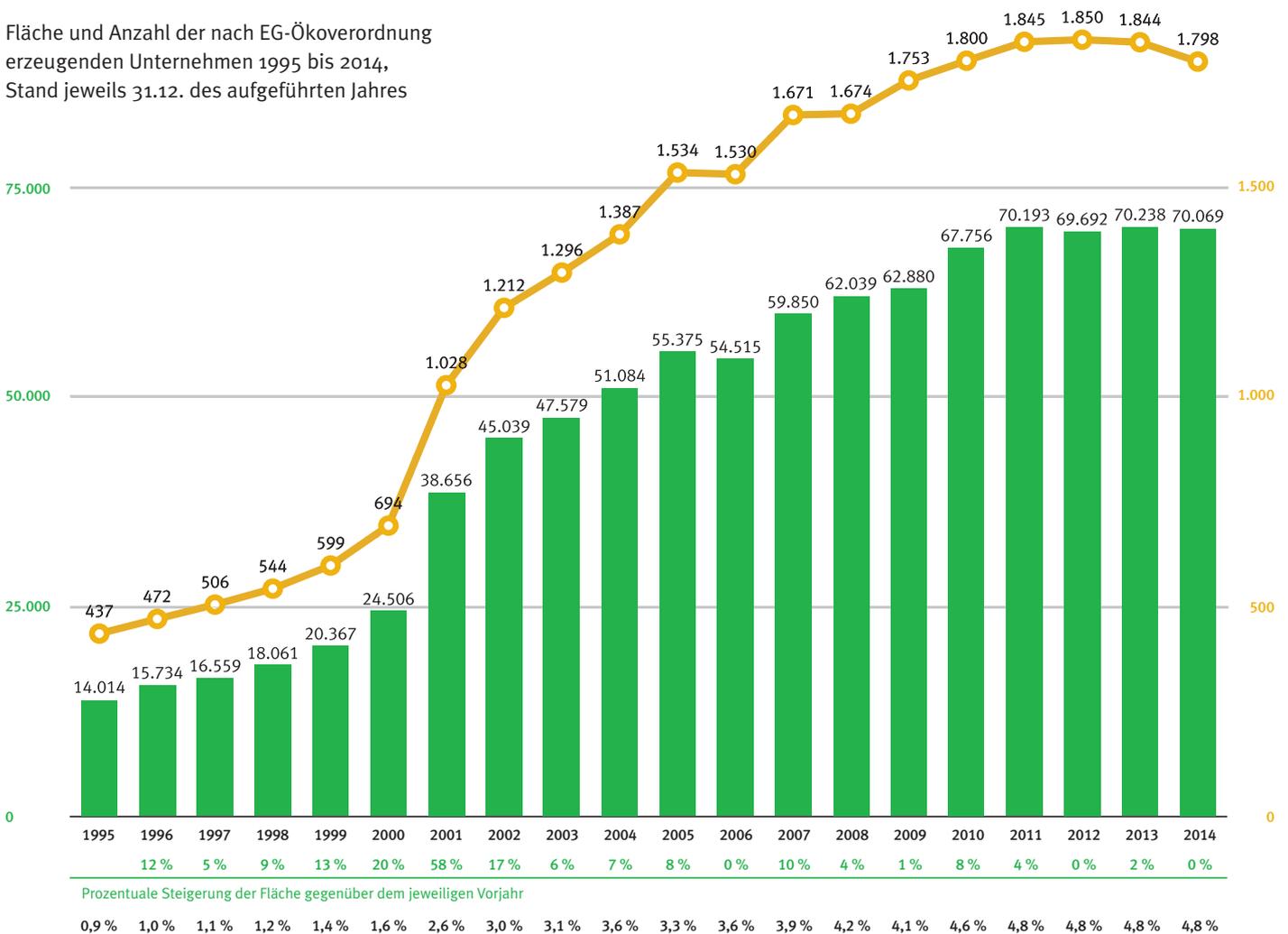
Auch bei den Bauernhöfen, die auf Fleischproduktion setzen, geht das Höfesterben ungebremst weiter. Die Zahlen im aktuellen, vom BUND und der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen „Fleischatlas“ sprechen eine deutliche Sprache: So mussten in den vergangenen 15 Jahren bis zu 80 Prozent der Betriebe die Tierhaltung aufgeben, während gleichzeitig bundesweit immer mehr Fleisch produziert wird. Der Trend geht in Richtung Konzentration, zu immer größeren Mastbetrieben, die das heute schon massive Problem der zu hohen Ammoniak-Emissionen aus den Ställen und der hohen Nitratwerte im Grundwasser noch verschärfen werden. In NRW, wo etwa die Hälfte des landwirtschaftlichen Produktionswertes durch Nutztierhaltung erzielt wird, sei dieser Trend besonders deutlich, so die Autoren des „Fleischatlas“.

Entwicklung des ökologischen Landbaus in NRW

Fläche in ha
100.000

Unternehmen
2.000

Fläche und Anzahl der nach EG-Ökoverordnung erzeugenden Unternehmen 1995 bis 2014, Stand jeweils 31.12. des aufgeführten Jahres



Relativer Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landw. Nutzfläche in NRW

Quelle: BMEL, Meldungen der Kontrollstellen nach VO (EG) Nr. 831/2007



Foto: kasto

Regionale landwirtschaftliche Produkte auf einem Wochenmarkt

Unterdessen stagniert der ökologische Landbau in NRW seit 2011 bei rund 1.800 Betrieben mit einer Fläche von rund 70.000 Hektar, das entspricht noch nicht einmal fünf Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Landwirtschaftsminister Johannes Rammel möchte den ökologischen Landbau im Rahmen des Programms „Ländlicher Raum“ bis zum Jahr 2020 mit insgesamt rund 133 Millionen Euro fördern. Um die große Nachfrage nach ökologischen Produkten zunehmend mit heimischen Produkten decken zu können, will das NRW-Landwirtschaftsministerium möglichst viele regionale Partnerschaften zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Vermarktern von Bioprodukten initiieren: „Mit dem Prinzip der Regionalität erhalten wir Wertschöpfung vor Ort und können neue Marktstrukturen schaffen, von denen vor allem der ländliche Raum profitieren kann“, so Minister Rammel.

Deutscher Nachhaltigkeitstag

Am 26. und 27. November 2015 fand in Düsseldorf der 8. Deutsche Nachhaltigkeitstag statt. Veranstalter war die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis. Im Zentrum standen die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und das Thema Flüchtlinge, außerdem Fragen nachhaltigen Wirtschaftshandelns und nachhaltiger Kommunalpolitik und die Präsentation guter Beispiele. Darüber hinaus wurden die Deutschen Nachhaltigkeitspreise in verschiedenen Kategorien verliehen, darunter erstmals der „Next Economy Award“, der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Gründer.

Unsere Stiftung beteiligte sich als institutioneller Partner am Nachhaltigkeitstag. Ziel der Kooperation war es, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einzubinden und ihre Positionen sichtbar zu machen. So konnten wir NRO-Vertretern aus Nordrhein-Westfalen eine kostenlose Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung und am Kongress ermöglichen.

→ Weitere Informationen unter www.nachhaltigkeitspreis.de

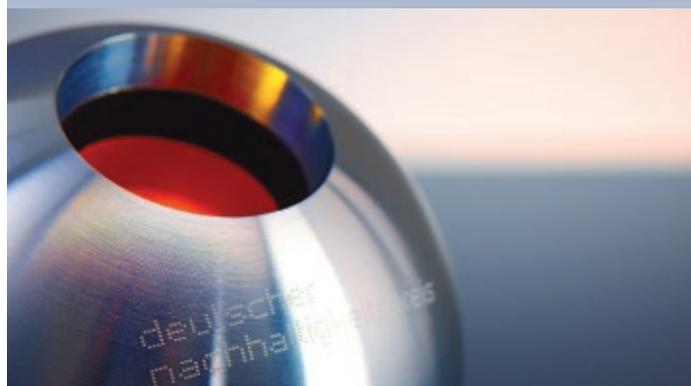


Foto: Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis

newtrade nrw

Die Stiftung beteiligt sich seit 2013 an „newtrade nrw“, dem Projektbüro für nachhaltige und faire Beschaffung in Nordrhein-Westfalen. Hintergründe für die Einrichtung des Büros waren unter anderem das im Mai 2012 in Kraft getretene Tariftreue- und Vergabegesetz in Nordrhein-Westfalen sowie die im gleichen Jahr von der Landesregierung beschlossene Eine-Welt-Strategie. Unser Kooperationspartner ist der Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen.

newtrade nrw unterstützt Einrichtungen des Landes, Kommunen und öffentliche Institutionen, bei Beschaffungsvorgängen ökologische und soziale Kriterien zu beachten. Es kooperiert mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Eine Welt Netz NRW. Außerdem beteiligt sich newtrade nrw an der Entwicklung eines Pilotprogramms zur Qualifizierung von Unternehmen mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsstandards in deren Angebote zu integrieren.

Gemeinsam mit dem NRW-Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat das Büro einen Forschungsverbund initiiert, der

sich mit den Fragen öffentlicher Beschaffung und internationaler Wertschöpfung befasst. Beteiligt sind das u. a. Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen.

Ein weiteres Thema, zu dem newtrade NRW arbeitet, ist der Kampf gegen Kinderarbeit bei der Produktion von Grabsteinen. Gemäß § 4a Bestattungsgesetz NRW dürfen nur Grabsteine aufgestellt werden, die aus Ländern stammen, die bei der Herstellung nicht gegen das internationale Verbot schlimmster Formen der Kinderarbeit (ILO-Konvention 182) verstoßen haben, oder die Steine müssen entsprechend zertifiziert sein. newtrade hat das Akkreditierungsverfahren für die Zertifizierung von Grabsteinen in einem groß angelegten Konsultationsprozess mit der Natursteinbranche, den Bestattern und den Friedhofsträgern entwickelt.

Unsere Stiftung entsendet zwei Mitarbeiter an newtrade nrw und beteiligt sich am Steuerungsgremium.

.....➔ Weitere Informationen unter www.newtrade-nrw.de

Nachhaltigkeitsstrategie für NRW

Im September 2015 hat die Landesregierung den Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Er wurde gemeinsam von allen Ministerien und in einem Dialog mit Kommunen, Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet. Im Zentrum des Strategieentwurfs steht ein Ziel- und Indikatorensystem für 19 zentrale Handlungsfelder, darunter auch eine Umweltwirtschaftsstrategie, die nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung, der demografische Wandel, der soziale Zusammenhalt und die nachhaltige Finanzpolitik.

Bei der 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung am 28. Oktober 2015 im Düsseldorfer Landtag wurde der Entwurf mit Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen, von Kommunen und der Wissenschaft diskutiert. Im Rahmen einer Online-Konsultation konnten alle Bürger anschließend ihre Anregungen zu dem Strategieentwurf einbringen. 2016 soll die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet werden (www.nachhaltigkeit.nrw.de).

Die Nachhaltigkeits-Ratingagenturen oekom research und Vigeo haben Nordrhein-Westfalen 2015 zum wiederholten Mal als nachhaltigstes Bundesland bewertet. Vor allem in den Kategorien Umwelt, Beschaffung und Dienstleistungen sowie regionale und soziale Entwicklung hat NRW deutlich zugelegt, bei Beschaffung und Dienstleistungen sogar europaweit das zweitbeste Ergebnis erzielt. Investoren nutzen Nachhaltigkeitsratings, um die langfristige Qualität von Wertpapieren einzuschätzen.



Foto: Gertraud Gauer-Stüb

Gefährliche Arbeitsbedingungen in einer indischen Baumwollfärberei

Projekte Wirtschaft und Landwirtschaft

Faire und menschenwürdige Arbeit

Löhne unter dem Existenzminimum, unwürdige und gefährliche Arbeitsbedingungen und Willkür sind in vielen Ländern an der Tagesordnung. Wir leben und arbeiten unter besseren Vorzeichen, sind aber gerade deshalb aufgefordert, unseren Einfluss auf die globalen Arbeitsbedingungen geltend zu machen. Mit dem Projekt zur **Einhaltung internationaler Menschen- und Arbeitsrechte im öffentlichen Einkauf** baut das **Eine Welt Netz NRW** sein Engagement für eine öko-faire öffentliche Beschaffung in NRW aus. Im Zentrum der Aktivitäten steht, neben der Vernetzungs- und Lobbyarbeit, vor allem die Information der Öffentlichkeit. Das Motto der Kampagne lautet: „Wertvoll einkaufen – Deine Stadt kann fair“. Eine Fotoausstellung zum Thema wird in verschiedenen Städten in NRW jeweils eine Woche auf zentralen Plätzen präsentiert und durch ein Rahmenprogramm ergänzt. Veranstaltungen mit unterschiedlichen Formaten sollen zivilgesellschaftliche Akteure dazu motivieren, von den lokalen Entscheidungsträgern eine öko-faire öffentliche Beschaffung einzufordern. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 177.385 Euro.

Das Projekt **FairSchnitt** des Vereins **Femnet** richtet sich vor allem an Studierende in den Bereichen Modedesign und Bekleidungstechnik (Fördersumme: 84.443 Euro). Zunächst werden Multiplikatoren aus- und fortgebildet, die dann Vorträge und Workshops an Hochschulen anbieten sowie Studierende betreuen, die sich bei Praktika und Studienprojekten mit den Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie oder mit öko-fairer Mode beschäftigen. Neue Materialien, eine Ausstellung, öffentliche Veranstaltungen und eine Fachkonferenz sind ebenso Projektbestandteile wie die Überarbeitung der Femnet-Internetseiten.

Um **Zertifizierungen in der Baumwollproduktion** geht es in einem Projekt von **Südwind** (Fördersumme: 23.500 Euro). Im Rahmen einer Vor-Ort-Recherche im indischen Bundesstaat Gujarat wird untersucht, inwieweit renommierte Zertifizierungen tatsächlich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Die Ergebnisse werden in einer Studie und zwei Factsheets publiziert.

➔ Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de, www.femnet-ev.de und www.fairschnitt.org, www.suedwind-institut.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4896, Z-5305 und Z-5325



HIER:
Altstadtflair mit
Pflastersteinen

DORT: Kinderarbeit im Steinbruch

Gerne genießen wir das historische Ambiente öffentlicher Plätze. Verborgener bleibt uns meist, dass dafür Natursteine verbaut werden, die in brennender Hitze auch von Kindern gehauen werden. Reichen die niedrigen Löhne nicht zum Leben, geraten oft ganze Familien in Schuldknechtschaft. Wie etwa in Indien

Motiv aus der Fotoausstellung „Wertvoll einkaufen – Deine Stadt kann fair“



Foto: NPZ Schelphof

„Einmal im Leben Bäuerin oder Bauer sein“ im Naturpädagogischen Zentrum Schelphof

Ökologische und sozial verträgliche Landwirtschaft

Eine nachhaltige Landwirtschaft, die Ernährungssicherheit bietet und die natürlichen Ressourcen schont, ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft – bei uns ebenso wie in den Ländern des globalen Südens. **Vom Süden lernen** war der Titel einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen mit der kubanischen Nachhaltigkeitsexpertin Reina Maria Rodriguez Garcia, die der Verein **ecomujer** 2015 in mehreren nordrhein-westfälischen Städten durchgeführt hat (Fördersumme: 9.416 Euro). Dabei ging es vor allem um die Frage nach dem guten Leben – „buen vivir“ – am Beispiel kubanischer städtischer Landwirtschaft und der Rolle der Frauen bei der Ernährungssicherung.

Das **Informationsbüro Nicaragua** hat im Rahmen des Projekts **Agrarwirtschaft zwischen Ernährungssouveränität und Exportorientierung** Interviews und Erfahrungen aus einer Studienreise nach Nicaragua und Kuba für verschiedene Medien aufbereitet und öffentlich präsentiert (Fördersumme: 9.990 Euro).

Mit dem Projekt **Regional Plus – fair für Mensch und Natur** engagiert sich die **Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal** dafür, dass Nachhaltigkeitskriterien zu einem wesentlichen Bestandteil bei der Regionalvermarktung von Lebensmitteln werden (Fördersumme: 123.093 Euro). Zu den Projektaktivitäten gehören Seminare, Beratungsangebote für Regionalinitiativen, die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Politik sowie ein Fachkongress.

In den Sommerferien 2015 sind im **Naturpädagogischen Zentrum Schelphof** 17 Kinder eine Woche lang in die Rolle von Landwirten geschlüpft. Das Planspiel **Einmal im Leben Bäuerin oder Bauer sein?!“** gewährte Einblicke in Themen wie Landwirtschaft, Handel und Ernährung (Fördersumme: 4.998 Euro).

→ Weitere Informationen unter www.ecomujer.de, www.informationsbuero-nicaragua.org, www.bi-boerdeland.de und <http://tiny.cc/pun2ay>, www.npzschelphof.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5320, E-4904, U-3617 und Z-5319



Foto: Conny Türk

Ehrung für ausgezeichnete Regionalinitiativen in NRW durch Horst Becker, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (4. v. r.)

Nachhaltig wirtschaften

Die Entwicklung einer zukunftsfähigen, sozial und ökologisch verträglichen Wirtschaft wird insbesondere eine Aufgabe der Generation sein, die sich jetzt noch in der Schul- und Ausbildungsphase befindet. Mit dem Projekt **Nachhaltigkeitstrainee** weitet **UnternehmensGrün**, der Bundesverband der grünen Wirtschaft mit mehr als 150 Mitgliedsunternehmen, sein Projekt „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ auf Nordrhein-Westfalen aus (Fördersumme: 61.972 Euro). Während des Schuljahres 2015/2016 widmen sich Schüler als Nachhaltigkeitstrainees rund drei Stunden pro Woche in nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen einer Geschäftsidee. Parallel dazu werden in Workshops Grundlagenkenntnisse vermittelt.

Germanwatch will mit dem Projekt **Globale Wirtschaft – innerhalb sozialer und ökologischer Leitplanken** die zivilgesellschaftliche Debatte zu einer zukunftsfähigen, sozial und ökologisch verträglichen Wirtschaft vorantreiben (Fördersumme: 13.960 Euro). In einem Seminar mit Wissenschaftlern und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus NRW sowie einem internen Strategie-Workshop werden verschiedene Positionen und Ansätze der Post-Wachstumsdebatte beleuchtet und die eigene Strategie zum Thema weiterentwickelt. Die Ergebnisse werden anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung gestellt.

In den vergangenen Jahren galt Green Economy als ein zentrales Instrument auf dem Weg zu einer Wirtschaftsform, die umwelt- und sozialverträglich und dabei wettbewerbsfähig ist. Ob diese Hoffnung realistisch ist, untersucht das Institut **Südwind** mit dem Projekt **Green Economy und sozial-ökologische Transformation: Chancen und Risiken für die Armutsbekämpfung** (Fördersumme: 37.000 Euro). Auf der Basis von sechs Studien werden Informations- und Bildungsmaterialien erstellt, die sich insbesondere an zivilgesellschaftliche Akteure, Multiplikatoren, Lehrkräfte, Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie Medien richten. Weitere Projektaktivitäten sind vier Fachtagungen zu Teilaspekten des Themas und Bildungsveranstaltungen für Studierende, Schüler, Mitglieder von Kirchengemeinden und Nichtregierungsorganisationen.

Der Verein **Vamos** aus Münster hat unter dem Titel **Wohlstand statt Wirtschaftswachstum** vier Veranstaltungen zum Europäischen Jahr für Entwicklung organisiert, in deren Rahmen Alternativen zum derzeit herrschenden Wirtschaftsmodell vorgestellt und diskutiert wurden (Fördersumme: 3.080 Euro).

➔ Weitere Informationen unter www.unternehmensgruen.org, www.germanwatch.org, www.suedwind-institut.de, www.vamos-muenster.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5287, Z-5312, Z-5316 und Z-5328



Vamos-Veranstaltung zum Thema „Ökosozialismus“ im Eine Welt Forum Münster

Foto: Vamos e. V.



Was macht eigentlich mein Geld?

Angesichts der anhaltenden Niedrigzinsen spielen ökonomische Kriterien bei der Geldanlage derzeit eine untergeordnete Rolle. Es ist ohnehin viel weitsichtiger und gesellschaftlich nutzbringender, sein Geld nachhaltig anzulegen. **Wie ökologisch und sozialverträglich ist meine Riester-Rente?** fragt der Verein **Facing Finance** und untersucht dabei die bekanntesten und am meisten nachgefragten Riester-Rentenversicherungsprodukte auf ihren tatsächlichen Nachhaltigkeitsgrad (Fördersumme: 169.415 Euro). Ein Schwerpunkt liegt auf den fondsgebundenen Riester-Produkten, die umfassend in solche Unternehmen investiert haben, die aufgrund von Verstößen gegen Sozial- und Umweltnormen auffällig geworden sind. Die Ergebnisse werden öffentlich gemacht und für Beratungsangebote des Kooperationspartners Verbraucherzentrale NRW genutzt.

Was macht eigentlich mein Geld? heißt das Projekt, mit dem der Verein **urgewald** seine Informations- und Bildungsarbeit zu nachhaltigen Geldanlagen ausbaut (Fördersumme: 85.548 Euro). Mit einem interaktiven Messestand, Vorträgen und Diskussionen präsentiert **urgewald** das Thema auf fachspezifischen Messen in NRW. Weitere Projektaktivitäten sind Verbraucherberatungen zu nachhaltigen Geldanlagen, die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufen I und II sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu der Frage, wem wir da unser Geld anvertrauen.

→ Weitere Informationen unter www.facing-finance.org, www.urgewald.org sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5293 und Z-5302



Sicher und sozialverträglich?



Konsum und Lebensstile

Ein Nationales Programm für nachhaltigen Konsum

Nachhaltiger, verantwortungsvoller Konsum ist das zwölfte von insgesamt 17 Zielen der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, die am 25. September auf dem UN-Gipfel in New York beschlossen wurden. Doch was bedeutet das? Das Bundesumweltministerium definiert Nachhaltigen Konsum als „Teil einer nachhaltigen Lebensweise und ein Verbraucherverhalten, das u. a. Umwelt- und soziale Aspekte bei Kauf und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen berücksichtigt“. Konsum sei dann nachhaltig, wenn er den Bedürfnissen der heutigen Generation entspreche, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.

Die Bundesregierung verweist zu Recht darauf, dass es bereits heute eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, sich als Konsument nachhaltig zu verhalten. Beispiele dafür sind Umweltplaketten wie das „EU-Energielabel“ oder der „Blaue Engel“, mit denen sich umweltfreundliche, energieeffiziente und ressourcenschonende Produkte erkennen lassen. Einen Weg durch das anwachsende Dickicht der Siegel und Zertifikate weist das Internetportal www.siegelklarheit.de, das 2014 von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingerichtet wurde.

Um die Umsetzung von Ziel 12 der „Agenda 2030“ zu forcieren, hat die Bundesregierung ein Nationales Programm für nachhaltigen Konsum beschlossen. Damit will sie den „nachhaltigen Konsum in den Bereichen Haushalt und Wohnen, Mobilität, Ernährung, Büro und Arbeit, Bekleidung sowie Tourismus und Freizeit systematisch stärken“ und „eine breite gesellschaftliche Diskussion über Lebensstile und Konsumverantwortung“ anstoßen. Zudem sollen Verbraucherinformation, Forschung, umweltgerechte Produktgestaltung, Umwelt- und Sozialsiegel sowie ein kontinuierliches Monitoring ausgebaut werden.

Nichtregierungsorganisationen, wie etwa der NABU, begrüßen das Nationale Programm für Nachhaltigen Konsum grundsätzlich, bemängeln aber das Fehlen messbarer Indikatoren, quantifizierbarer Ziele und eines fest definierten Zeitrahmens. Das Programm lese sich eher wie eine Wunschliste als wie ein ernst gemeinter und wirkmächtiger Plan, moniert NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller: „Die Regierung wäre gut beraten gewesen, drei bis vier wirkungsvolle Maßnahmen zu beschließen, deren Umsetzung sie tatsächlich in der Hand hat.“ Das wären zum Beispiel nachhaltigere öffentliche Beschaffungskriterien als von den EU-Vergaberichtlinien vorgesehen.



Nachhaltigkeitssiegel gibt es reichlich, nicht alle sind seriös. Eine Orientierung bieten die Internetseiten www.siegelklarheit.de und <http://tiny.cc/oxnmbv>



Foto: Jens Meischurat

Plastikmüll gefährdet besonders Seevögel und Meeressäuger.

Nachhaltige Textilien

Das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ (www.textilbuendnis.com) wurde 2014 auf Initiative von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller ins Leben gerufen, um die sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen entlang der gesamten Lieferkette des Textil- und Bekleidungssektors nachweislich zu verbessern. Im Mai 2015 wurde ein Aktionsplan verabschiedet, im April 2016 zählte das Textilbündnis nach einer Beitrittswelle rund 180 Mitglieder, darunter auch große Handelsverbände und Discounter wie Aldi oder K&M. Kritiker wie Greenpeace sehen darin einen Beleg für die Zahnlosigkeit des Bündnisses: So sei der ursprünglich vorgesehene konkrete Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen und den Verzicht auf schädliche Chemikalien gestrichen worden.

Die „Kampagne für Saubere Kleidung“ ist ebenfalls Mitglied des Bündnisses für nachhaltige Textilien. Sie plädiert vor allem für gesetzliche Regelungen, die Unternehmen in Haftung nehmen können, wenn sie ihre Sorgerepflichten verletzt haben. Gleichzeitig hält die Kampagne freiwillige Bündnisse für sinnvoll, die Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Ministerien zusammenbringen. Sie können ihrer Meinung nach über gesetzliche Maßnahmen hinaus wichtige Impulse setzen, zum Beispiel für die Zahlung existenzsichernder Löhne.

Problemfall Plastik

Plastikmüll schadet der Umwelt, vor allem der marinen Flora und Fauna. Mehr als zehn Millionen Tonnen Plastikmüll gelangen jedes Jahr in die Weltmeere. Seevögel und Meeressäuger fressen Plastik und verhungern oder ersticken daran. Giftige, im Meerwasser gelöste Inhaltsstoffe des Plastiks, wie Bisphenol A oder Weichmacher, schädigen das Erbgut und den Hormonhaushalt der Meerestiere. Wissenschaftler schätzen, dass allein am Grund der Nordsee mehr als 600.000 Kubikmeter Müll lagern – eine Menge, die den Kölner Dom 1,5 mal füllen könnte.

Im März 2015 haben die Umweltminister der EU beschlossen, den Verbrauch an Plastiktüten künftig drastisch zu reduzieren. Danach soll jeder EU-Bürger bis Ende 2025 im Schnitt nur noch 40 Beutel pro Jahr verbrauchen, statt 176 im Jahr 2010. Die Umsetzung der EU-Vorgaben – ob durch Steuern, Verbote oder freiwillige Vereinbarungen – bleibt jedem Mitgliedsland selbst überlassen. Die Niederlande etwa haben ein Gesetz erlassen, nach dem seit Beginn des Jahres 2016 keine Plastiktüten mehr kostenlos abgegeben werden dürfen.

In Deutschland, wo Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im Januar 2015 rund 118.000 Unterschriften gegen die Plastiktütenflut entgegennahm, setzt man auf eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Handelsverband Deutschland (HDE).

Kampagne für saubere Kleidung

Die Kampagne für Saubere Kleidung – Clean Clothes Campaign – wurde 1990 in den Niederlanden gegründet. Heute engagieren sich mehr als 300 Organisationen aus zwölf europäischen Ländern für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textilindustrie. In Deutschland wird das Netzwerk von 22 Initiativen getragen. Darunter sind auch von uns geförderte Organisationen wie Femnet oder Südwind.

➔ Weitere Informationen unter www.saubere-kleidung.de



Ende April 2016 haben sich etwa 260 Unternehmen dazu verpflichtet, Plastiktüten nur noch gegen eine Gebühr abzugeben. Wie hoch das laut Vereinbarung „angemessene Entgelt“ sein wird, bleibt jedem Händler selbst überlassen.

Diese Regelung wird von Umweltverbänden, wie etwa der Deutschen Umwelthilfe, kritisiert. Das Umweltministerium sei vor den Handelsunternehmen eingeknickt, die Regelung erfasse lediglich 60 Prozent der Tüten. Zudem dürften die Einnahmen nicht an die Händler gehen, sondern müssten – wie in Irland, wo die Zahl genutzter Plastiktüten pro Jahr nach Einführung von Gebühren von 328 auf 16 gesunken ist – dem Staatshaushalt zugute kommen.

Fairer Handel statt Freihandel

Die Faire Woche ist die größte Aktionswoche zum Fairen Handel in Deutschland. Sie fand 2001 zum ersten Mal statt und wird seit 2003 jedes Jahr bundesweit mit rund 2.500 Veranstaltungen in der zweiten Septemberhälfte durchgeführt. Veranstalter der Fairen Woche ist das Forum Fairer Handel in Kooperation mit TransFair und dem Weltladen-Dachverband.

2015 stand die Faire Woche unter dem Motto „Fairer Handel schafft Transparenz“. Vor der Eröffnung hatten das Forum Fairer Handel, GEPA, Misereor, TransFair und der Weltladen-Dachverband eine Studie zu Machtkonzentration und unlauteren Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten herausgegeben (PDF unter <http://tiny.cc/oa82ay>). Danach führen Intransparenz und extreme Machtkonzentration zu einem Ungleichgewicht in globalen Lieferketten, unter dem insbesondere Kleinbauernorganisationen leiden.

In einem Beitrag für das „Handelsblatt“ forderte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller „Fairhandel statt Freihandel“. Nötig sei

eine „Weltordnung, die global ausgleichende Gerechtigkeit schafft“. Der Nutzen von Ressourcen dürfe nicht weiter einseitig zulasten von Entwicklungsländern gehen. Nur so könnten weitere Flüchtlingskatastrophen vermieden werden. Das sei auch im Interesse Europas, denn wo es keine Perspektive gebe, verließen die Menschen das Land und gingen dahin, wo Wohlstand und Freiheit herrschten.

Wachsende Umsätze bei Bio und Fair

Bei uns – also dort, wo Wohlstand und Freiheit herrschen – wächst der Umsatz mit fair gehandelten Produkten kontinuierlich. 2015 gaben die Verbraucher 978 Millionen Euro für Produkte mit dem Fairtrade-Siegel aus, das entspricht einem Wachstum gegenüber 2014 um 18 Prozent. Und auch die Biobranche wächst: Nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) kauften deutsche Haushalte 2015 für mehr als 8,6 Milliarden Euro Biolebensmittel und gaben damit rund elf Prozent mehr für Bioprodukte aus als noch im Vorjahr. Der BÖLW führt das nicht zuletzt auf das verstärkte Engagement des Lebensmitteleinzelhandels und vor allem der Discounter zurück, die ihr Angebot an Bioprodukten deutlich erhöht hätten.

Nachhaltiger Konsum – Schon Mainstream oder noch Nische? So lautet der Titel einer 2015 veröffentlichten Studie, die die imug-Beratungsgesellschaft im Auftrag der REWE-Group erstellt hat (PDF unter <http://tiny.cc/hfp2ay>). Sie macht deutlich, dass Verbraucher in Deutschland Nachhaltigkeit zunehmend als ein „wichtiges Qualitätsmerkmal wie Frische oder Geschmack“ betrachten. Die nach wie vor verbreitete Lücke zwischen Einstellung und tatsächlichem Kaufverhalten sei vor allem „der fehlenden Sichtbarkeit der Nachhaltigkeit am Produkt“ geschuldet. Nachhaltigkeit müsse für den Verbraucher vor allem transparent und einfach sein.



Vor dem Besuch von US-Präsident Barack Obama im April 2016 demonstrieren in Hannover Zehntausende Menschen gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP.



Foto: Jochen Zick/Keystone

Regionales Fair Handelszentrum der GEPA

NRW: Empfehlungen des Fachforums Nachhaltigkeit

Das Fachforum Nachhaltigkeit veröffentlichte 2015 eine Stellungnahme zum Entwurf der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Darin betont das Fachforum die große Bedeutung des Handlungsfelds „Nachhaltiger Konsum/Nachhaltige Lebensstile“. Allerdings werde „den BürgerInnen eine nachhaltige Lebensführung heute nicht leicht gemacht“. So fehlten beispielsweise attraktive, nutzerfreundliche Angebote im Bereich Verkehr, auch die Kennzeichnung nachhaltiger Produkte sei „für VerbraucherInnen weiterhin schwer zur durchschauen“. Das Fachforum Nachhaltigkeit fordert die Landesregierung deshalb auf, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie darauf hinzuwirken, dass ein nachhaltiges Verbraucherverhalten eine „einfache“ Option wird.

Zu einem nachhaltigen Lebensstil gehöre aber weitaus mehr. Deshalb sei es eine Aufgabe der Landesregierung, das im Leitbild zur Nachhaltigkeitsstrategie erwähnte „gute Leben“ in einem gesellschaftlichen Diskurs zu thematisieren und weiter zu konkretisieren. Daraus sollten effektive politische Rahmenbedingungen für alle Gesellschaftsbereiche abgeleitet werden, etwa Gesetzesinitiativen zur Förderung von Produkteigenschaften wie Reparaturfreundlichkeit, Nachrüstbarkeit von technischen Geräten und längeren Modzyklen. Die öffentliche Hand sollte systematisch soziale Innovationen fördern – zum Beispiel Tauschen, Teilen, Leihen – die ein weniger materialintensives Leben ermöglichen.

Das Fachforum Nachhaltigkeit

Das Fachforum Nachhaltigkeit ist ein Bündnis von mehr als 20 Organisationen – darunter Naturschutzverbände, entwicklungspolitische Organisationen, Sozialverbände, Gewerkschaften und Kirchen. Es entstand auf Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. (LAG 21 NRW) und wird auch von dieser moderiert. Das Fachforum begleitet als Dialog-Plattform der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für NRW (siehe dazu die Einleitung des Kapitels „Wirtschaft und Landwirtschaft“).

Projekte Konsum und Lebensstile

Fair handeln

Ein bewusstes Einkaufsverhalten ist ein wichtiger Beitrag, um die Gerechtigkeitslücke im Welthandel ein wenig zu schließen. Doch wie konsumiere ich richtig? Bildung ist ein zentrales Instrument, um Antworten auf diese und andere Fragen zu finden, etwa: Woher kommen die Produkte, die ich kaufe? Wer ist an der Produktionskette beteiligt? Was hat mein Konsumverhalten mit den Menschen im Globalen Süden zu tun, und gibt es Alternativen? Der Verein **la Tienda** bildet im Rahmen des Projekts **Fair führt!** Multiplikatoren zum Thema Fairer Handel aus, die anschließend selbstständig Schüler und Jugendgruppen durch nachhaltig wirtschaftende Läden in Münster führen (Fördersumme: 20.079 Euro). Ebenfalls auf dem Programm steht ein Besuch des Botanischen Gartens in Münster, wo die Teilnehmenden typische Nutzpflanzen aus Entwicklungsländern, zum Beispiel Kakao- baum, Kaffeestrauch oder Baumwollpflanzen, kennenlernen. Ein weiteres Projektmodul ist die Erstellung eines Leitfadens, in dem das Konzept der Führungen dokumentiert und für weitere Multiplikatoren und Lehrer zur Verfügung gestellt wird.

Die **Europäische Senioren-Akademie Caritas** erarbeitet unter dem Titel **Fair Trade – Inklusiv!** ein Konzept zur Teilhabe von älteren Menschen mit und ohne Behinderung zu Eine-Welt-Arbeit und Fairem Handel (Fördersumme: 60.968 Euro). Dazu wird für die Zielgruppe eine sechsteilige Kursreihe zum Fairen Handel entwickelt und anschließend in zwei Einrichtungen der Behindertenhilfe – dem Anna-Katharinenstift Karthaus in Dülmen und der Lebenshilfe e. V. Münster – erprobt. Im Rahmen des Kurses erhalten die Teilnehmer Informationen über fair gehandelte Produkte, den Fairen Handel und bekommen einen Einblick in die praktische Arbeit von Weltläden. Nach der Kursreihe können die älteren Menschen mit (Lern-)Behinderungen im Rahmen von begleiteten Praxiseinsätzen dort mitarbeiten. Die Projektergebnisse werden evaluiert und auf einer inklusiven Fachtagung vorgestellt.



Foto: Abdelhak El Hajjami

Fachtagung zum Projekt „Faire Moschee“ im Januar 2016

Das **Forum für soziale Innovation** entwickelt gemeinsam mit der Dortmunder Moscheegemeinde Wali-Aktiv ein Qualifizierungskonzept **Faire Moschee** (Fördersumme: 77.341 Euro). Damit sollen Moscheegemeinden in NRW motiviert werden, sich für Umweltschutz und Fairen Handel zu engagieren. Zentrale Bestandteile des Projekts sind eine Qualifizierungsreihe und eine Kampagne. Gleichzeitig wird eine Strategie zum landesweiten Ausbau des Projekts, zur Weiterentwicklung der Multiplikatoren-Ausbildung sowie zur internationalen Vernetzung partizipativ erarbeitet. Über eine Projekt-Internetseite sowie eine Dokumentation werden die Ergebnisse veröffentlicht.

Im Rahmen der Messe **FAIR&Friends** 2015 in Dortmund veranstaltete das **Eine Welt Netz NRW** 15 Fachforen zum Fairen Handel und zum Europäischen Jahr der Entwicklung (Fördersumme: 41.309 Euro).

Der **Aktionskreis Eine Welt Wuppertal-Ronsdorf** feierte das 30-jährige Jubiläum seines Eine-Welt-Ladens mit einer **Informations- und Bildungsveranstaltung** zu den Auswirkungen des Fairen Handels (Fördersumme: 1.370 Euro).

Das **Welthaus Bielefeld** hat, in Kooperation mit zahlreichen regionalen Partnern, am 4. Juli 2015 ein **FAIRstival** ausgerichtet (Fördersumme: 5.000 Euro). Themen der unter umwelt- und ressourcenschonenden Rahmenbedingungen realisierten Veranstaltung waren faire Lebensstile sowie der bewusste und rücksichtsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die Idee, über ein Festival nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ zu erreichen, ging auf: Es kamen rund 1.200 Besucher und es gab so viele interessierte Standbetreiber und Künstler, dass einigen abgesagt werden musste. Nach dem großen Erfolg veranstaltet das Welthaus im Juli 2016 das nächste FAIRstival.

→ Weitere Informationen unter www.latienda-weltladen.de, www.europaeische-senioren-akademie.de, www.institut-fsi.de und www.fairemoschee.de, www.eine-welt-netz-nrw.de, www.eine-weltladen-ronsdorf.de, www.welthaus.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4905, E-4915, Z-5310, Z-5303, E-4927 und Z-5322



Foto: Thomas Nüfer

Weniger Müll, mehr recyceln

Billerbeck spart Plastik.

Jeder Deutsche benutzt durchschnittlich 71 Plastiktüten pro Jahr. Eine Katastrophe für die Umwelt, denn vor allem die Weltmeere versinken in Plastikmüll, mit oft tödlichen Folgen für die dort lebenden Tiere.

Weniger Plastik verbrauchen: Das hat sich der Verein **Interkulturelle Begegnungsprojekte** zum Ziel gesetzt mit dem Projekt **Billerbeck – erste plastiktütenfreie Stadt Westfalens** (Fördersumme: 79.531 Euro). Es soll zumindest zu einer Reduzierung der Plastiktüten in der Kleinstadt führen. Zunächst wurden Handelsunternehmen, Verbände, Hersteller und Discounter befragt, um deren Bedenken und Widerstände zu erfassen und um gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Bei der anschließenden Informations- und Öffentlichkeitsarbeit setzt man auf Unterhaltung, Kunstaktionen und Infos in leicht zugänglicher Weise. Zentrale Figur ist Mr. Unplastic, der Billerbecker anspricht und ihnen vorschlägt, statt Plastiktüten die „Stadttüte“ zu benutzen, eine Tasche aus recycelten Plastiktaschen. Die originelle Herangehensweise hat dem Projekt bundesweite Aufmerksamkeit beschert. Fachlich wird es durch das Umweltforum Münster, das Naturschutzzentrum des Kreises Coesfeld und den NABU Coesfeld begleitet.

Auch der Verein **Abenteuer Lernen** hat für die Reduzierung des Plastikmülls geworben und immerhin mehr als 60 Bonner Geschäfte dazu motiviert, sich an der Aktion **Plastikfasten** von Aschermittwoch bis Ostern zu beteiligen (Fördersumme: 5.000 Euro). Bis heute wird der Verein von Geschäften, Institutionen und anderen Gemeinden angeschrieben, weil diese mehr über „Plastikfasten“ erfahren wollen.

Die 11,4 Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschland kaufen jedes Jahr etwa 200 Millionen Schulhefte. Doch nutzt diese Kaufkraft der Umwelt wenig, denn nicht einmal jedes zehnte verkaufte Heft ist aus Recyclingpapier. Um diesen Zustand zu verbessern hat die **Tropenwaldstiftung OroVerde** ihre Kampagne **Save our Planet – Schulen für den Blauen Engel und Recyclingpapier** neu aufgelegt (Fördersumme: 65.239 Euro). Mit eigens erarbeiteten Materialien und Argumentationshilfen werden Kinder und Jugendliche umfassend über Recyclingpapier und nachhaltige Handlungsmöglichkeiten informiert. Aktionen zum Waldschutz und zum Upcycling stehen ebenfalls auf dem Programm.

Gibt es ein Leben nach dem Müll? Mit dieser Frage befassten sich jeweils zehn Freiwillige aus Ländern des Südens und aus Deutschland auf Einladung des **Service Civil International Deutscher Zweig** (Fördersumme: 30.000 Euro). Zunächst diskutierten die jungen Menschen aus Chile, Côte d'Ivoire, Kenia, Laos, Mauritius, Mexiko, Tansania, Thailand, Tunesien und Vietnam mit deutschen Freiwilligen über Ansätze zur Müllvermeidung und den Umgang mit Müll in unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen. Nach einer zehntägigen Einführungsphase folgten zwei Praxiswochen an Schulen im Raum Köln/Bonn. Die Schüler sollten motiviert werden, sich für umwelt- und entwicklungspolitische Themen zu interessieren.

Der Verein **Wiederverwendung – Interessengemeinschaft der sozialwirtschaftlichen Reparatur- und Recyclingzentren** beschäftigte sich im Projekt **Neues Recycling Wiederverwendung** mit dem „Ökologischen Abfallwirtschaftsplan“ (ÖAWP) des Landes NRW und dessen künftigen Umsetzungsbestimmungen (Fördersumme: 22.950 Euro). Ein zentrales Thema war die Rolle der Wiederverwendungs- und Reparaturzentren in diesem Prozess. Dazu wurden inhaltliche Beiträge erarbeitet und mehrere Veranstaltungen durchgeführt.

→ Weitere Informationen unter www.ibp-ev.de und www.unplastic-billerbeck.de, www.abenteuerlernen.org, www.ooverde.de, www.sci-d.de, www.wirev.org sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3602, U-3620, U-3614, Z-5315 und U-3622





Foto: Cornelia Voss

Stolze Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts „Von Topf zu Topf“

Den Lebensstil ändern

Der **Wissenschaftsladen Bonn** und der Bonner Stadtteilverein Dransdorf haben in dem Projekt **Von Topf zu Topf** fast 80 Kinder spielerisch an gesunde Nahrungsmittel herangeführt, um ihr ökologisches Bewusstsein – und auch das ihrer Familien – zu steigern (Förder-summe: 3.980 Euro). Dabei wurden Tomaten, Schnittlauch und Salat gepflanzt, zur Reife gebracht und geerntet. Anschließend wurden Eltern, Geschwister und Freunde zum Essen eingeladen. Da Rezepte aus unterschiedlichen Ländern verwendet wurden, entdeckten die Kinder unbekannte Köstlichkeiten. Zum Abschluss des Projekts erstellten die Kinder gemeinsam eine Ausstellung und konnten so allen Interessierten zeigen, was sie gemacht hatten.

Der Verein **Netzwerk – Soziale Dienste und Ökologische Bildung** erweitert im Rahmen des Projekts **ERNA – Praxisbausteine Ernährung und Nachhaltigkeit** das Bildungsangebot des Freilichtmuseums Lindlar zu den Themen Ernährung und Nachhaltigkeit (Förder-summe: 109.100 Euro). Abgestimmt auf die Kernlehrpläne in den Fächern Ernährungslehre, Sachunterricht, Biologie, Erdkunde, Geschichte und Politik werden gemeinsam mit kooperierenden Schulen handlungsorientierte Praxisbausteine zum Themenfeld „Ernährung und Nachhaltigkeit“ entwickelt. Die Schüler wohnen jeweils zwei bis drei Tage auf dem Museumsgelände und bearbeiten dort die Themen. Fragen sind zum Beispiel: Wie wurden Lebensmittel früher hergestellt, wie heute? Wie und warum werden sie be- und verarbeitet? Wie kann man verantwortlich mit Ressourcen umgehen? Die Ergebnisse des Projekts werden bei Veranstaltungen, Messen, Schulkonferenzen und im Internet präsentiert und auch anderen Schulen zur Verfügung gestellt.

Die 1987 gegründete internationale Studentenorganisation **oikos** engagiert sich für nachhaltiges Wirtschaften. **oikos Paderborn** hat unter dem Motto **Heldentag – Sustainable Lifestyle** am 19. Juni 2015 eine Hochschulkonferenz zum nachhaltigen Leben ausgerichtet (Förder-summe: 1.357 Euro). Die Workshops und Diskussionsrunden drehten sich um Themen wie „Fair gehandelte Artikel im Internet“, „Nachhaltigkeit im Büro“ und „Erneuerbare Energien in Bürgerhand“.

Der Verein **Vamos** aus Münster hat seine Ausstellung **Konsum-Wandel – Wir können auch anders!** überarbeitet und in mehreren Orten Nordrhein-Westfalens präsentiert (Förder-summe: 27.401 Euro). Die interaktive Wanderausstellung kann von Initiativen, Städten oder Gemeinden entliehen werden. Darüber hinaus hat Vamos eine neue Variante seines Bildungskoffers „KonsumWandel“ speziell für Jugendliche ohne Vorkenntnisse entwickelt und Multiplikatoren für den kompetenten Einsatz des Bildungskoffers geschult.

Das **Institut für Kirche und Gesellschaft** der Evangelischen Kirche von Westfalen untersucht im Rahmen des Projekts **So viel du brauchst** die Motivation von Menschen zu Verhaltensänderungen sowie ihre Erfolge und Misserfolge (Förder-summe: 5.250 Euro). Befragt werden Personen, die sich bereits auf den Weg eines suffizienten Lebensstils gemacht haben. Anschließend werden bei zwei Veranstaltungen die Ergebnisse vorgestellt und eine Vernetzung der Akteure initiiert.

→ Weitere Informationen unter www.wilabonn.de, www.net-sozial.de, www.oikos-international.org/paderborn, www.vamos-muenster.de, www.kircheundgesellschaft.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3631, Z-5313, U-3637, Z-5323 und Z-5327



Foto: Anika David

Brotbacken auf traditionelle Art im Rahmen des Projekts ERNA



Eine Welt

2015 war ein Jahr außerordentlich widersprüchlicher globaler Entwicklungen. Auf der einen Seite haben sich die Staaten der Welt am 25. September 2015 mit der „2030-Agenda“ (den Sustainable Development Goals SDG) und dem Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 auf Programme geeinigt, die wesentliche Antworten auf zentrale Fragen der zukünftigen Entwicklung der Weltgemeinschaft geben. (Zum Klimaabkommen siehe S. 18)

Die 2030-Agenda

Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete 2030-Agenda formuliert 17 Oberziele mit insgesamt 169 Unterzielen, die Sustainable Development Goals (SDG). Die Agenda bildet den globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung in den nächsten 15 Jahren. Ihr Vorgänger waren die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) des Jahres 2000, die sich auf Entwicklungsprozesse der ärmeren Länder konzentrierten. Im Mittelpunkt standen die Bekämpfung der extremen Armut und die Verbesserung wesentlicher sozialer Grundbedürfnisse.

Demgegenüber ist die 2030-Agenda ein universelles Programm für arme und reiche Länder. Sie betrifft nicht nur die internationalen politischen und Wirtschaftsbeziehungen, sondern verlangt auch Veränderungen in den einzelnen Ländern, etwa bei der ungleichen Verteilung des Reichtums oder dem Zugang zu Bildung. Das sind Aufgaben, die sich auch in den Industrieländern stellen. Gleichwohl betont die 2030-Agenda die besondere globale Verantwortung der reichen Länder z. B. für Entwicklungsfinanzierung, faire Handelsbeziehungen, Investitionsregeln und Technologieförderung. Die Agenda ist außerdem nicht nur ein Zielkatalog, sondern formuliert mit einer ganzen Reihe von Unterzielen auch politische Umsetzungsmaßnahmen. Das ist ein bedeutender Fortschritt gegenüber den MDG.

Der Erfolg der 2030-Agenda ist von ihrer Umsetzung auf der jeweiligen nationalen Ebene abhängig. Es wird also – in Deutschland und anderswo – darauf ankommen, dass eine anspruchsvolle und kohärente nationale Umsetzungsstrategie mit an die jeweilige Situation angepassten Zielvorgaben und geeigneten Indikatoren entwickelt wird und dass die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie soll entsprechend der 2030-Agenda weiterentwickelt werden. Wichtig ist dabei, dass sie eine höhere Verbindlichkeit erhält, als dies bisher der Fall war.

Eine informative kritische Darstellung der 2030-Agenda hat das Global Policy Forum herausgegeben.

.....> Bestellung/Download unter <http://tiny.cc/sjkgby>

Einen Beitrag zum Gelingen insbesondere der Klimakonferenz hat auch der G7-Gipfel in Deutschland geleistet. Nachdem die sieben Staaten – Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA, Vereinigtes Königreich – Russland wegen dessen Aggression in der Ukraine aus ihrem exklusiven Klub hinausgeworfen hatten, trafen sie sich im Juni 2015 auf Schloss Elmau in Bayern. Zur Überraschung auch vieler zivilgesellschaftlicher Akteure bekannten sie sich mit Blick auf die Klimaverhandlungen zum 2-Grad-Ziel, zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts sowie zu einem Klimafond für Entwicklungsländer, der mit jährlich 100 Millionen Dollar ausgestattet werden soll. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Position der Bundesregierung. (Eine kritische Bewertung des G7-Gipfels findet sich auf Seite 28.)

Ein unbestreitbarer Erfolg der internationalen Diplomatie war auch das Abkommen der Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und Deutschlands mit dem Iran vom April 2015 zur Begrenzung und Kontrolle des iranischen Atomprogramms mit dem Ziel, eine atomare Bewaffnung des Irans zu verhindern. Nach anderthalb Jahrzehnten des Boykotts der iranischen Wirtschaft und scharfer Sanktionen gelang es, mit der derzeitigen moderaten iranischen Regierung zu einer Verständigung zu kommen. Unter der Voraussetzung seiner strikten Einhaltung eröffnet das Abkommen dem Iran nach und nach wieder den Weg zurück in internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Zu den positiven Entwicklungen des Jahres zählt auch die Beendigung der Ebola-Epidemie in Westafrika. Sie hatte Anfang 2014 in Guinea begonnen und griff dann vor allem auf die Nachbarstaaten Sierra Leone und Liberia über. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO sind dieser bisher größten Ebola-Epidemie über 11.300 Menschen zum Opfer gefallen.

Kriege und Spannungen nehmen zu

Auf der anderen Seite der Bilanz des Jahres 2015 stehen Kriege, Konflikte und Staatszerfall in weiten Teilen Nordafrikas, dem Nahen und mittleren Osten, in Ostafrika, in der Ukraine und anderen Weltgegenden mit den damit verbundenen humanitären Katastrophen und Fluchtbewegungen, derer die internationale Gemeinschaft nicht Herr zu werden scheint. Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg verzeichnete im Jahr 2015 weltweit 32 Kriege und bewaffnete Konflikte. Zugleich verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der westlichen Staatengemeinschaft und Russland spürbar, Aufrüstung machte Abrüstungserfolge der vergangenen Jahre wieder zunichte. Das militärische Eingreifen Russlands im Syrien-Konflikt war und ist eine Demonstration wiedergewonnener militärischer Stärke und ermöglicht dem Assad-Regime eine Verlängerung seiner Herrschaft und seines Krieges gegen das eigene Volk.

China macht mit zunehmender Aggressivität Ansprüche auf weite Teile des südchinesischen Meeres bis vor die Küsten Vietnams und der Philippinen geltend. In Myanmar setzt die buddhistische Mehrheit stärker denn je die jahrzehntelange Verfolgung der etwa eine Million muslimischen Rohingyas fort – trotz aller Fortschritte des Demokratisierungsprozesses. Die Vereinten Nationen stufen die Rohingyas als die am stärksten verfolgte Minderheit der Welt ein. Mexiko scheint auf dem Weg zu einem „failed state“ zu sein, nachdem die Auseinandersetzungen zwischen den Drogenkartellen, privaten paramilitärischen Truppen und staatlichen Militär- und Polizeieinheiten Zigtausende das Leben gekostet haben. Der 1964 begonnene Bürgerkrieg in Kolumbien ist der am längsten andauernde Krieg der Welt. Auch der Krieg im Ostkongo mitsamt seinen Nebenschauplätzen in den östlichen Nachbarstaaten dauerte an, wenn auch etwas abseits der Weltöffentlichkeit. Dies sind nur einige Beispiele für die schweren Konflikte in aller Welt.

Die Krisen, Aggressionen, Kriege und Verfolgungen sind keineswegs alleine interne Angelegenheiten der jeweiligen Länder.

Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung

Die 3. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015 in Addis Abeba sollte wichtige Voraussetzungen für die 2030-Agenda und das Pariser Klimaabkommen schaffen. Beide Agenden setzen substantielle Beiträge der Industrieländer zur Finanzierung der jeweiligen Aktivitäten der Entwicklungsländer voraus. Die Konferenz sollte außerdem strukturelle Änderungen im internationalen Finanz- und Handelssystem und zum Technologieaustausch in die Wege leiten, damit die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht zusätzlich durch unfaire Finanz- und Handelsbeziehungen und erschwerten Zugang zu geeigneten Technologien benachteiligt werden. Auch Programme zur besseren Mobilisierung eigener Ressourcen – etwa durch effektivere Besteuerungssysteme – oder zur stärkeren Einbindung privater Investoren standen auf der Tagesordnung. Ein weiteres wichtiges Thema war der Abbau der Verschuldung der armen Länder.

Die Konferenz war insgesamt eine Enttäuschung. Bei den Themen Verschuldung, internationale Finanzarchitektur oder Regulierung privater Unternehmen kam es nicht zu nennenswerten Fortschritten. Ebenso wenig bei der globalen Kooperation zur Vermeidung von Steuervermeidung und -hinterziehung. Die maßgeblichen Entscheidungen werden weiterhin innerhalb der OECD von den Industrieländern und einigen Schwellenländern getroffen. Relativ große Hoffnungen wurden in die Verstärkung privat-öffentlicher Kooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit gesetzt. Solche Partnerschaften sind jedoch nur sinnvoll, wenn sichergestellt ist, dass die eingesetzten öffentlichen Mittel auch tatsächlich Entwicklungszwecken nützen und soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden. Dieser Aspekt wurde in Addis Abeba leider nur am Rande behandelt. Immerhin wurde beschlossen, ein Forum für Entwicklungsfinanzierung einzurichten, in dem jährlich über Fortschritte beraten werden kann. Das eröffnet – hoffentlich – Möglichkeiten, die bestehenden Blockaden nach und nach doch zu überwinden.

→ Eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Konferenz zum Download finden Sie auf der Website des Global Policy Forums unter <http://tiny.cc/8lkgby>

Fast überall verbinden sich innere Widersprüche mit offenen oder verdeckten Interventionen ausländischer Mächte und transnational operierender Terrorgruppen, oder sie werden von diesen überhaupt erst zu gewaltförmigen Konflikten eskaliert.

Die internationale Schutzverantwortung gegenüber den betroffenen Menschen ist klar gefordert, aber die Weltgemeinschaft ist offensichtlich nicht willens oder nicht in der Lage, diesen Krisen und den damit verbundenen humanitären Katastrophen adäquat zu begegnen. Obwohl zahllose UN-Konventionen verletzt werden und der Weltfrieden gefährdet ist – angemessene Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen werden regelmäßig durch einzelne Vetomächte blockiert oder in Erwartung einer solchen Blockade gar nicht erst auf die Tagesordnung gebracht. Eine hinreichende Ausstattung humanitärer Hilfsstrukturen fehlt ebenso wie adäquate Reaktionen durch wirtschaftliche Sanktionen, internationale Strafverfolgung, UN-Truppen zur Friedenssicherung oder auch zur Friedenserzwingung.

Ökonomie: Schlechte Aussichten

Auch die globalen wirtschaftlichen Verhältnisse bieten derzeit keinen Anlass zu Optimismus. Seit der Finanzkrise der Jahre 2008 bis 2010 haben sich in verschiedenen Weltgegenden die Verhältnisse eher verschlechtert als verbessert. Eine wichtige Rolle spielt dabei der auf ein Niveau der 1970er-Jahre abgesunkene Ölpreis. Das über viele Jahre zweistellige Wirtschaftswachstum in China hat sich fast halbiert. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) galten zeitweise als Herausforderer besonders Europas, der USA und Japans. Davon kann derzeit keine Rede mehr sein. Der von Hugo Chávez in Venezuela etablierte „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ist am Ende. In Brasilien haben die wirtschaftliche Krise und die Korruption zu einer veritablen Staatskrise geführt. Die in vielen Staaten Südamerikas in den 2000er-Jahren erreichten Fortschritte bei der Armutsreduzierung scheinen derzeit wieder verloren zu gehen.

Die Verhandlungen um ein internationales Handelsregime im Rahmen der WTO kommen seit Jahren nicht weiter, weil die Industrieländer den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht weit genug entgegenkommen und auf ihren relativ aggressiven Marköffnungsstrategien bestehen. Deshalb nehmen bilaterale Freihandelsabkommen zu, beziehungsweise es werden Verhandlungen zwischen großen Staatengruppen geführt, die mit ihren Abkommen weltweit wirksame materielle und rechtliche Standards setzen würden. Kommen sie so, wie derzeit verhandelt, zustande, würden viele der in der 2030-Agenda oder in dem Pariser Klimaabkommen formulierten Ziele konterkariert. Das geplante transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP (Transatlantik Trade and Investment Partnership) zwischen der Europäischen Union und den USA ist dafür ein Beispiel.

Um globale Finanzierungsfragen ging es auch bei der UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015 in Addis Abeba. Doch die Ergebnisse verblieben weitgehend im Unverbindlichen und waren insofern ziemlich enttäuschend.

Europäische Werte in Gefahr

Für Europa begann das Jahr 2015 mit einer radikalen Herausforderung seiner offenen Gesellschaften. Am 7. Januar verübten Terroristen des sogenannten Islamischen Staats in Paris einen Anschlag

auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und zwei Tage später auf einen jüdischen Supermarkt. Insgesamt starben bei diesen Anschlägen 16 Menschen. Zahlreiche weitere Menschen wurden verletzt. Europa reagierte mit einer beispiellosen Welle der Solidarität, unter Einschluss der muslimischen Verbände. Auf dem ganzen Kontinent demonstrierten Millionen Menschen unter der Parole „Ich bin Charlie“ und gaben ein Bekenntnis ab zu den europäischen Werten, zur Pressefreiheit und auch zum Recht auf antikerikale Satire. Bei der Pariser Demonstration reihten sich für kurze Zeit auch zahlreiche Staats- und Regierungschefs mit ein, darunter Bundeskanzlerin Merkel, die jordanische Königin Raina, der palästinensische Präsident Abbas und der israelische Ministerpräsident Netanjahu.

Die Attentäter waren in Frankreich geborene Kinder maghrebinischer Eltern. Dies verweist schmerzhaft auf das vielfache Scheitern der Integration der Einwandererkinder in die europäischen Gesellschaften, in Frankreich, aber auch in anderen europäischen Ländern. Am 13. November verübten erneut dschihadistische Terroristen in Paris Anschläge auf ein Rockkonzert im Theater „Bataclan“, auf eine Reihe von Cafés, Restaurants und vor dem „Stade de France“, in dem gerade ein Fußball-Länderspiel zwischen Frankreich und Deutschland stattfand. 129 Menschen verloren ihr Leben, mehr als 350 wurden teilweise schwer verletzt. Am 22. März 2016 folgte dann ein Anschlag im Brüsseler Flughafen und in einer U-Bahn-Station mit 35 Todesopfern und über 300 Verletzten. Die Terrorakte offenbarten auch den Grad der länderübergreifenden Vernetzung der dschihadistischen Gruppen in Europa und mit dem Nahen Osten.

Die Anschläge wurden jedoch nicht nur mit einer Welle der Solidarität beantwortet, sondern auch mit einer massiven Zunahme antiislamischer Übergriffe und Anschläge in ganz Europa, auch auf Flüchtlingsunterkünfte, also auf die Menschen, die gerade unter großen Entbehrungen dem Schrecken des Krieges und des islamischen Terrors entkommen waren. Selbst manche Politiker scheuten sich nicht, die Anschläge von Paris und Brüssel in eine Verbindung zu den Flüchtlingen aus dem Nahen Osten zu rücken, um so Stimmung gegen eine weitere Aufnahme zu machen. In einer Reihe von Staaten üben inzwischen rechtspopulistische Parteien die Regierungsgewalt aus und werden dort offenbar auch von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen. Sie nutzen dies zu einer unerbittlichen Zurückweisung der Flüchtlinge und verweigern sich einer solidarischen Bewältigung der Herausforderungen. In Ungarn und Polen geht dies einher mit dem



Für einen Moment Einigkeit: Die Regierungschefs von Israel, Mali, Frankreich, Deutschland, Ungarn und Palästina sowie EU-Ratspräsident Tusk bei einer Demonstration gegen die Terroranschläge im Januar 2015 in Paris



Polizisten patrouillieren auf der Grand Place in Brüssel am 24. November 2015.

Abbau rechtsstaatlicher Normen und massiven Einschränkungen der Pressefreiheit. Nach Errichtung zahlreicher Grenzsperrungen und -kontrollen ist von den Errungenschaften der Schengen-Abkommen nicht mehr viel übrig. Besorgniserregend ist auch die Erklärung der Maghreb-Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ und der Flüchtlingsdeal mit der Türkei (s. Seite 55): damit hat die Europäische Union ihre normativen Standards außerordentlich weit gesenkt.

Große Herausforderungen

Die Europäische Union ist in einem beklagenswerten Zustand. In mehr und mehr Ländern machen sich Europa-Skepsis, Defätismus und Europa-Feindlichkeit breit. Großbritannien stimmt im Juni 2016 über einen EU-Austritt ab. Die Wahlerfolge der FPÖ in Österreich bei den Bundespräsidentenwahlen lassen befürchten, dass das Land sich den EU-feindlichen Regierungen in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei annähert. Der Kontinent ist im Begriff, die Errungenschaften von 70 Jahren europäischer Einigung und Solidarität zu verspielen.

Die in der Folge der Finanzkrise von 2008 eingetretene Staatsverschuldungs- und Wirtschaftskrise ist in vielen Ländern Südeuropas noch bei weitem nicht überwunden, nicht nur in Griechenland. Die hohe Arbeitslosigkeit kann wegen des ausbleibenden Wirtschaftswachstums nicht reduziert werden. Die sozialen Sicherungssysteme sind unter Druck. Zwar gelang es 2015 in Europa, die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung zu reduzieren. Banken und Unternehmen der „Finanzindustrie“ in der Schweiz, in Luxemburg, Liechtenstein und anderswo propagieren öffentlich eine „Weißgeld-Strategie“. Aber wie groß die Aufgabe hier noch ist, zeigen die Enthüllungen der „Panama-Papers“ im April 2016 über die Geldwäsche- und Steuerhinterziehungsmechanismen mit Hilfe von anonymisierten Offshore-Firmen.

2015 hatte die EU als „Europäisches Jahr der Entwicklung“ ausgerufen. Die in diesem Rahmen veranstalteten Aktionen zielten in erster Linie auf eine Rechtfertigung von Entwicklungszusammenarbeit gegenüber der Öffentlichkeit. An den strukturellen Kohärenzdefiziten zwischen europäischer Entwicklungspolitik und anderen Politikfeldern, etwa der Landwirtschaftspolitik, hat sich leider nichts geändert.



Foto: Denis Cordier

Feldarbeiterinnen in Burkina Faso

Deutschland und die Eine Welt

Mit dem Prozess zur Erarbeitung und Verabschiedung der 2030-Agenda beschäftigten sich in Deutschland Fachpolitiker sowie Experten und zivilgesellschaftliche Akteure in den Handlungsfeldern Umwelt, Naturschutz und Entwicklungspolitik. In dem Politikbetrieb der Bundesregierung insgesamt wie auch im Bundestag fand das Thema jedoch wenig Aufmerksamkeit. Bei einem von der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei organisierten Besuch einer Delegation entwicklungspolitischer Experten in Berlin erklärten die Gesprächspartner aus den Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen übereinstimmend, dass sie sich mit ihren Bemühungen um gebührende Aufmerksamkeit für die SDG auf verlorenem Posten sähen. Immerhin gibt es einen Konsens, die vom Deutschen Nachhaltigkeitsrat erarbeitete Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im Lichte der 2030-Agenda zu überarbeiten und mit mehr Verbindlichkeit zu versehen.

Bundesentwicklungsminister Müller hatte 2014 Afrika zum Schwerpunktkontinent der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erklärt. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit seinen Durchführungsorganisationen ist in 32 der 54 Länder engagiert und setzt mehr als 2.000 Mitarbeiter ein. 2015 wurde eine erste positive Bilanz gezogen: Das BMZ habe seine Beiträge zur Bekämpfung von Fluchtursachen gestärkt, Erfolge bei den Programmen zur Ausbildung afrikanischer Jugendlicher und zur Gesundheitsvorsorge erreicht und insbesondere wichtige Beiträge zur Bewältigung der Ebola-Epidemie geleistet. Mit der Initiative „Eine Welt ohne Hunger“ seien die ländliche Entwicklung und Wertschöpfung gestärkt worden.

In den 2015 gefassten Beschlüssen des Bundestages zum Haushalt 2016 erfuhr der Etat des BMZ eine erfreuliche Steigerung, von 6,543 Mrd. Euro auf 7,407 Mrd. Euro. In der Folge konnten auch die „Programme zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft“ – die Förderbudgets für Projekte von NRO – aufgestockt werden. Das vom BMZ initiierte Textilbündnis entwickelte sich positiv (siehe dazu S. 38).

Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

In Nordrhein-Westfalen wurde 2015 die Erarbeitung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie und einer Strategie der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fortgesetzt. Die BNE-Strategie wurde schließlich am 26. Januar 2016 vom Kabinett beschlossen. Sie sieht u. a. vor, eine Unterstützungsstruktur zur Umsetzung der Strategie einzurichten, die organisatorisch und rechtlich bei der Natur- und Umweltakademie des Landes (NUA) angesiedelt ist. Die Landesnachhaltigkeitsstrategie soll im Sommer 2016 beschlossen werden. An beiden Prozessen gab es angemessene Beteiligungsverfahren für gesellschaftliche Gruppen und Initiativen.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure in Nordrhein-Westfalen haben die Ergebnisse des SDG-Gipfels in New York und der Pariser Klimakonferenz mit großer Anteilnahme verfolgt, einige Organisationen nahmen auch mit eigenen Vertreterinnen und Vertretern an den Konferenzen teil. Es zeichnet sich ab, dass die 2030-Agenda und das Klimaabkommen die großen Referenzdokumente zivilgesellschaftlicher Arbeit der nächsten Jahre werden, und zwar schneller, als dies seinerzeit mit der Agenda 21 von 1992 und den Millennium-Entwicklungszielen von 2000 geschah.

Viele Mitglieder nordrhein-westfälischer Nichtregierungsorganisationen haben 2015 begonnen, sich an der Arbeit mit Flüchtlingen zu beteiligen. Oft mussten und müssen sie in dem neuen Handlungsfeld zunächst herausfinden, wie geeignete – das heißt an den Bedürfnissen der Flüchtlinge orientierte – Angebote aussehen könnten und welche Formate und Methoden ihren Möglichkeiten entsprechen. Es gibt jedoch erste gute Beispiele, die anderen zur Nachahmung dienen können.

Unsere Stiftung hat in ihrem Magazin „Resultate“ das Thema „Flucht“ ausführlich aufgegriffen und Hintergrundmaterial zu den Fluchtursachen und zur europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik geliefert. Sie ist nach ihren Möglichkeiten und im Rahmen ihrer Förderzwecke gerne bereit, Projekte in diesem Handlungsfeld zu fördern.



Foto: privat

Ausstellung „Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ in Münster

Projekte Eine Welt

Informiert und engagiert

Interesse für die Situation von Menschen in anderen Ländern wecken: Das ist das Ziel der meisten entwicklungspolitischen Projekte, die unsere Stiftung unterstützt. Ein Beispiel ist das von uns mit 4.000 Euro geförderte Dossier **„Bürgerengagement in China“**, das die Kölner **Stiftung Asienhaus** als Beilage des entwicklungspolitischen Magazins „welt-sichten“ produziert hat. Es zeigt auf, wie die Zivilgesellschaft in China auf soziale und ökologische Missstände reagiert. Das Asienhaus nutzt das Dossier für seine Öffentlichkeitsarbeit.

Auf großes Interesse stößt nach wie vor die Ausstellung **Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg**, die 2009 von Recherche International konzipiert und von unserer Stiftung gefördert wurde. Im Oktober 2015 hat die **Afrika Kooperative** die Ausstellung in Münster präsentiert und durch ein Rahmenprogramm ergänzt (Fördersumme: 4.912 Euro).



50 Jahre UN-Sozialpakt – dieses Jubiläum nimmt das **FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk Deutschland** (FIAN) zum Anlass, mit Bildungsveranstaltungen – darunter auch internetbasierte „Webinare“ – über die Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu informieren (Fördersumme: 56.380 Euro). Die Veranstaltungen werden in Kooperation mit Volkshochschulen, städtischen Einrichtungen und Universitäten konzipiert und durchgeführt. Weitere Projektmodule sind die Kantinenaktion „Mahlzeit für Menschenrechte“ sowie die Produktion von Videoclips und zusätzlichen Materialien.

Interesse in aktives Engagement verwandeln möchte das Sozio-kulturelle Zentrum **Bahnhof Langendreer** in Bochum mit dem Projekt **Globale Solidarität – vor Ort** (Fördersumme: 24.083 Euro). Junge Erwachsene werden zu Multiplikatoren für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ausgebildet. Die Seminare, Kurse und Exkursionen werden durch die praktische Einbindung der Teilnehmer bei der Vorbereitung und Durchführung von entwicklungspolitischen Veranstaltungen ergänzt.

→ Weitere Informationen unter www.asienhaus.de, www.afrika-kooperative.de und www.3www2-muenster.de, www.fian.de, www.bahnhof-langendreer.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4918, E-4923, E-4895 und E-4877



Im Fokus: Lateinamerika

Das Wuppertaler **Informationsbüro Nicaragua** engagiert sich seit 1978 in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit zu Lateinamerika und fördert zahlreiche Basisinitiativen in Nicaragua. Mit dem Projekt **Globales Lernen zu Lateinamerika in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit** schult das Informationsbüro Multiplikatoren für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit (Fördersumme: 30.250 Euro).

2014 hat Brasilien die Fußball-Weltmeisterschaft ausgerichtet, 2016 ist das Land Gastgeber der Olympischen Sommerspiele. Welche Folgen haben solche Großereignisse für die Bevölkerung des rasch aufgestiegenen und jetzt von schweren Krisen geschüttelten Landes? Mit dem Projekt **Recht auf Stadt – Stadtentwicklung und soziale Teilhabe im Olympialand Brasilien** untersucht das **Allerweltshaus Köln** anhand der Themenfelder Mobilität und öffentlicher Nahverkehr,

Wohnraum und Wasserversorgung, wie es um Stadtentwicklung, Wohnsituation und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in Brasilien steht (Fördersumme: 74.837 Euro). Dazu werden unter anderem Diskussions- und Informationsveranstaltungen sowie Workshops mit Vertretern von sozialen Bewegungen aus Brasilien durchgeführt. Unter dem Motto **Donde están? (Wo sind sie?)** hat das Allerweltshaus 2015 mit einem Informationstag sowie mehreren Veranstaltungen auf das Schicksal verschwundener Menschen in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern aufmerksam gemacht (Fördersumme: 3.900 Euro).

→ Weitere Informationen unter www.infobuero-nicaragua.org, www.allerweltshaus.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4899, E-4921 und E-4929



Foto: Karina Lange

Multiplikatorenschulung im Projekt „Globales Lernen zu Lateinamerika“



Intombi time: Workshop zur Situation junger Mädchen in Südafrika



Schüler setzen sich in Medienworkshops mit Afrikaklischees auseinander.

Im Fokus: Afrika

Der Verein **FilmInitiativ Köln** präsentiert seit 1988 Filmreihen und Festivals, seit den 1990er-Jahren liegt der Schwerpunkt auf Filmen aus Afrika. Die Filmreihe **African Diaspora Cinema** lieferte 2015 einen internationalen Überblick über Werke von Regisseuren mit afrikanischen Wurzeln, die entwicklungspolitische, historische und kulturelle Themen im Zusammenhang mit der afrikanischen Diaspora aufgreifen (Fördersumme: 50.000 Euro). Auf dem Programm standen auch internetbasierte Medien von Initiativen afrikanischer Communities. Darüber hinaus wurde in der Kölner Zentralbibliothek eine Ausstellung über die Entstehungsgeschichte der afrikanischen Diaspora in aller Welt gezeigt. In einem weiteren Projekt werden die bereits von unserer Stiftung geförderten **Filmdatenbank und Internetseite** inhaltlich und technisch grundlegend überarbeitet (Fördersumme: 60.100 Euro).

Einen anderen kulturellen Zugang zu Afrika bot der **Afrikatag der Bonner Buchmesse Migration 2015**, der vom **Deutsch-Afrikanischen Zentrum** zusammen mit dem Allerweltshaus Köln organisiert wurde (Fördersumme: 7.994 Euro). Neben Lesungen, Workshops und zwei Kinderveranstaltungen stand das von unserer Stiftung geförderte Buch „Visionäre Afrikas“ im Zentrum des Afrikatags.



African Diaspora Cinema: Jide Tom Akinleminu, Filmemacher mit dänisch-nigerianischen Wurzeln

Immer wieder wird die wichtige Rolle betont, die Frauen und Mädchen bei der Entwicklung in afrikanischen Ländern spielen können. Doch wie sieht deren Leben aus? Der Verein **intombi** hat mit dem Projekt **intombi time Südafrika** Mädchengruppen in Schulen, Jugendzentren und Kirchengemeinden in Köln und Umgebung die Lebenssituation von Mädchen in Südafrika näher gebracht (Fördersumme: 12.623 Euro). Projektbestandteile waren unter anderem Workshops, öffentliche Aktionen, ein Foto-Wettbewerb und Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurden Multiplikatoren aus Freiwilligen-Aufenthalten in Südafrika für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und die Durchführung der Workshops geschult.

Bildungsveranstaltungen zur Lage von Frauen in Zimbabwe hat das **Zimbabwe Netzwerk** unter dem Motto **Begegnung mit ZUBO: Chancen für Frauen im ländlichen Raum Zimbabwes** organisiert (Fördersumme: 1.800 Euro). Eine Vertreterin einer dortigen Frauenorganisation berichtete an Schulen und bei öffentlichen Veranstaltungen über das Leben im ländlichen Bezirk Binga.

Mit dem Projekt **Engagement der Vielfalt – Junges Engagement** wollte die **Stiftung Partnerschaft mit Afrika** das entwicklungspolitische Interesse junger Menschen und eine kritische Auseinandersetzung mit Afrikaklischees befördern (Fördersumme: 13.477 Euro). Schülerinnen und Schüler einer Kölner Hauptschule beschäftigten sich in Medien-Workshops mit den Themen Kakao- und Schokoladenproduktion, Kinderarbeit und Fair Trade. Das Ergebnis ist ein zwanzigminütiger Film „Die Fair-Nascher – mit Fair Trade Kinderarbeit stoppen“.

→ Weitere Informationen unter www.filminitativ.de, www.dazbonn.de und www.bonnerbuchmessemigration.de, www.intombi.org, www.zimbabwenetzwerk.de, www.german-african-partnership.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4902, E-4903, E-4924, I-6112, E-4901 und E-4919



Foto: Ralf Emmerich

Workshop während der Eine-Welt-Landeskonferenz 2015

Konferenzen: Wissensvermittlung und Vernetzung

Im Mittelpunkt der vom **Eine Welt Netz NRW** veranstalteten **Eine-Welt-Landeskonferenz 2015** in Münster standen die Europäische Union und ihre Rolle bei Handlungsfeldern, die für ein gerechteres Nord-Süd-Verhältnis und eine global nachhaltige Entwicklung relevant sind (Fördersumme: 39.205 Euro). In Workshops und auf Exkursionen wurden weitere aktuelle Themen der Eine-Welt-Diskussion aufgegriffen.

An zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure im Bereich einer nachhaltigen Entwicklung richtet sich der 2007 ins Leben gerufene **Netzwerk21Kongress** (Fördersumme: 48.429 Euro). Im Herbst 2016 findet der Kongress in Dortmund statt. Veranstalter sind die Stadt Dortmund, die Grüne Liga Berlin e. V., die Werkstatt für Zivilgesellschaft CIVIXX und die in Dortmund ansässige **Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW**.

.....> Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de, www.lag21.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4907 und Z-5333



Foto: Ralf Emmerich

Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle südliches Afrika auf der Eine-Welt-Landeskonferenz 2015

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Welche Kompetenzen benötigen wir, um die künftige Welt verantwortlich mitzugestalten? Oder anders gefragt: Wie werden wir Weltbürger? So lautete das Motto des Bonner Kongresses **WeltWeitWissen** im April 2016 (Fördersumme: 43.550 Euro). Das **Eine Welt Netz NRW** hat den bundesweiten Kongress für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung organisiert, der alle zwei Jahre Akteure des Globalen Lernens und des entwicklungspolitischen Engagements zusammenbringt. Diesmal ging es vor allem um die Herausforderungen, die sich für den Bildungsbereich aus den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen und dem von der UNESCO formulierten Leitbild einer weltbürgerlichen Verantwortung ergeben.

Das **Welthaus Bielefeld** arbeitet seit längerem daran, Globales Lernen in den schulischen Lehrplänen zu verankern. Dazu gehört auch die Mitarbeit an der Online-Datenbank www.globales-lernen-schule-nrw.de. Das Welthaus aktualisierte die dort präsentierten **Unterrichtsmodule des Globalen Lernens** und ergänzte sie durch Materialien für zwei weitere Schulfächer (Fördersumme: 5.000 Euro).

Der Verein **Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit** möchte mit dem Projekt **Grundschulen auf dem Weg** Bildung für nachhaltige Entwicklung an Grundschulen bringen und dabei die Teilhabe von Kindern mit Behinderung stärken (Fördersumme: 17.000 Euro). Dazu werden Unterrichtskonzepte zum Fairen Handel und dazugehörige Materialien entwickelt sowie Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal durchgeführt.

Bereits seit 2013 unterstützt unsere Stiftung das Projekt **Einfach ganz anders – Ganztagschulen für mehr Nachhaltigkeit**. Im Mittelpunkt der Bildungsangebote für Multiplikatoren und Ganztagschulen stehen die Themen „Klima & Konsum“, „Boden & Ernährung“ sowie „Wasser“. Menschen, die als Honorarkräfte Angebote für die Sekundarstufe I machen wollen, erhalten in Fortbildungen das inhaltliche und methodische Rüstzeug. In der aktuellen Fortsetzung des von der **BUNDjugend NRW** und dem Eine Welt Netz NRW getragenen Projektes soll, im Sinne des „whole institution approach“, ein Transformationsprozess eingeleitet werden, der die gesamte Bildungsinstitution am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichtet (Fördersumme: 284.582 Euro). Deshalb werden zum Beispiel Fortbildungen und Materialien für Lehrer und andere pädagogische Fachkräfte angeboten.

.....> Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de und www.weltweitwissen2016.de, www.welthaus.de, www.bezev.de, www.bundjugend-nrw.de, www.einfachganzanders.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5314, E-4909, Z-5332 und Z-5304

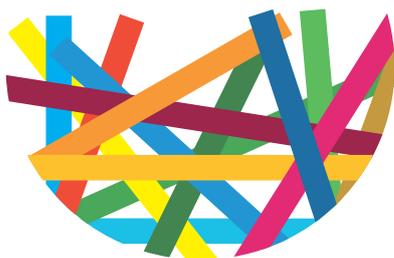
Sustainable Development Goals

Nach dem Auslaufen der Millenniumsentwicklungsziele im Jahr 2015 haben sich die Vereinten Nationen auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung geeinigt. Sie umfasst einen Katalog von 17 Sustainable Development Goals (SDGs) sowie 169 Unterzielen. Mit dem Projekt **Neue Ziele für Entwicklung – NRO als Transformationsvorbilder** wollte der **Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)** zur Debatte über die SDGs beitragen (Fördersumme: 48.000 Euro). Entwicklungspolitische NRO wurden bei der Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Konzepte gestärkt, um eine soziale und ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen. Dazu hat VENRO Hintergrundpapiere, Standpunktpapiere, monatliche Informationen und Pressemitteilungen entwickelt sowie öffentliche Dialogforen, Workshops und ein zivilgesellschaftliches Vernetzungstreffen durchgeführt.

Der Verein **Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit** möchte mit dem Projekt **Global engagiert für eine inklusive Zukunft nach 2015** junge Menschen mit und ohne Behinderung über die nachhaltigen Entwicklungsziele der Post-2015-Agenda informieren, ihnen Handlungsoptionen aufzeigen und ihr entwicklungspolitisches Engagement fördern (Fördersumme: 40.000 Euro). Dazu werden eine Sommerakademie, Vertiefungsworkshops und ein Online-Informationssdienst angeboten.

Mit dem Projekt **Weltbaustellen – Die Welt von Morgen wächst vor Ort** will das **Eine Welt Netz NRW** in 16 nordrhein-westfälischen Städten Menschen dazu anregen, sich mit den SDGs auseinanderzusetzen (Fördersumme: 378.900 Euro). Ein zentrales Element sind Wandbilder, die für große öffentliche Aufmerksamkeit sorgen sollen. Die in Zusammenarbeit mit dem Düsseldorfer Verein **Farbfieber** durchgeführten Malaktionen werden durch ein Begleitprogramm mit Infoständen, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, Kreativ-Workshops und Öffentlichkeitsarbeit ergänzt. An der Erstellung der Wandbilder und den verschiedenen Veranstaltungen beteiligen sich Künstler und Experten aus NRW und aus Ländern des globalen Südens.

→ Weitere Informationen unter www.venro.de, www.bezev.de, www.eine-welt-netz-nrw.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5306, Z-5311 und Z-5318



WELTBAUSTELLEN
Die Welt von Morgen wächst vor Ort

Organisationen stärken

Organisationsentwicklungsprojekte helfen gerade kleineren NROs dabei, ihre Strukturen zu optimieren und so die eigene Arbeit erfolgreicher zu gestalten. Sinnvoll ist es, sich dafür Hilfe von professionellen Beratern zu holen. Die **Andheri-Hilfe Bonn** (Fördersumme: 10.000 Euro), der **Freundeskreis Zentralamerika** (Fördersumme: 8.428 Euro) und der Verein **Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung** (Fördersumme: 9.578 Euro) werden dabei von unserer Stiftung unterstützt.

→ Weitere Informationen unter www.andheri-hilfe.de, www.fza-online.de, www.esa-web.de sowie in unserer Projektdatenbank unter O-2325, O-2326 und O-2327



Solarpanel für Bangladesch mit der Andheri-Hilfe Bonn



Migration und Interkultur

EU: Abschottung als zentrales Ziel

Rund 60 Millionen Menschen waren nach Einschätzung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR im Jahr 2015 auf der Flucht. Nicht nur diese Zahl ist erschütternd, sondern auch der massive Anstieg in den letzten Jahren: 2004 mussten 37 Millionen Menschen flüchten, 2014 waren es rund 59 Millionen. Ein wesentlicher Faktor für die starke Zunahme ist der Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien im Jahr 2011. Inzwischen hat er die weltweit größte Fluchtbewegung verursacht. Aber auch aus dem Irak, Afghanistan, Eritrea, dem Kongo, Sudan, Südsudan, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik fliehen die Menschen vor Krieg, Terror und Perspektivlosigkeit. Die meisten von ihnen bleiben weiterhin an einem nicht ganz so gefährlichen Ort im eigenen Land. In Syrien etwa leben rund 7,5 Millionen, im Irak über drei Millionen Binnenflüchtlinge. Der größte Teil derer, die ihr Heimatland verlassen, rettet sich in ein Nachbarland. So hat allein der Libanon weit mehr als eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen – bei einer eigenen Bevölkerung von vier Millionen.

Flüchtlinge waren auch in unseren letzten Jahresberichten ein Thema. Die Perspektive war dabei eher ein „Blick von außen“: auf die Schiffsunglücke im Mittelmeer mit Hunderten von Toten, auf die schwierige Lage in den Krisenregionen, auf die EU-Abschottungspolitik, auf die Mittelmeerstaaten, die mit den vielen Geflüchteten umgehen mussten. All diese Aspekte spielten auch 2015 eine Rolle, das zentrale Thema – und die große Veränderung – des letzten Jahres war jedoch: Die vorher fernen Flüchtlinge sind nun bei uns angekommen. Sie begegnen uns auf der Straße, sie beschäftigen die kommunalen Verwaltungen, sie wurden zum Auslöser für politische Umbrüche, die vor einem Jahr kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Schätzungsweise sind 2015 etwa 1,1 Millionen Flüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellten etwa 476.000 Menschen Asylanträge, rund 283.000 Anträge wurden 2015 entschieden. Viele Flüchtlinge hatten jedoch noch nicht die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, denn oft sind die Wartezeiten lang.

Jahrelang haben die Tausende Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Italien, Malta oder Spanien zu kamen, Politik und Öffentlichkeit in den übrigen europäischen Ländern nur begrenzt bewegt. Die nationalen Regierungen pochten auf die Bestimmungen des Dublin-Abkommens, wonach die Flüchtlinge in dem Land registriert und untergebracht werden müssen, in dem sie zuerst den Boden der EU betreten haben. Hilfsersuchen der betroffenen Länder wurden abgewiesen, auch von der Bundesregierung. Im Laufe des ersten Halbjahres 2015 stieg insbesondere die Zahl der Flüchtlinge rapide an, die von der Türkei aus nach Griechenland kamen. Die Zustände in den dortigen Erstaufnahmelagern wurden von Organisationen wie Pro Asyl und Amnesty International schon lange als menschenrechtswidrig kritisiert. Nun entstanden aber auf griechischen Inseln vor der türkischen Küste noch schlimmere Verhältnisse. Griechenland wurde mit den Problemen der Registrierung und Versorgung weitgehend allein gelassen. Einem großen Teil der Flüchtlinge ermöglichten es die völlig überforderten griechischen Behörden schließlich, unregistriert nach Nordwesten in die Balkanländer mit Ziel Österreich, Deutschland und Skandinavien weiterzureisen. Die Balkanländer leiteten sie zunächst mehr oder weniger schnell durch, entschieden sich dann aber, ihre jeweiligen Grenzen zu schließen und durch aufwändige Sperranlagen sowie durch Polizei und Militär zu sichern.

Nach Angaben des Europäischen Statistikamts wurden 2015 in den 28 Staaten der Europäischen Union rund 1,3 Millionen Asylanträge gestellt, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. In den ersten Monaten des Jahres 2016 ist der Zustrom von Flüchtlingen nach Mittel-, West- und Nordeuropa deutlich abgeebbt. Ein Grund dafür sind die Grenzsicherungen. Seit Ende März wirkt sich auch das EU-Türkei-Abkommen aus. Demnach werden alle Flüchtlinge, die über die Türkei irregulär nach Griechenland kommen, wieder in die Türkei abgeschoben, sofern sie nicht nachweisen können, dass sie dort nicht sicher sind. Für syrische Flüchtlinge gilt eine Sonderregelung: Für jeden Syrer, der aus Griechenland in die Türkei zurückgeschickt wird, soll ein Syrer aus einem der türkischen Lager über legale Verfahren in die EU übernommen werden. Für dieses Austauschverfahren stehen allerdings maximal 72.000 Plätze zur Verfügung.

Als Gegenleistung für die Aufnahme von Flüchtlingen hat die EU der Türkei sechs Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe zugesichert. Außerdem sollen die Beitrittsverhandlungen zur EU wieder aufgenommen werden. Zentrales Element des Abkommens ist jedoch die von der Türkei vehement geforderte Visafreiheit. Dazu hat die EU Bedingungen gestellt, mit denen sie unter anderem die Wahrung demokratischer Grundrechte in der Türkei fördern will. Ob diese Bedingungen erfüllt werden und ob das Abkommen dauerhaft hält, ist fraglich, nicht zuletzt nachdem Anfang Mai 2016 der eher gemäßigte türkische Ministerpräsident Davutoğlu seinen Rücktritt angekündigt hat. Damit liegt noch mehr Macht in den Händen des autokratisch regierenden Präsidenten Erdoğan, der sich jede Einmischung in seine Politik, etwa wegen der Missachtung von Menschenrechten und Meinungsfreiheit, verbittet.

Das EU-Türkei-Abkommen ist Teil eines Bündels von Maßnahmen, die ein Hauptziel verfolgen: Abschottung gegenüber den Millionen Menschen, die sich von Europa ein sicheres Leben mit einer wirtschaftlichen Perspektive erhoffen. Was sich in der EU-Flüchtlingspolitik hingegen kaum findet, ist Solidarität, weder gegenüber den Flüchtlingen noch zwischen den EU-Staaten. Die Dublin-Verordnung hat sich spätestens 2015 als nicht angemessen und höchst ungerecht erwiesen, wird aber bisher nicht angetastet. Praktisch gescheitert ist der 2015 entwickelte Plan, zumindest 160.000 Flüchtlinge, die sich Griechenland oder Italien aufhalten, nach einem bestimmten Schlüs-

sel auf alle EU-Staaten zu verteilen. Der härteste Widerstand kommt aus den osteuropäischen Ländern – selbst wenn es bei ihnen meist nur um die Aufnahme von einigen Hundert Menschen geht.

Deutschland: Zwischen „Willkommen“ und „Ausländer raus“

„Wir schaffen das!“ Mit diesem Satz reagierte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Sommerpressekonferenz am 31. August 2015 auf Fragen zur Flüchtlingsproblematik. Allen, die ein Recht auf humanitären Schutz hätten, müsse dieses Recht gewährt werden und denen, die es nicht hätten, müsse man deutlich sagen, dass keine Bleibeperspektive bestehe. Merkels Aussage war also nicht, wie ihr viele vorwerfen, eine Einladung, nach Deutschland zu kommen, sondern ein Aufruf an die eigene Bevölkerung, sich tatkräftig mit einer gegebenen Situation auseinanderzusetzen.

Im August 2015 waren gegen alle Widerstände rund 25.000 Flüchtlinge über die Balkan-Route in der ungarischen Hauptstadt Budapest angekommen und wurden dort unter chaotischen Verhältnissen festgehalten. Sie wollten überwiegend nach Deutschland weiter. Am 5. September verständigte sich die Bundeskanzlerin mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Orban, die Flüchtlinge nach Deutschland weiterreisen zu lassen. Die Verhältnisse in Budapest und die Haltung der ungarischen Behörden empörten viele Menschen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Als die Züge mit



Foto: Ivan Romano/Pacific Press

Flüchtlingscamp in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze



13 Flüchtlinge und fünf Schauspieler des Theaters der Jungen Welt Leipzig proben für das Stück „Brennpunkt X“.

den Flüchtlingen schließlich in München ankamen, strömten viele Menschen zum Bahnhof, um die Ankommenden willkommen zu heißen. Das war innerhalb Deutschlands der Beginn einer anhaltenden Bewegung von Empathie und Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen, die inzwischen ihre spontanen Formen hinter sich gelassen hat, aber immer noch existiert und je nach den Verhältnissen vor Ort unterschiedlich organisierte Formen angenommen hat.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums formierten sich rechtspopulistische Kräfte in den Trägerstrukturen der sächsischen „Pegida“-Demonstrationen und in der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Sie sind bestimmt von Fremdenfeindlichkeit, Europafeindlichkeit, Antiislamismus, autoritären Gesellschaftsvorstellungen und nationalem Chauvinismus. Ihre organisierten Träger sind politisch rechts, sozio-ökonomisch aber durchaus gesellschaftliche Mitte, mit höheren Bildungsabschlüssen und mittleren Einkommen. Bei den Landtagswahlen im März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt erzielte die AfD ihre zweistelligen Wahlerfolge allerdings auch überproportional bei Protestwählern mit niedrigem Einkommen, ohne Arbeit und niedrigem Bildungsniveau. Diese Strukturen sind ein gedeihliches Biotop für rechtsradikale Aktivitäten von Beleidigungen und Volksverhetzung bis zu gewaltsamen Übergriffen. Das Bundeskriminalamt erfasste 2015 mehr als 900 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, 2014 waren es 199. In Nordrhein-Westfalen wurden alleine im Januar 2016 33 Übergriffe registriert, acht mehr als im gesamten Vorjahr.

Die Mühen und Chancen der Ebene

Die große emotionale Betroffenheit angesichts des Flüchtlingseleids und die spontane Hilfsbereitschaft sind inzwischen etwas verflogen. Denn die Flüchtlingsarbeit ist nicht einfach, administrative und andere Hindernisse sind ebenso zu überwinden wie sprachliche Barrieren

und kulturelle Differenzen. Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln waren nicht nur Wasser auf die Mühlen von Fremdenfeindern, sondern haben auch bei toleranten Menschen Ängste ausgelöst. Und angesichts der AfD-Erfolge bei drei Landtagswahlen im März 2016 stellt sich die Frage: Was macht das Flüchtlingsthema aus unserer Gesellschaft, unserer Demokratie?

Langfristig wird entscheidend sein, wie gut die Integration der Flüchtlinge gelingt. Ein wesentlicher Faktor sind dabei die Bereiche Bildung und Arbeit. Die nordrhein-westfälische Landesregierung etwa hat für 2015 und 2016 insgesamt 5.766 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Davon sind 1.200 Stellen für die Sprachförderung vorgesehen, etwa 4.100 für Vorbereitungsklassen und zusätzlichen Bedarf in Regelklassen. Eine Investition, die sich angesichts des demographischen Wandels rentieren dürfte. Im Hinblick auf den bereits jetzt bestehenden Fachkräftemangel haben Wirtschaftsverbände in den letzten Monaten mehrfach betont, dass die vielen Flüchtlinge eine Chance für die ökonomische Lage Deutschlands sind. Eine Anfang Mai 2016 veröffentlichte Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft zeigt, dass die Unternehmen die Gelegenheit tatsächlich nutzen. Danach bietet jeder zweite Betrieb Praktika und Ausbildungsmöglichkeiten für junge und ungelernete Migranten sowie reguläre Arbeitsplätze an. Jeder dritte unterstützt die Eingliederung in die Arbeitswelt durch berufs begleitende Fort- und Weiterbildungen sowie Berufsinformationen.

Um Integration der neuen Mitbürger bemühen sich inzwischen auch viele Einrichtungen und Organisationen in den Bereichen Umwelt und Entwicklung. Flüchtlingscafés als Gelegenheit, miteinander in Kontakt zu kommen, niedrigschwellige Umweltbildungsangebote, interkulturelle Qualifizierungen sind einige Beispiele. Außerdem bieten zahlreiche Veranstaltungen die Möglichkeit zu Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Unterstützung in diesem neuen Handlungsfeld.



Foto: NPA/Khalid Zaoui

Flüchtlinge vermitteln ihre Erfahrungen mit Unterstützung des Netzwerks politikatelier

Projekte Migration und Interkultur

Migranten: Vermittler zwischen den Kulturen

Das Thema Migration wird in der Öffentlichkeit vor allem als Problem wahrgenommen. So groß die Herausforderungen jedoch sind, die eine menschenwürdige Einwanderungspolitik und eine gelungene Integration mit sich bringen, so sehr sollten wir auch die Chancen nutzen, die Migranten für unsere Gesellschaft bieten. Dieser Überlegung folgt das **Netzwerk politikatelier** mit seinem Pilotprojekt **Flüchtlinge als Vermittlerinnen und Vermittler von Erfahrung und Wissen**, das von unserer Stiftung mit 7.972 Euro gefördert wurde. Dabei trafen sich im November 2015 je acht Frauen und Männer aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Somalia, Niger, Ruanda und Burundi, die vor einigen Jahren nach Bonn geflohen waren und bereits gute Deutschkenntnisse haben. In einem zweitägigen Seminar mit externen Referenten, unter anderem von der Deutschen Telekom und

Madiba Consult, erhielten die Teilnehmenden wichtige Grundlagen, um zukünftig als Bildungsbotschafter Wissen über ihre Heimatländer und Erlebnisse ihrer Flucht zu vermitteln. Außerdem knüpften sie Kontakte zu Vertretern von Bildungseinrichtungen, wie dem Internationalen Verband der Volkshochschulen, der Otto-Benecke-Stiftung, der Engagement Global gGmbH und dem Robert-Wetzlar-Berufskolleg. 2016 können die Absolventen an einem Einstiegsseminar von Engagement Global für eine Tätigkeit als Referent des Programms „Bildung trifft Entwicklung“ (BtE) teilnehmen. Dieses Programm qualifiziert Menschen für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und vermittelt sie als Referenten an Kitas, Schulen, Firmen oder gemeinnützige Organisationen.

Mit dem Projekt **Öffentlichkeits- und entwicklungspolitische Bildungsarbeit für Migranten aus Bangladesch** möchte sich die niederländische Nichtregierungsorganisation **BASUG – Diaspora and Development** in Deutschland etablieren (Fördersumme: 9.943 Euro). Zentrale Projektbestandteile sind Workshops für südasiatische Migranten, etwa zur entwicklungspolitischen Bedeutung von Überweisungen an Verwandte im Heimatland, sowie die Einrichtung einer deutschsprachigen Internetseite.

➔ Weitere Informationen unter www.n-pa.de und www.basug.nl sowie in unserer Projektdatenbank unter I-6118 und E-4885



Foto: Peter Sudermann

Begegnung mit Afrika in Hamm

Begegnungen mit Afrika

Mit den Hintergründen der Migration aus afrikanischen Ländern beschäftigten sich mehrere Projekte, die von deutsch-afrikanischen Organisationen initiiert wurden. So gestaltete der Verein **Yes Afrika** eine Veranstaltungsreihe und ein Festival mit dem Titel **Begegnung mit Afrika in Hamm** (Fördersumme: 2.805 Euro). Themen waren die sozial- und entwicklungspolitische Lage Afrikas und die aktuelle Migrationswelle.

Das **Deutsch-Afrika Ruhr Forum** organisierte im Rahmen der Interkulturellen Woche 2015 in Bochum ein öffentliches Werkstattgespräch mit dem Titel **AFRIKA – Thesen, Themen und Temperament**, bei dem Fragen zu Good Governance und der politischen Lage in verschiedenen Regionen Afrikas diskutiert wurden (Fördersumme: 2.875 Euro).

Der Verein **Deutsch-Afrikanische Kooperation** veranstaltete im August 2015 in Köln das Festival **AKWAABA!**, um eine stärkere Vernetzung sowie eine bessere öffentliche Wahrnehmung der afrikanischen Diaspora im Raum Köln-Bonn zu erzielen (Fördersumme: 5.000 Euro). Auf dem Programm standen Vorträge und Workshops, bei denen das Thema „Flüchtlinge aus Afrika“ und die Unterstützung der afrikanischen Diaspora eine zentrale Rolle spielten.

→ Weitere Informationen unter www.yes-afrika.jimdo.com, www.dako-ev.de, <http://akwaaba.buendnis14afrika.org> sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4920, E-4922 und I-6123



Foto: www.ofirainment.net

AKWAABA-Festival im August 2015 in Köln



Schüleraustausch Solingen-Jinotega zum Thema „Unsere Wälder“

Wald – ein internationales Thema

Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen ist eine globale Aufgabe – auch wenn die Menschen in den Ländern des Südens sehr viel mehr unter den Folgen des Klimawandels oder dem Raubbau an der Natur zu leiden haben. Deutlich wurde das im Projekt **Indigene Stimmen, Konzepte und Visionen für nachhaltige Entwicklung**, mit dem das Kölner **Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie** seine Bildungsarbeit zu indigenen Völkern ausgebaut hat (Fördersumme: 17.242 Euro). Repräsentanten indigener Völker – unter anderem aus Peru, Russland und den Philippinen – kamen nach NRW, um mit Vertretern von Naturschutzverbänden und anderen Experten zu diskutieren. Im Zentrum mehrerer Veranstaltungen in Bielefeld und im Raum Köln-Bonn standen die Bedrohung der Wälder, der Klimawandel und die nachhaltige Waldbewirtschaftung in verschiedenen Regionen der Erde.

Menschen mit Migrationshintergrund sind in Naturschutzverbänden bisher kaum vertreten. Dies möchte die **Naturschutzjugend NRW** ändern: Im Rahmen des Modellprojekts **Waldwelten** werden Umweltbildungsangebote entwickelt, die für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund interessant sind (Fördersumme: 116.850 Euro). Das Projekt richtet sich an Jugendliche im Großraum Düsseldorf. Personen aus verschiedenen Alters- und Bevölkerungsgruppen werden als Teamer qualifiziert. Im Anschluss daran organisieren sie interkulturelle Veranstaltungen und Aktionen rund um das Thema Wald mit Jugendgruppen, Schulklassen und anderen Teilnehmern. Das Themenspektrum ist breit gefächert und umfasst zum Beispiel Selbstverpflegung im Wald, Orientierung, kreatives Werken oder Umweltberufe. Für die Fortbildungen werden Lehrmaterialien auf Deutsch und Türkisch entwickelt. Die Erfahrungen des Projekts werden evaluiert, dokumentiert und in deutscher und türkischer Sprache anderen Organisationen zur Verfügung gestellt.

Der **Förderverein Städtefreundschaft mit Jinotega** hatte im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Gesamtschule Solingen und einem nicaraguanischen Bildungszentrum eine Schülergruppe aus Nicaragua nach Solingen eingeladen. Unter dem Motto **Jugendliche aus zwei Kulturen in gemeinsamer Verantwortung für die Zukunft unseres Lebensraumes Erde** beschäftigten sich die Schüler mit dem Thema Waldschutz, unter anderem in einem Seminar, bei Exkursionen und durch die Entwicklung einer kleinen Theateraufführung (Fördersumme: 9.936 Euro).

➔ Weitere Informationen unter www.infoe.de, www.naju-nrw.de, www.solingen-jinotega.de sowie in unserer Projektdatenbank unter I-6113, I-6116 und I-6121



„Waldwelten“ entdecken mit der NAJU NRW



Miteinander reden, Vorurteile abbauen

Interkulturelle Begegnungen

Ein Ziel des Münsteraner Vereins **The Global Experience** ist es, den Dialog zwischen Jugendlichen mit muslimischem, christlichem und säkularem Hintergrund aus NRW und aus arabisch-muslimisch geprägten Ländern zu fördern und so Vorurteile abzubauen. Im Zentrum des Projekts **Use your voice and clarify** standen Themen wie Radikalisierung, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements zur Nachhaltigkeit (Fördersumme: 28.992 Euro). Dazu wurden Videoclips, Hörspiele und weitere Materialien produziert, bei Veranstaltungen vorgestellt und auf der Internetplattform des Projektträgers und in sozialen Medien veröffentlicht.

Ein Jahr – Eine (Um)Welt lautet ein Schwerpunkt im aktuellen Bildungsprogramm des **Multikulturellen Forums** in Lünen (Fördersumme: 5.000 Euro). Angeboten werden unter anderem interkulturelle Exkursionen, etwa in den Wildwald Vosswinkel, mit dem Fahrrad an die Lippe und eine Besichtigung der Biogasanlage Lünen.

Das Thema Umwelt steht auch im Fokus des Projekts **Nachhaltigkeit lernen**, mit dem der **Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa und Region** die Partnerschaft zwischen zwei Wuppertaler Schulen und einer Schule in Matagalpa (Nicaragua) intensivieren will (Fördersumme: 38.569 Euro). Die Schüler beschäftigen sich mit grundlegenden Aspekten der weltweiten Umweltproblematik und dem Einfluss unseres Konsumverhaltens darauf. Sie tauschen sich im Verlauf des Projekts durch Briefwechsel aus und entwickeln Handlungsideen für ihren Alltag.

.....> Weitere Informationen unter www.theglobalexperience.org, www.multikulti-forum.de, www.matagalpa.de sowie in unserer Projektdatenbank unter I-6117, I-6125 und E-4906



Interkulturelle Zusammenarbeit beim Projekt „Use your voice and clarify“

Chronik 2015

Januar	Februar	März
16. Januar Wärmerekord für 2014 Die US-Behörden NOAA und Nasa geben in Washington bekannt, dass 2014 das im weltweiten Durchschnitt wärmste Jahr seit Beginn der Messungen im Jahr 1880 war.		
17. Januar Demonstration „Wir haben es satt“ Bereits zum fünften Mal demonstrieren zehntausende Menschen in Berlin für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft.		
20. Januar Biodiversitätsstrategie NRW Die Landesregierung beschließt die Biodiversitätsstrategie NRW. Sie beschreibt den Ist-Zustand der Natur- und Landschaftsräume und formuliert für die nächsten 10 bis 15 Jahre konkrete Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt.		
6. Februar Kindersterblichkeit sinkt Nach einem Report der NRO „Save the Children“ hat sich die weltweite Kindersterblichkeit seit 1990 nahezu halbiert. Allerdings hängen die Überlebenschancen noch immer stark von Geburtsort und Wohlstand der Eltern ab.		
13./14. März 19. Eine-Welt-Landeskonferenz Über 300 Teilnehmer diskutieren bei der vom Eine Welt Netz NRW veranstalteten Konferenz über die oft inkohärente EU-Entwicklungspolitik.		
31. März Rückgang der CO₂-Emissionen in Deutschland Nach Angaben des Umweltbundesamtes ist der Kohlendioxid-ausstoß in Deutschland 2014 gegenüber dem Vorjahr um 41 Millionen Tonnen (4,3 Prozent) zurückgegangen. Der Rückgang wird vor allem auf den milden Winter zurückgeführt.		



April	Mai	Juni
1. April Entwurf für Fracking-Gesetz Die Bundesregierung beschließt den Entwurf für ein Fracking-Gesetz. Unter strengen Auflagen soll die umstrittene Gasförderung in Deutschland künftig möglich sein.		
25. April Erdbeben in Nepal Bei mehreren Beben Ende April sterben etwa 9.000 Menschen, rund 22.000 werden verletzt. Mehr als 600.000 Häuser stürzen ein, hunderttausende Menschen sind auch ein Jahr nach der Katastrophe noch obdachlos.		
30. April Ökologisches Landesjagdgesetz Nach langjährigen Diskussionen verabschiedet der nordrhein-westfälische Landtag ein neues, ökologisches Jagdgesetz für NRW.		
6. Mai Wirtschaft und Menschenrechte Auf der zweiten von drei Konferenzen zum „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ diskutieren in Berlin knapp 200 nationale und internationale Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft über praktische Lösungsansätze.		
20. Mai Erster Artenschutzreport Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) veröffentlicht den ersten Artenschutzreport für Deutschland. Dafür hat das BfN verschiedene Studien ausgewertet. Jede dritte untersuchte Art in Deutschland ist danach gefährdet. (s. S. 8 f.)		
7./8. Juni G7-Gipfel in Deutschland In der Abschlusserklärung des G7-Gipfels auf Schloss Elmau plädieren die Regierungschefs für eine wirkungsvollere Entwicklungspolitik und mehr Klimaschutz. (s. S. 27 f.)		



Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
13.–16. Juli 3. Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung Die UN-Konferenz beschäftigt sich mit Maßnahmen und strukturellen Voraussetzungen zur Finanzierung der Klima- und Nachhaltigkeits-Agenden.			10. Oktober Protest gegen TTIP und CETA In Berlin demonstrieren rund 150.000 Menschen gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, TTIP und CETA.		
27. Juli Hitzerekord gemeldet Nach Angaben der National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) in Washington war der Juni 2015 der weltweit wärmste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.			28. Oktober 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung Unter dem Motto „Nachhaltigkeitsstrategie NRW – gemeinsam auf der Zielgeraden“ lädt die Landesregierung nach Düsseldorf ein. Mehr als 400 Teilnehmende diskutieren im Landtag über den Entwurf zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. (s. S. 31)		
30. August NUA-Jubiläum Die Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes NRW (NUA) feiert am 30. August in Recklinghausen mit einem Sommerfest ihr 30-jähriges Bestehen. Unsere Stiftung beteiligt sich mit einem Stand. (s. S. 11)			9.–14. November Zugvogelschutz Auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (AEWA) in Bonn werden wichtige Beschlüsse zum Schutz bedrohter Zugvogelarten gefasst. (s. S. 7)		
31. August Flüchtlingspolitik: „Wir schaffen das.“ Bei der Sommerpressekonferenz reagiert Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der Flüchtlingsströme mit dem Satz: „Wir schaffen das.“ Allen, die ein Recht auf humanitären Schutz haben, müsse dieses Recht gewährt werden. (s. S. 56)			26.–27. November 8. Deutscher Nachhaltigkeitstag Als institutioneller Partner ermöglicht unsere Stiftung zivilgesellschaftlichen Organisationen die Teilnahme am Deutschen Nachhaltigkeitstag. Erstmals wird der „Next Economy Award“, der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Gründer, verliehen. (s. S. 30)		
25. September Agenda 2030 verabschiedet Auf dem UN-Gipfel in New York wird die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. (s. S. 27, 37 und 45)			30. November bis 12. Dezember UN-Klimakonferenz Auf der Weltklimakonferenz in Paris einigen sich 195 Staaten auf ein neues globales Klimaschutzabkommen (s. S. 19)		
28.–30. September Fair Trade & Friends In den Westfalenhallen Dortmund findet die größte deutsche Fair-Trade-Messe statt. Das Eine Welt Netz NRW veranstaltet 20 Fachforen, die von unserer Stiftung gefördert werden.			17.12.2015 Klimaschutzplan NRW Der Landtag verabschiedet den Klimaschutzplan NRW. Er wurde mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt und umfasst rund 200 Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel. (s. S. 23)		



Finanzen der Stiftung

Unsere Stiftungssatzung verlangt die Prüfung unseres Jahresabschlusses durch einen anerkannten Wirtschaftsprüfer. Dieser Verpflichtung kommen wir sehr gerne nach, denn als Förderinstitution des Landes sind wir auf das Vertrauen der Politik und der interessierten Öffentlichkeit auch im Umgang mit unseren Finanzen angewiesen. Die jährliche Kontrolle durch unseren Wirtschaftsprüfer verstehen wir als einen Beitrag, uns dieses Vertrauen zu erhalten.

Für den Jahresabschluss 2015 wurde die Prüfung wieder durch die Axis GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Köln vorgenommen. Der Abschluss hat das uneingeschränkte Testat der Wirtschaftsprüfer erhalten. Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Einnahmen

Die **Zinserträge** des Jahres 2015 lagen mit 323 T€ um 108 T€ unter den Erträgen des Jahres 2014. Dieser Rückgang ist auf das derzeit allgemein niedrige Zinsniveau zurückzuführen und darauf, dass die Laufzeiten mehrerer älterer, besser verzinsten Geldanlagen zu ihrem Ende gekommen sind. Die Stiftung hat damit im Jahr 2015 auf ihr Vermögen eine Rendite von etwa 1,3 Prozent erwirtschaftet.

Die **Zuweisung des Landes** Nordrhein-Westfalen wird vom Landtag mit dem Landeshaushalt beschlossen. Sie stammt aus zwei verschiedenen Quellen: 2.844 T€ entstammen den an das Land abgeführten Glücksspielerlösen der Landeslottogesellschaft. 2.000 T€ sind Steuermittel. Der Anteil der Zuweisung aus Glücksspielmitteln war um 59 T€ niedriger als im Jahr 2014. Der Grund dafür waren Sondereffekte bei den Glücksspielmitteln im Jahr 2014, die damals eine höhere Zuweisung an uns möglich gemacht haben.

Die **Bewilligungslöschungen** betragen im Jahr 2015 376 T€, 293 T€ mehr als 2014. Bewilligungslöschungen kommen zustande, wenn Fördernehmer bei den Nachweisen ihrer Projektausgaben unterhalb der ursprünglich angenommenen Kosten bleiben. Da die Förderbeiträge der Stiftung jeweils nur einen bestimmten Prozentanteil der Projektkosten betragen, mindern sich bei geringeren Gesamtvolumina auch die Fördersummen. Da bei mehreren großen Projekten weniger Fördermittel als geplant verwendet wurden, waren die Bewilligungslöschungen des Jahres 2015 außergewöhnlich hoch.

Auf der Einnahmeseite der Bilanz schlägt auch der aus dem Jahr 2014 nach 2015 übertragene **Haushaltsrest** von 8.267 T€ zu Buche. Im Vorjahr war dieser Übertrag um 696 T€ geringer.

Unter Einrechnung des Haushaltsrests aus dem Vorjahr weist die Einnahmeseite für 2015 eine **Gesamtsumme** von 14.010 T€ auf.

Ausgaben

Die **Personalausgaben** betragen im Jahr 2015 653 T€, das waren 122 T€ mehr als 2014. Gründe sind Gehaltsanpassungen sowie die Besetzung von mehreren im Vorjahr noch vakanten Stellen in der

Geschäftsstelle der Stiftung. Die **sächlichen Verwaltungskosten** lagen mit 109 T€ um 24 T€ über der Vorjahressumme.

Für **Investitionen** haben wir 16 T€ ausgegeben, gegenüber lediglich 5 T€ im Vorjahr. Der Grund sind vor allem die Kosten der Neuverkabelung und Renovierung unserer Büroräume. Für die Arbeit der **Stiftungsorgane** (Vorstand und Stiftungsrat) haben wir 6 T€ ausgegeben.

Die **Personal- und Verwaltungskosten** betragen insgesamt 784 T€. Sie waren damit um 159 T€ höher als im Vorjahr.

Die Ausgaben für die **Projektförderung** waren mit 4.627 T€ um 1.651 T€ höher als im Vorjahr. Die Ursache dafür liegt in einer Steigerung der Zahl der bearbeiteten und positiv beschiedenen Projektanträge gegenüber dem Vorjahr. In Vorjahr hatten Personal-Engpässe in der Geschäftsstelle der Stiftung zu einem Rückstand in der Bearbeitung von Förderanträgen geführt. Durch die personelle Verstärkung konnten diese Arbeitsrückstände deutlich reduziert werden.

Die **BnE-Agentur** des Landes haben wir im Jahr 2015 mit 34 T€ mitfinanziert. Im Vorjahr betrug die Summe dafür 76 T€. Die Kosten setzen sich aus den Personalkosten der von uns entsendeten Mitarbeiterin und aus der Übernahme einiger Sachkosten der Agentur zusammen. Der Rückgang erklärt sich aus einer zeitweiligen Vakanz unserer dort besetzten Stelle und aus geringeren Sachkosten.

Auf die **Fachstelle für nachhaltige und faire Beschaffung „newtrade“** entfiel im Jahr 2015 eine Ausgabensumme von 103 T€. Mit diesem Betrag finanzieren wir die Personalkosten zweier wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fachstelle. Der angegebene Betrag liegt um 24 T€ unter dem Vorjahresbetrag. Der Rückgang erklärt sich aus der Tatsache, dass eine unserer Stellen nicht das komplette Jahr besetzt war.

Für sonstige **Eigenprojekte** der Stiftung haben wir 92 T€ ausgegeben, 123 T€ weniger als im Vorjahr. Der Rückgang erklärt sich vor allem daraus, dass wir uns im Jahr 2015 nicht mehr an der Finanzierung des durch Engagement Global abgewickelten EpIB-Programms der Staatskanzlei beteiligt haben (EpIB = Entwicklungspolitische Information und Bildung).

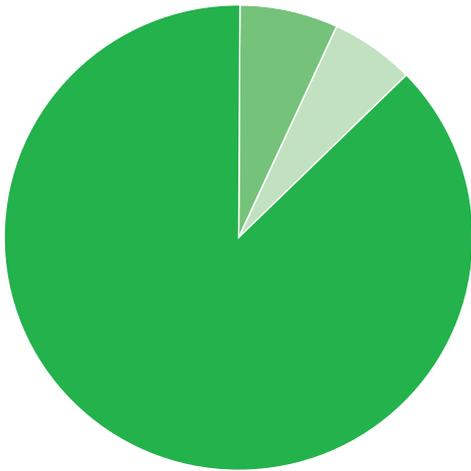
Für **Öffentlichkeitsarbeit** haben wir 83 T€ ausgegeben nach 67 T€ im Vorjahr. Die Steigerung ist vor allem auf Arbeiten zu unserem neuen Internetauftritt und auf den größeren Umfang und die höhere Auflage unseres Magazins „Resultate“ und des Jahresberichts zurückzuführen.

Die **Ausgaben für Stiftungszwecke** betragen damit im Jahr 2015 insgesamt 4.939 T€ gegenüber 3.462 T€ im Vorjahr.

Damit haben wir im Jahr 2015 **Ausgaben** von **insgesamt** 5.723 T€ gehabt, gegenüber 4.087 T€ im Vorjahr.

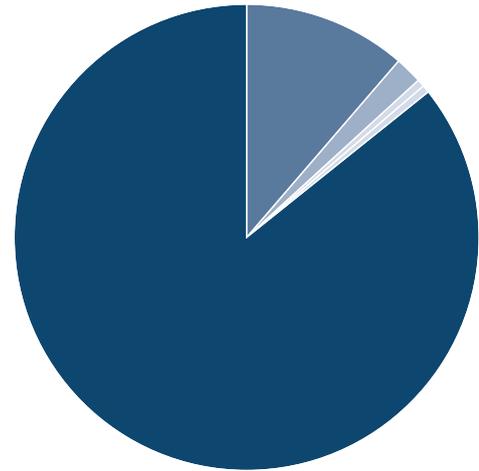
Den freien **Rücklagen** haben wir 108 T€ zugeführt (Vorjahr 374 T€), dem Stiftungskapital zum Ausgleich von Inflationsverlusten der Vorjahre 200 T€ (Vorjahr 260 T€).

Es verbleibt ein **Haushaltsrest** von 7.979 T€ (Vorjahr 8.267 T€), der für die künftige Realisierung der Stiftungszwecke zur Verfügung steht.



Einnahmen 2015

- 84,3 % Zuweisungen aus Landeshaushalt
- 6,6 % Bewilligungslöschungen
- 5,6 % Zinserträge
- 0 % Sonstige Erträge und Erstattungen



Ausgaben 2015

- 86,3 % Ausgaben für Stiftungszwecke
- 11,4 % Personalausgaben
- 1,9 % Sächliche Verwaltungsausgaben
- < 1 % Investitionen
- < 1 % Ausgaben für Stiftungsorgane

Einnahmen 2015	in T€	in %	2014	Veränderung
Zinserträge	323	5,6	431	-108
Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	4.844	84,3	4.903	-59
Bewilligungslöschungen	376	6,6	83	+293
Auflösung frei Rücklage	200		0	+200
Sonstige Erträge und Erstattungen	0	0,0	0	0
Summe Einnahmen	5.743	96,5	5.416	+327
Haushaltsrest Vorjahr	8.267		7.571	+696
Gesamteinnahmen	14.010		12.987	+1.023

Ausgaben 2015	in T€	in %	2014	Veränderung
Personalausgaben	653	11,4	531	+122
Sächliche Verwaltungsausgaben	109	1,9	85	+24
Investitionen	16	0,3	5	+11
Ausgaben für Stiftungsorgane	6	0,1	4	+2
Summe Personal- und Verwaltungskosten	784	13,7	625	+159
Projktförderung	4.627	80,8	2.976	+1.651
BnE-Agentur	34	0,6	76	-42
Fachstelle „newtrade“	103	1,8	128	-24
Sonstige Eigenprojekte	92	1,6	215	-123
Öffentlichkeitsarbeit	83	1,5	67	+16
Summe Ausgaben für Stiftungszwecke	4.939	86,3	3.462	+1.477
Gesamtausgaben	5.723	100	4.087	+1.637
Zuführung zu Rücklagen	108		374	-266
Zuführung zum Stiftungskapital	200		260	-60
Haushaltsrest	7.979		8.267	-287

Bilanz

Die Bilanz gibt unseren Vermögensstatus am Jahresende 2015 wieder. Die Seite der Aktiva dokumentiert die kaufmännische Verwendung des Vermögens, die Seite der Passiva dokumentiert die kaufmännische Herkunft der Vermögenswerte.

Aktiva

Das **Anlagevermögen** der Stiftung besteht aus Finanzanlagen, immateriellen Vermögenswerten (z. B. Software-Lizenzen) sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Finanzanlagen waren Ende 2015 mit 9.744 T€ um 2.247 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Grund dafür ist in erster Linie eine teilweise Umschichtung in das Umlaufvermögen zum Zeitpunkt der Erstellung der Bilanz. Diese Umschichtung hat ausschließlich finanztechnische Gründe. Die immateriellen Vermögensgegenstände waren zum Jahresende 2015 vollständig abgeschrieben, sie werden deshalb mit 0 T€ gegenüber 4 T€ im Vorjahr ausgewiesen. Der Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung war mit 18 T€ um etwa 4 T€ höher als im Jahr zuvor.

Das **Umlaufvermögen** umfasst im Wesentlichen Forderungen der Stiftung, kurzfristige Finanzanlagen sowie den Bestand auf Bankkonten und in der Kasse. Die Bankeinlagen dienen der Stiftung normalerweise zur Deckung ihres Liquidationsbedarfs für ihren laufenden Geschäftsbetrieb sowie für die Erfüllung ihrer Förderverpflichtungen. Das gesamte Umlaufvermögen betrug am Jahresende 2015 14.440 T€. Dieser hohe Betrag übersteigt selbstverständlich den laufenden Liquiditätsbedarf der Stiftung. Er ist darauf zurückzuführen, dass einige Finanzanlagen auf Tagesgeldkonten kurzfristig angelegt sind, um mögliche besser verzinsten Anlageangebote unkompliziert wahrnehmen zu können.

Aktiva in T€	31.12.15	31.12.14	Veränderung
Anlagevermögen			
Finanzanlagen des Stiftungskapitals und des Haushaltsvermögens	9.744	11.991	-2.247
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	4	-3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	18	14	+4
Umlaufvermögen			
Forderungen, kurzfristige Finanzanlagen	13	39	-26
Kasse, Bank	14.427	11.830	+2.596
Summe Aktiva	24.202	23.878	+324

Passiva

Größter Posten des **Eigenkapitals** der Stiftung ist das Stiftungskapital von 11.400 T€. Es wurde im Jahr 2015 zum Ausgleich von früheren Inflationsverlusten um 200 T€ erhöht.

Die freien Rücklagen sind eine von der Abgabenordnung zugelassene Möglichkeit zur Aufsparung von Vermögensanteilen für die zukünftige Erfüllung des Stiftungszwecks. Sie betragen Ende 2015 333 T€ nach 425 T€ im Vorjahr.

Das Sonstige Kapital von 18 T€ ist der Gegenposten zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz, genauer zu den immateriellen Vermögensgegenständen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Freie Vermögen (Haushaltsrest) entspricht dem Haushaltsrest der Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Es betrug Ende 2015 7.979 T€ nach 8.267 T€ im Vorjahr.

Die **Verbindlichkeiten** der Stiftung am Jahresende 2015 ergeben sich aus bewilligten Förderungen, die erst in 2016 oder noch später ausbezahlt werden, sowie sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten aus bewilligten Förderungen betragen am Jahresende 2015 4.436 T€, das sind 530 T€ mehr als im Vorjahr. In dieser Zunahme kommt die Ausweitung unserer Fördertätigkeit im Jahr 2015 zu Ausdruck.

Die sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von 35 T€ setzen sich unter anderem aus kurzfristigen Lohnsteuer- und Sozialversicherungsverbindlichkeiten der Stiftung und aus Rückstellungen für die Kosten des Jahresabschlusses 2015 zusammen.

Passiva in T€	31.12.15	31.12.14	Veränderung
Eigenkapital			
Stiftungskapital	11.400	11.200	+200
Freie Rücklagen	333	425	-92
Sonstiges Kapital	18	18	0
Freies Vermögen (Haushaltsrest)	7.979	8.267	-288
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus bewilligten Projekten	4.436	3.907	+530
Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	35	62	-27
Summe Passiva	24.202	23.878	+324
Saldo aus Freiem Vermögen und Verbindlichkeiten	3.508	4.299	-791

Die tatsächlichen freien Reserven der Stiftung ergeben sich aus dem Saldo aus freiem Vermögen und Verbindlichkeiten. Sie betragen Ende 2015 3.508 T€, 791 T€ weniger als Ende 2014. Dieser Betrag ist das Sicherheitspolster der Stiftung für ihre bestehenden und zukünftigen Förderverpflichtungen. In seinem Rückgang drückt sich noch einmal die Ausweitung der Fördertätigkeit der Stiftung im Jahr 2015 aus, die wir mit einer Personalaufstockung bewerkstelligen konnten.

Landeszuweisungen

Die Landeszuweisungen an unsere Stiftung werden durch das Landeshaushaltsgesetz festgelegt. Sie kommen aus zwei Quellen: Aus an das Land abgeführten Glücksspiel- und Wettüberschüssen und seit 2011 auch aus Steuermitteln.

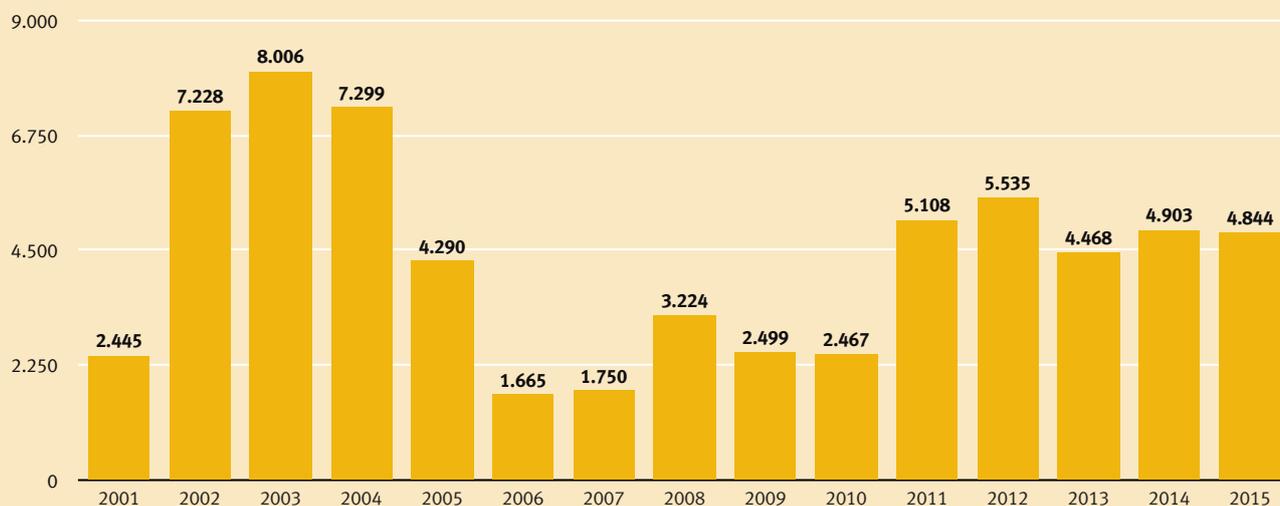
Die Glücksspiel- und Wetterträge stammen aus den Einspielergebnissen von Fußball-Toto, KENO, Oddset Sportwette, Losbrieflotterie und Spiel77. Sie fließen zunächst in einen gemeinsamen Pool. Diese Einnahmeposition des Landeshaushalts steht allerdings grundsätzlich unter dem Vorbehalt, dass auch tatsächlich entsprechend hohe Lotterie- und Wetterlöse eingespielt werden. Sind die Einspielergebnisse niedriger, wird weniger Geld von der Landeslottogesellschaft an das Land abgeführt. Sind die Einspielergebnisse höher, wird mehr abgeführt. Der Landtag hat jedoch dankenswerterweise beschlossen, ab 2014 dieses Risiko aufzufangen und die entsprechende Ausgabeposition im Haushalt stabil zu halten. Eine Unterdeckung aus den Lotteriemitteln wird ggf. durch Steuermittel ausgeglichen. Das verschafft uns und anderen Empfängern dieser Zuweisungen eine höhere Planungssicherheit.

Aus diesem Pool wird zunächst ein Betrag von 1,25 Millionen € für Einrichtungen abgezweigt, die den Kampf gegen Spielsucht unterstützen. Der Rest wird nach festen Prozentsätzen an 15 verschiedene Organisationen verteilt. Darunter ist auch unsere Stiftung mit einem Anteil von 3,305 %. Auf dieser Grundlage haben wir 2015 eine Zuweisung von 2,844 Millionen € erhalten. Darüber hinaus hat der Landeshaushalt 2015 der Stiftung wieder eine Summe von 2 Millionen € aus Steuermitteln zugewiesen.

Die Landeszuweisungen betragen im Jahr 2015 4.844 T€. Das sind 59 T€ weniger als 2014. Dieser Rückgang liegt an einem Sondereffekt des Jahres 2014. Die Landeslottogesellschaft bildet für bestimmte Glücksspiele Rückstellungen, die von Zeit zu Zeit auch wieder teilweise aufgelöst werden und dann mit in das Verteilverfahren kommen. Dies war im Jahr 2014 der Fall, nicht aber 2015.

Das Schaubild zeigt die jährlichen, stark schwankenden Landeszuweisungen seit 2001.

Landeszuweisungen in T€



Verteilung der Fördermittel

Neu begonnene Förderprojekte (ohne Eigenprojekte) nach Größenklassen

Projektvolumen	2015				2014		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
bis 5.000 €	34	32,1	135	2,9	13	53	+21	+82
über 5.000 € bis 10.000 €	10	9,4	89	1,9	18	156	-8	-67
über 10.000 € bis 25.000 €	10	9,4	180	3,9	10	164	0	+16
über 25.000 € bis 50.000 €	21	19,8	832	18,2	16	578	+5	+254
über 50.000 € bis 100.000 €	20	18,9	1.463	32,0	22	1.635	-2	-171
über 100.000 €	11	10,4	1.876	41,0	5	670	+6	+1.206
Alle	106	100,0	4.575	100,0	84	3.255	+22	+1.320

Die Betrachtung der **neu begonnenen Förderentscheidungen nach Größenklassen** zeigt, dass die Anzahl der Projekte mit Beträgen bis 5.000 € stark zugenommen hat, weil seit einiger Zeit Kleinprojekte nicht nur im Bereich Umwelt, sondern auch im Bereich Entwicklung gefördert werden. Deutlich gestiegen ist auch die Zahl der Projekte mit einem Fördervolumen über 100.000 €.

Nach der Satzung der Stiftung werden Projekte im Bereich Umwelt- und Naturschutz und im Bereich Entwicklung grundsätzlich gleichgewichtig gefördert. Die tatsächlichen jeweiligen Fördervolumina schwanken über die Jahre.

Die Aufstellung der 2015 **neu begonnenen Projekte nach Förderbereichen** zeigt, dass im Jahr 2015 ebenso wie im Vorjahr dem Fördervolumen nach die Umweltprojekte die entwicklungspolitischen Projekte überwogen haben. Allerdings haben vor allem die fachübergreifenden Projekte stark zugelegt, in denen sich beide Aspekte verbinden und die mehrheitlich von Projektträgern aus dem entwicklungspolitischen Umfeld durchgeführt werden.

Auch der Vergleich der **Auszahlungen für laufende Förderprojekte** (deren Förderung überwiegend in den beiden Vorjahren beschlossen wurde) zeigt, dass im Jahr 2015 die Förderung umweltpolitischer Projekte ein Übergewicht gegenüber den entwicklungspolitischen Projekten hatte.

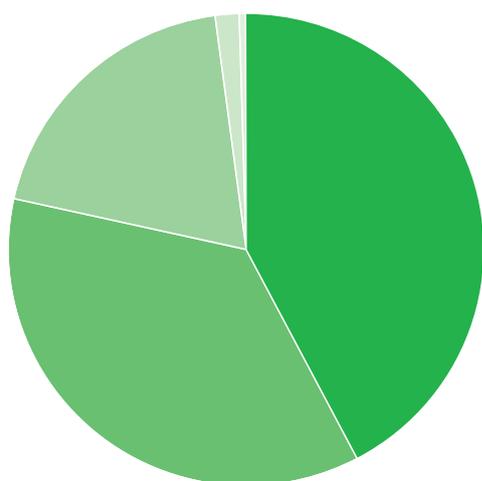
Neu begonnene Projekte nach Förderbereichen

Tätigkeitsbereich	2015				2014		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
Förderprojekte	106	93,0	4.575	98	84	3.255	22	+1.320
davon:								
Umwelt	41	36,0	1.687	36,3	34	1.422	+7	+265
Entwicklung	23	20,2	664	14,3	19	692	+4	-27
Fachübergreifend	31	27,2	1.897	40,8	22	970	+9	+927
Interkultur	8	7,0	204	4,4	5	112	+3	+91
Organisationsentwicklung	3	2,6	123	2,7	4	60	-1	+64
Eigenprojekte	8	7,0	74	1,6	15	259	-7	-185
Alle	114	100,0	4.649	100,0	99	3.514	+15	+1.135

Auszahlungen für laufende Förderprojekte

Tätigkeitsbereich	2015				2014		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
Förderprojekte	263	93,6	3.646	93,5	185	3.483	+78	+163
davon:								
Umwelt	93	33,1	1.633	41,9	71	1.426	+22	+207
Entwicklung	75	26,7	727	18,6	51	746	+24	-20
Fachübergreifend	77	27,4	1.120	28,7	51	1.137	+26	-17
Interkultur	10	3,6	103	2,7	5	101	+5	+2
Organisationsentwicklung	8	2,8	62	1,6	7	73	+1	-11
Eigenprojekte	18	6,4	255	6,5	22	419	-4	-164
davon:								
BnE-Agentur	1	0,4	59	1,5	1	76	0	-17
Fachstelle „newtrade“	1	0,4	103	2,6	1	128	0	-24
andere Eigenprojekte	16	5,7	92	2,4	20	215	-4	-123
Alle	281	100,0	3.900	100,0	207	3.901	+74	-1

Betrachtet man die Verteilung der Fördermittel auf die Förderbereiche über die gesamte Existenzzeit der Stiftung seit 2001, so ergibt sich das umgekehrte Verhältnis von Umwelt und Entwicklung: Auf die entwicklungspolitischen Projekte entfielen 42 % und auf die



Auszahlungssummen nach Förderbereichen 2001–2015

- 42,3 % Entwicklung
- 36,2 % Umwelt
- 19,4 % Fachübergreifend
- 1,6 % Organisationsentwicklung
- < 1 % Interkultur

umweltpolitischen 36 % der Fördermittel. 19 % entfielen auf die fachübergreifenden Projekte, der Rest von gut 2 % entfällt auf Projekte des interkulturellen Lernens und zur Organisationsentwicklung. (Das interkulturelle Lernen bildet erst seit 2014 einen eigenen Förderbereich. Vorher waren diese Projekte dem Förderbereich der entwicklungspolitischen Projekte zugeordnet.) Mit dem derzeitigen Übergewicht der umweltpolitischen Projekte wird demnach ein früheres Übergewicht der entwicklungspolitischen Projekte ausgeglichen.

Vermögensanlage

Unsere Vermögensanlage wird zunächst von den gleichen Kriterien bestimmt wie die anderer Anleger: Sicherheit, Rendite und Liquidität. Unser Geld soll sicher angelegt sein, wir wollen möglichst hohe Zinsen erwirtschaften. Und unser Geld soll zur Verfügung stehen, wenn wir es brauchen. Wir haben es immer verstanden, diese Kriterien in ein für uns akzeptables Verhältnis zueinander zu bringen. Zusätzlich wollen wir aber auch mit den konkreten Zwecken, für die unsere Anlagen verwendet werden, unsere Stiftungszwecke unterstützen. Dieses Kriterium verlangt eine Geldanlage, die auch ökologische und soziale Ziele beachtet. Seit 2013 legen wir daher einen wachsenden Teil unseres Vermögens nach definierten Nachhaltigkeitskriterien an.

Fazit

Die Stiftung praktiziert grundsätzlich einen konservativen Umgang mit ihren Finanzen. Sie hat hinreichende Reserven aufgebaut, um alle bestehenden Förderverpflichtungen und alle sonstigen Verpflichtungen in jedem Fall erfüllen zu können.

Die Stiftung

Stiftungsrat

Vorsitzende
Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin des
Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa
und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
(bis 1.10.2015)

Stellvertretender Vorsitzender
Franz-Josef Lersch-Mense
Minister für Bundesangelegenheiten, Europa
und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
und Leiter der Staatskanzlei
(seit 1.10.2015)

Stellvertretender Vorsitzender
Johannes Remmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Weitere Mitglieder

Bärbel Beuermann

Klaus Breyer
Evgl. Kirche von Westfalen

Marie-Luise Fasse MdL
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Dr. Sabine Graf
DGB Bezirk NRW

Dr. Christopher Grünewald
Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG

Renate Hendricks MdL
SPD-Landtagsfraktion NRW

Andreas Hennig
Engagement Global gGmbH
Außenstelle Nordrhein-Westfalen

Willi Hesse
Hesse Dachverarbeitung GmbH

Mark vom Hofe
Landesgemeinschaft Naturschutz
und Umwelt NRW

Henning Höne MdL
FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Josef Hovenjürgen MdL
CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
(bis 26.3.2015)

Elke Hülsmann
DGB-Bildungswerk NRW e. V.

Tina Jerman
Exile Kulturkoordination e. V.

Ulrich Jost-Blome
Bischöfliches Generalvikariat, Referat Weltkirche

Thomas Kubendorff

Dr. Martin Michalzik
Gemeinde Wickede (Ruhr)

Friedhelm Ortgies MdL
CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
(seit 2.6.2015)

Norwich Rüste MdL
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW

Dr. Imme Scholz
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Wolfgang Schuldzinski
Verbraucherzentrale NRW

Dr. Anke Valentin
Naturschutzbund Deutschland,
Landesverband NRW

Benno Wagner
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

Stiftungsvorstand

Vorsitzender
Dr. h.c. Alfred Buß
Altpräses der Evangelischen Kirche von Westfalen

Stellvertretender Vorsitzender
Viktor Haase
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende
Dorothee Zwiffelhoffer
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
(bis 23.4.2015)

Stellvertretender Vorsitzender
Jürgen Hein
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
(seit 23.4.2015)

Stellvertretender Vorsitzender
Udo Schlüter
Eine Welt Netz NRW

Stellvertretender Vorsitzender
Paul Kröfges
BUND NRW

Team

Geschäftsführer
Eberhard Neugebohm

Assistentin des Geschäftsführers
Iris Gause

Sekretariat und Buchhaltung
Marion Ostermann

Projektreferent
Wilson Budde-Iser

Projektreferent
Gerald Knauf

Projektreferentin
Fatima M'Béhour (seit 15.4.2015)

Projektreferent
Theo Simons

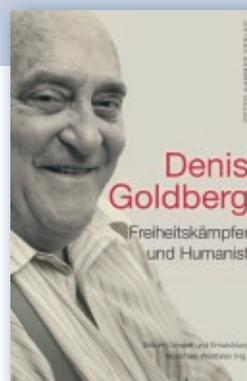
Projektreferent
Dr. Till Winkelmann

PR- und Projektreferentin
Christel Schwiederski



Flyer, Resultate und Jahresberichte kann man unter www.sue-nrw.de/service kostenlos herunterladen oder per E-Mail bestellen bei: info@sue-nrw.de.

- Der Rundbrief der Stiftung, „Resultate“, erscheint vierteljährlich mit Beiträgen zu den Themen und der Arbeit unserer Stiftung.
- Die Jahresberichte (seit 2008) enthalten Informationen zu allen im jeweiligen Jahr geförderten Projekten sowie zu Finanzen und Gremien der Stiftung.
- Den Selbstdarstellungsflyer mit den wichtigsten Informationen zur Arbeit unserer Stiftung gibt es in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Niederländisch und Türkisch.
- Klima-Wandelt: Broschüre (36 Seiten) und Plakatset (16 Plakate im DIN-A1-Format, € 20 inkl. Versandkosten) zu unserer Ausstellung zum Klimawandel und seinen Folgen.



- Festschrift zum 80. Geburtstag von Denis Goldberg, dem südafrikanischen Mitkämpfer von Nelson Mandela. Herausgegeben von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen
Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist
240 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-7795-0472-6
€ 19,90, Peter Hammer Verlag Wuppertal



Projekte

Beginn zwischen 1.1.2015 und 31.12.2015

Darstellung: Projektträger in alphabetischer Reihenfolge

Abenteuer Lernen e. V. Plastikfasten – Da simmer dabei! Fördersumme 5.000 €	Bonn Seite 42 U-3620	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Ökologisierung von Fernstraßenplanungen Fördersumme 105.700 €	Düsseldorf Seite 16 U-3604
Afrika Kooperative e. V. Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ Fördersumme 4.912 €	Münster Seite 49 E-4923	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) BUNDjugend NRW Landes- und Regionalwettbewerbe Naturtagebuch NRW Fördersumme 49.250 €	Soest Seite 12 U-3605
Aktionskreis Eine Welt Wuppertal-Ronsdorf e. V. Festveranstaltung 30-jähriges Jubiläum Fördersumme 1.370 €	Wuppertal Seite 41 E-4927	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Naturschutztage am Rhein Fördersumme 5.000 €	Düsseldorf Seite 15 U-3641
Allerweltshaus Köln e. V. Recht auf Stadt – Stadtentwicklung und soziale Teilhabe im Olympialand Brasilien Fördersumme 74.837 €	Köln Seite 50 E-4921	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Sicherung der Biodiversität über Stärkung des ehrenamtlichen flächenbezogenen Naturschutzes Fördersumme 61.330 €	Düsseldorf Seite 17 U-3647
Allerweltshaus Köln e. V. Donde están? Fördersumme 3.900 €	Köln Seite 50 E-4929	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Die Biber-Homepage für NRW Fördersumme 3.511 €	Düsseldorf Seite 12 U-3657
Andheri-Hilfe Bonn e. V. Organisationsentwicklung Fördersumme 10.000 €	Bonn Seite 53 O-2325	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) BUNDjugend NRW „Einfach ganz ANDERS“ – Schulen für Nachhaltigkeit Fördersumme 284.582 €	Soest Seite 52 Z-5304
Arbeitsgemeinschaft Bildung für Nachhaltige Entwicklung BiNE e. V. Altes Obst trifft junges Gemüse Fördersumme 4.990 €	Eschweiler Seite 14 U-3642	Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e. V. Bürgerbeteiligung bei Umweltplanungen Fördersumme 560 €	Hamm Seite 16 U-3629
Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e. V. Globale Solidarität – vor Ort Fördersumme 24.083 €	Bochum Seite 49 E-4877	Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal e. V. Regional Plus – fair für Mensch und Natur Fördersumme 123.093 €	Borgentreich Seite 33 U-3617
BASUG Diaspora and Development e. V. Bildungsarbeit für Migranten aus Bangladesch Fördersumme 9.943 €	Bonn Seite 58 E-4885	Bürgerverein Iserlohner Südstadt e. V. Südstadtgärten Iserlohn Fördersumme 97.614 €	Iserlohn Seite 14 U-3537
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Global engagiert für eine inklusive Zukunft Fördersumme 40.000 €	Essen Seite 53 Z-5311	Deutsch-Afrika Ruhr Forum e. V. AFRIKA – Thesen, Themen und Temperament Fördersumme 2.875 €	Bochum Seite 59 E-4922
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Grundschulen auf dem Weg – inklusive BNE stärker verankern Fördersumme 17.000 €	Essen Seite 52 Z-5332	Deutsch-Afrikanische Kooperation e. V. AKWAABA! – Kulturfestival 2015 Fördersumme 5.000 €	Köln Seite 59 I-6123
Bergischer Naturschutzverein e. V. Lernort Quellbach Fördersumme 15.100 €	Overath Seite 15 U-3630	Deutsch-Afrikanisches Zentrum e. V. Afrikatag Bonner Buchmesse Migration Fördersumme 7.994 €	Bonn Seite 51 E-4924
Biologische Station im Kreis Düren e. V. Der Biber kommt Fördersumme 44.945 €	Nideggen Seite 12 U-3588	Deutsch-Indonesische Gesellschaft e. V. Wasser ist Leben Fördersumme 30.000 €	Köln Seite 15 Z-5326
Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e. V. Umwelt und Umweltbewusstsein im Alevitentum Fördersumme 10.000 €	Bonn Seite 17 U-3595		

☞ Baumwipfelpfad im Naturerlebnispark Panarboria im Bergischen Land. Unsere Stiftung förderte mit 290.000 Euro eine interaktive Ausstellung auf dem 2015 eröffneten Pfad.

Ecomujer e. V. Diskussionsreihe „Vom Süden lernen“ Fördersumme 9.416 €	Düsseldorf Seite 33 Z-5320	Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V. Erlebniswelt Aquaponic Fördersumme 44.028 €	Menden Seite 15 U-3607
Eine Welt Netz NRW e. V. Menschen- und Arbeitsrechte im öffentlichen Einkauf Fördersumme 177.385 €	Münster Seite 32 E-4896	Forum für soziale Innovation gGmbH Faire Moschee Fördersumme 77.341 €	Solingen Seite 41 Z-5310
Eine Welt Netz NRW e. V. Fachforen zur FAIR&Friends 2015 Fördersumme 41.309 €	Münster Seite 41 Z-5303	Freundeskreis Zentralamerika e. V. Organisationsentwicklung Fördersumme 8.428 €	Telgte Seite 53 O-2326
Eine Welt Netz NRW e. V. Kongress WeltWeitWissen 2016 Fördersumme 43.550 €	Münster Seite 50 Z-5314	Germanwatch e. V. Globale Wirtschaft Fördersumme 13.960 €	Bonn Seite 34 Z-5312
Eine Welt Netz NRW e. V. Welt-Entwicklungsziele vor Ort diskutieren Fördersumme 378.900 €	Münster Seite 53 Z-5318	Informationsbüro Nicaragua e. V. Globales Lernen zu Lateinamerika Fördersumme 30.250 €	Wuppertal Seite 50 E-4899
ESA Europäische Senioren-Akademie Caritas GmbH Fair Trade – Inklusiv! Entwicklung eines Kurskonzeptes zur Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen Fördersumme 60.968 €	Ahaus Seite 41 E-4915	Informationsbüro Nicaragua e. V. Agrarwirtschaft am Beispiel von Nicaragua und Kuba Fördersumme 9.990 €	Wuppertal Seite 33 E-4904
Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e. V. Organisationsentwicklung Fördersumme 9.578 €	Münster Seite 53 O-2327	Institut equalita e. V. Weit weg – ganz nah: Klimawandel und Klimagerechtigkeit Fördersumme 83.720 €	Köln Seite 25 Z-5317
Facing Finance e. V. Riester-Rente: ökologisch und sozialverträglich? Fördersumme 169.415 €	Berlin Seite 35 Z-5293	Institut für Kirche und Gesellschaft der Evang. Kirche von Westfalen So viel du brauchst Fördersumme 5.250 €	Schwerte Seite 43 Z-5327
FEMNET e. V. FairSchnitt: Unterstützung von Modehochschulen Fördersumme 84.443 €	Bonn Seite 32 Z-5305	Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. Indigene Konzepte für nachhaltige Entwicklung Fördersumme 17.242 €	Köln Seite 60 I-6113
FilmInitiativ Köln e. V. Filmreihe African Diaspora Cinema Fördersumme 50.000 €	Köln Seite 51 E-4902	Interkulturelle Begegnungsprojekte e. V. Billerbeck – erste plastiktütenfreie Stadt Westfalens Fördersumme 79.531 €	Coesfeld Seite 42 U-3602
FilmInitiativ Köln e. V. Internetseite und Datenbank Fördersumme 60.100 €	Köln Seite 51 E-4903	Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH 5. Europäische Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima Fördersumme 42.030 €	Dortmund Seite 25 U-3648
FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk Deutschland 50 Jahre UN-Sozialpakt Fördersumme 56.380 €	Köln Seite 49 E-4895	intombi e. V. intombi time Südafrika Fördersumme 12.623 €	Köln Seite 51 I-6112
Förderverein Mobilität-Werk-Stadt e. V. GutGemischtMobil in der Metropole Ruhr Fördersumme 194.220 €	Essen Seite 24 U-3590	Klimabildungsstätte Südwestfalen e. V. Klimawelten Hilchenbach Fördersumme 111.700 €	Hilchenbach Seite 24 U-3627
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Klimadialog Leverkusen 2015 Fördersumme 5.000 €	Leverkusen Seite 24 U-3621	KölnAgenda e. V. Klimaschutz Community Köln Fördersumme 40.175 €	Köln Seite 24 U-3611
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Aktionstage Nachhaltigkeit 2015 Fördersumme 5.000 €	Leverkusen Seite 25 U-3633	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Ohrendschungel – der Natursymphonie auf der Spur Fördersumme 70.591 €	Dortmund Seite 13 U-3589
Förderverein Städtefreundschaft mit Jinotega e. V. Gemeinsame Verantwortung für den Lebensraum Erde Fördersumme 9.936 €	Solingen Seite 60 I-6121	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Netzwerk21Kongress 2016 Fördersumme 48.429 €	Dortmund Seite 52 Z-5333

Landesgartenschau Zülpich 2014 GmbH Grünes Klassenzimmer in Zülpich Fördersumme 79.680 €	Zülpich Seite 13 U-3613	Service Civil International Deutscher Zweig e. V. Gibt's ein Leben nach dem Müll? Fördersumme 30.000 €	Bonn Seite 42 Z-5315
Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e. V. Lernt Naturschutz untereinander – LNU! Fördersumme 105.200 €	Arnsberg Seite 17 O-2320	Stiftung Asienhaus Dossier zu „Zivilgesellschaft in China“ Fördersumme 4.000 €	Köln Seite 49 E-4918
la tienda e. V. Fair führt! Führungen über den Fairen Handel Fördersumme 20.079 €	Münster Seite 41 E-4905	Stiftung Partnerschaft mit Afrika e. V. Engagement der Vielfalt 2015 Fördersumme 13.477 €	Potsdam Seite 51 E-4919
Multikulturelles Forum e. V. Ein Jahr – Eine (Um)Welt Fördersumme 5.000 €	Lünen Seite 61 I-6125	Stiftung Schloss und Park Benrath Tag der Natur 2015 am Naturkundemuseum Benrath Fördersumme 5.000 €	Düsseldorf Seite 15 U-3623
Naturpädagogisches Zentrum Schelphof e. V. Planspiel zu Landwirtschaft, Handel und Konsum Fördersumme 4.998 €	Bielefeld Seite 33 Z-5319	Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene Green Economy und Armutsbekämpfung Fördersumme 37.000 €	Bonn Seite 34 Z-5316
Naturschutzbund Deutschland (NABU) Naturschutzjugend NRW Träger e. V. Waldwelten – Interkulturelles Modellprojekt Fördersumme 116.850 €	Düsseldorf Seite 60 I-6116	Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene Zertifizierungen in der Baumwollproduktion Fördersumme 23.500 €	Bonn Seite 32 Z-5325
Naturschutzbund Deutschland (NABU) Naturschutzstation Niederrhein e. V. Ehrenamtliche Schutzgebietsbetreuung Fördersumme 77.074 €	Kranenburg Seite 17 U-3592	TAT Technik Arbeit Transfer gGmbH Lernort Nachhaltigkeit (LeoN) Fördersumme 87.760 €	Rheine Seite 16 Z-5289
Naturschutzbund Deutschland (NABU) Naturschutzjugend NRW Träger e. V. Anschaffung eines neuen JugendUmweltMobils Fördersumme 82.256 €	Düsseldorf Seite 16 U-3600	The Global Experience e. V. Use your voice and clarify Fördersumme 28.992 €	Münster Seite 61 I-6117
Naturschutzbund Deutschland (NABU) NABU Kreisverband Unna e. V. Beobachtungsstand Röllingwiese im Ruhrtal Fördersumme 5.000 €	Bergkamen Seite 15 U-3615	Trägerverein des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen e. V. Autofasten 2016 Fördersumme: 4.805 €	Aachen s. Jahresbericht 2016 U-3652
Naturschutzbund Deutschland (NABU) Stadtverband Leverkusen e. V. Siebenschläfer – Bildung für Artenvielfalt Fördersumme 58.308 €	Leverkusen Seite 12 U-3619	Trägerverein des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen e. V. umWeltpreis 2016 Fördersumme: 5.000 €	Aachen s. Jahresbericht 2016 Z-5335
Naturschutzbund Deutschland (NABU) Kreisgruppe Bonn e. V. Outdoorunterricht an der NABU-Naturschule Am Kottenforst, Teil II Fördersumme 58.661 €	Swisttal Seite 13 U-3646	Trägerverein Wisent-Welt-Wittgenstein e. V. Waldpädagogik zur Wisent-Wildnis am Rothaarsteig Fördersumme 80.046 €	Bad Berleburg Seite 13 U-3593
Netzwerk e. V. – Soziale Dienste und Ökologische Bildung Praxisbausteine Ernährung und Nachhaltigkeit Fördersumme 109.100 €	Köln Seite 43 Z-5313	UnternehmensGrün e. V. Nachhaltigkeitstraineer Nordrhein-Westfalen Fördersumme 61.972 €	Berlin Seite 34 Z-5287
Netzwerk politikatelier e. V. Flüchtlinge als Vermittler von Erfahrung und Wissen Fördersumme 7.972 €	Bad Honnef Seite 58 I-6118	Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e. V. Naturnahes Lernen in urbanen Gemeinschaftsgärten Fördersumme 3.733 €	Aachen Seite 14 U-3626
oikos Paderborn e. V. oikos Heldentag „Sustainable Lifestyle“ Fördersumme 1.357 €	Paderborn Seite 43 U-3637	Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e. V. Naturnahes Lernen in urbanen Gemeinschaftsgärten Fördersumme 3.510 €	Aachen Seite 14 U-3650
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Save our Planet Fördersumme 65.239 €	Bonn Seite 42 U-3614	urgewald e. V. Was macht eigentlich mein Geld? Fördersumme 85.548 €	Sassenberg Seite 35 Z-5302
		urgewald e. V. Runder Tisch „Kohle und Kirchenbanken“ Fördersumme 3.530 €	Sassenberg Seite 25 Z-5334

Vamos e. V.	Münster
KonsumWandel on tour!	Seite 43
Fördersumme 27.401 €	Z-5323
Vamos e. V.	Münster
Wohlstand statt Wirtschaftswachstum	Seite 34
Fördersumme 3.080 €	Z-5328
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.	Berlin
Neue Ziele für Entwicklung	Seite 53
Fördersumme 48.000 €	Z-5306
Verein Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa e. V.	Wuppertal
Nachhaltigkeit lernen	Seite 61
Fördersumme 38.569€	E-4906
Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN) e. V.	Bonn
Saatgutfestival in Düsseldorf 2015	Seite 14
Fördersumme 4.980 €	U-3616
Waldritter e. V.	Castrop-Rauxel
NatUrban	Seite 13
Fördersumme 4.800 €	U-3638
Wasserlauf – Stiftung für Gewässerschutz & Wanderfische NRW	Sankt Augustin
Info-Point mit Auenbiotop	Seite 15
Fördersumme 47.520 €	U-3624
Welthaus Bielefeld e. V.	Bielefeld
Unterrichtsmodule des Globalen Lernens	Seite 52
Fördersumme 5.000 €	E-4909
Welthaus Bielefeld e. V.	Bielefeld
„FAIRstival“ – ein faires Festival in Bielefeld	Seite 41
Fördersumme 5.000 €	Z-5322
Wiederverwendung – WIR e. V.	Herford
Neues Recycling Wiederverwendung	Seite 42
Fördersumme 22.950 €	U-3622
Wissenschaftsladen Bonn e. V.	Bonn
Von Topf zu Topf	Seite 43
Fördersumme 3.980 €	U-3631
World Wind Energy Association	Bonn
Neue Wege für die Bürgerenergiebewegung	Seite 25
Fördersumme 38.000 €	U-3635
Yes Afrika e. V.	Hamm
Afrika in Hamm	Seite 59
Fördersumme 2.805 €	E-4920
Zimbabwe Netzwerk e. V.	Bielefeld
Frauen im ländlichen Raum Zimbabwes	Seite 51
Fördersumme 1.800 €	E-4901



● Ort | schwarz

Orte/Projekte zwischen 2001 und 2014
Anzahl der Projekte zwischen 2001 und 2014

● Ort | rot

Orte/begonnene Projekte 2015
Anzahl der begonnenen Projekte 2015



Im Jahr 2015 wurden 105 neue Projekte mit insgesamt rund 4,6 Millionen Euro gefördert. Von ihrer Gründung 2001 bis Ende 2015 hat die Stiftung über 1.100 Projekte mit rund 53 Millionen Euro unterstützt.

Aus vereinsrechtlichen Gründen müssen alle lokalen und regionalen Gruppierungen des BUND in Nordrhein-Westfalen ihre Anträge über den BUND-Landesverband stellen. In unseren bisherigen Jahresberichten wurden deshalb auf der Projektkarte und in der Projektliste alle BUND-Projekte Düsseldorf zugeordnet, wo der Landesverband angesiedelt ist. Um ein realistisches Bild zu vermitteln, wo Projektaktivitäten bzw. Projektsteuerung tatsächlich verortet sind, sind dieses Mal auf der Karte die jeweiligen Projektorte angegeben.



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**